

Unsere Deutsche Heimat

Gesamtdeutsche Zeitung für Politik, Geschichte, Wirtschaft und Recht

Bund für Gesamtdeutschland und Aus dem Lande stammende Deutsche

ab dem 15. Juli 2017 gemäß Parteiengesetz § 9 (3) verschmolzen zu

Aus Gesamtdeutschland stammende Deutsche

Ausgabe:
September - Dezember 2017

Herausgeber:
Aus Gesamtdeutschland
stammende Deutsche

Jahrgang 2017 - Nr. 117

- Verlagsort: 40501 Düsseldorf, Postfach 11 01 35 -

<http://www.bgd1.com>



**EIN
FROHES
UND
GESEGNETES**

WEIHNACHTSFEST

- Weihnachts-Ausgabe 2017 -



Aus Gesamtdeutschland stammende Deutsche

AUTOCHTHONE

- Vorsitzender -



Freunde - Förderer - Mitglieder

Bereits mit unserer Sonderausgabe 2017 informierten wir über unsere Vereinigung vom **Bund für Gesamtdeutschland** mit der Partei **Aus dem Lande stammende Deutsche**.

Wie im damaligen Schreiben ausgeführt wurde, sind wir zu diesem Schritt durch die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren praktisch gezwungen worden.

Seit Gründung der Partei **Bund für Gesamtdeutschland** am **12. Oktober 1990** lag das Schwergewicht unserer politischen Arbeit auf den Erhalt unserer deutschen Heimat, einschließlich der Ostgebiete, wie wir diese erlebt und gestaltet hatten.

In diesen 27 Jahren wurde von unserem deutschen Volk feindlich gesonnenen Politikern aus Parteien, die das Wort Deutschland weder verstanden noch zu Leitlinien ihrer Politik machten, Fakten geschaffen, Fakten die den Erhalt unserer deutschen Kultur, unseres deutschen Volkes und Staatsgebietes als Ausbeutungsobjekt für über 200 Völker und

Nationen geöffnet haben.

Insbesondere wird unsere christliche Religionen, die seit Luther in Religionskriegen gut ein Drittel unserer deutschen Landsleute zum Opfer fielen, einer Religion ausgesetzt, die keine Religion gemäß den Freiheiten, die das Grundgesetz bietet, ist.

Mohamed und Scharia sind mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland nicht vereinbar.

Diese, von deutschen Volksverrätern hereingeholten Menschen waren keine Deutschen und können auch keine Deutschen werden.

Wir Deutsche, und niemand anderes haben unsere Bundesrepublik Deutschland aus dem Trümmern des zweiten Weltkrieges aufgebaut.

Weil Raffies aus Wirtschaft und Politik zum Erhalt ihrer Macht keine selbstbewußten Bürger hinnehmen wollen - werden alle Tricks eingesetzt, unser Deutsches Volk auszurotten! Leider steht uns in unserer Sprache kein anderes Wort zur Verfügung.

Bund für Gesamtdeutschland BGD

Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft

DIE NEUE DEUTSCHE MITTE

Bundeschvorsitzender



Aus dem Lande stammende Deutsche

- Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft -

- Bundesgeschäftsstelle -

Als Leitlinien und sichtbares Zeichen für unseren weiteren Einsatz für unser deutsches Volk und Land übernehmen wir die Grundsatzprogramme vom **Bund für Gesamtdeutschland** und **Aus dem Lande stammende Deutsche** buchstabengetreu in das

Grundsatzprogramm der Partei **Aus Gesamtdeutschland stammende Deutsche**.

Beide Grundsatzprogramme stehen auf den folgenden Seiten.

Aus Gesamtdeutschland stammende Deutsche

AGsD Grundsatzprogramm A

Wiederherstellung des Rechtszustandes

1945 hat das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht aufgehört zu bestehen. Es ist nur im Rahmen der militärischen Besetzung handlungsunfähig geworden.

Der Zusammenschluss der DDR mit der BRD berührt diesen Rechtszustand nicht.

Die Vertreibung von etwa 14. Mill. Deutschen aus ihren angestammten Heimatgebieten ist desgleichen rechts-ungültig.

Die Annexion deutschen Gebietes entbehrt der völkerrechtlichen Grundlage.

Die Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Ordnungen und Einrichtungen seitens der Besatzungsmächte in Deutschland nach dem 8. Mai 1945 ist somit rechts ungültig, wie diese dem Völkerrecht, den Begriffen der westlichen Wertegemeinschaft und den Grundrechtsbestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland widerspricht.

Identitätswahrung

Der Bund für Gesamtdeutschland wendet sich dagegen, daß insbesondere in Westdeutschland die kulturelle und ethnische Identität des deutschen Volkes entgegen den für die deutschen Staatsbürger gestalteten und festgesetzten Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und seiner Präambel auf dem Wege der vorgeblichen „multikulturellen,, Veränderungen zerstört wird.

Volksentscheid

Grundsatzentscheidungen, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit betreffen, bedürfen des Volksentscheides durch die wahl- und stimmberechtigten deutschen Staatsbürger. Die künftige gesamtdeutsche Verfassung hat diesem basisdemokratischen Grundsatz Rechnung zu tragen. Wiederherstellung der Vermögensverhältnisse Die Forderung auf die Wiederherstellung der öffentlich und privatrechtlichen deutschen Vermögensverhältnisse im Einklang mit dem Völkerrecht und den Rechtsbestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist unabweisbar.

Achtung vor der Natur und Verantwortung für den Menschen

Gemäß diesen ethischen Prinzipien ist das Zusammenleben der deutschen Staatsbürger in einer freien und demokratischen Gesellschaft auf der Grundlage einer gerechten Sozialordnung, in Übereinstimmung mit dem Natur- und Völkerrecht und den Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu gestalten.

Das deutsche Volk muss erhalten n bleiben. Deutschen schwangeren Frauen werden Hilfen angeboten, die es ihnen ermöglichen, sich für die Geburt ihres Kindes zu entscheiden.

Beschlossen zu Duisburg am 15. 08. 1990 und mehrheitlich bestätigt von den Gründungsmitgliedern. Ergänzungen beraten und beschlossen zu Kassel am 25. und 26. September 1999 von der Mitgliedervollversammlung.

Wortwörtlich am 15. Juli 2017 übernommen in die Partei

Aus Gesamtdeutschland stammende Deutsche.

AGsD Grundsatzprogramm B

fordert: Eine Volksabstimmung mit Wahlpflicht

betreffend Aufnahme des Artikels 41 bis Art. 51 aus der Verfassung des Deutschen Reiches.

Artikel 41

Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt usw. in eine vom Deutschen Volk zu beschließende Verfassung.

Dadurch wird der Drei-Säulen-Aufbau der Bundesrepublik Deutschland bestehend aus Judikative, Legislative und Exekutive vervollständigt durch den direkten Zugriff der Hoheit deutscher Staatsbürger und Staatsbürgerinnen auf die Lenkung des Staates.

2. Erhalt der Hoheit des Deutschen Volkes.

Mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist das Deutsche Volk in einen, von den Siegern des Zweiten Weltkrieges vorgegebenen Staat vereinnahmt worden. Der mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland, bzw. der Deutschen Demokratischen Republik vorgegebenen Rahmen war für einen Übergangsstaat in einen europäischen Rahmen konzipiert. Das gleichzeitig mit Gründung der BRD in Kraft gesetzte Grundgesetz war für eine Übergangszeit bestimmt. –

siehe GG Artikel 146.

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Seit dem 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz bis zum 29. Juli 2009 ca. 60mal geändert. Obwohl formal eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat bei diesen Abstimmungen mit Gesetzeskraft erreicht wurde, war zu keinem Zeitpunkt der Wille des Souveräns, das Deutsche Volk, in seiner Gesamtheit zur Abstimmung aufgerufen worden.

Seit Gründung der BRD wurden von den Regierenden nicht nur das Grundgesetz nach Bedarf verändert, sondern auch Verträge gebrochen. Höhepunkt des Staatsversagens ist die „aus dem Bauch heraus“ durch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel getroffen Entscheidung, entgegen den bestehenden Gesetzen, Flüchtlingsströme unkontrolliert in die Bundesrepublik Deutschland einreisen zu lassen.

Die Partei „Aus Gesamtdeutschland stammende Deutsche“ fordert Wahl einer Verfassung, wie diese im Grundgesetz Art. 146 in Abstimmung mit den Alliierten versprochen worden ist.

(Beschlossen von der Gründungsversammlung in 06682 Teuchern am 16. Januar 2016.)

Wortwörtlich am 15. Juli 2017 übernommen in die Partei

Aus Gesamtdeutschland stammende Deutsche.

Wir aus der Erlebnisgeneration

Vor 27 Jahren fanden wir uns zusammen, die wir Krieg und Vertreibung aus der angestammten Heimat, Entbehrungen und Not beim Aufbau in der Neuen Heimat überstanden hatten. Es waren die Worte eines Kanzlers Kohl, der den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete verkündete, die unseren Entschluß zur Gründung einer Partei auslöste.

Wir gründeten den Bund für Gesamtdeutschland am **12.08.1990 in Bonn.**

Die erste Ausgabe der Zeitung „Unsere Deutsche Heimat“ erschien im gleichen Jahr.

In diesen beinahe drei Jahrzehnten hat sich die Welt verändert. Auch ein jeder von uns wurde nicht jünger und wird sich in vielen Fällen mit den Herausforderungen der eigenen Gesundheit abplagen.

Wir stehen heute, wie damals vor bald 30 Jahren, in den Reihen einer Minderheit unseres deutschen Volkes.

Unser Vorteil ist, wir wissen worüber wir sprechen und für wen wir uns einsetzen - weil wir die Erlebnisgeneration sind.

Jetzt, wo Menschen in unserem Volke, die sich in absoluter „Sicherheit“ fühlten, im alltäglichen Leben auf den Straßen dem Ergebnis des an uns begangenen Varrates begegnen, erwacht ein Widerstand.

Unsere Kräfte bündeln wir in einer Verschmelzung von „Bund für Gesamtdeutschland“ mit der Partei „Aus dem Lande stammende Deutsche“ zu der Partei **Aus Gesamtdeutschland stammende Deutsche (AGsD)**

Auf den zwei vorherigen Seiten können Sie an Hand der abgedruckten Grundsatzprogramme ersehen:

Wir bleiben unseren Grundsätzen treu.

Halten auch Sie uns bitte, wie in den vergangenen 27 Jahren, die Treue.

In heimattreuer Verbundenheit.



Horst Erwin Zaborowski

Inhaltsverzeichnis

Seite

2. Umschlagseite	
Freunde - Förderer - Mitglieder	
	von Horst Zaborowski
2 Grundsatzprogramm	
Aus Gesamtdeutschland stammende Deutsche	
AGsD Grundsatzprogramm A	
2 AGsD Grundsatzprogramm B	
3 Wir aus der Erlebnisgeneration	
	von Horst Zaborowski
4 Geschichte	
Zur Erinnerung für die Gegenwart	
	von Gero Junge
Dresden -	
das unwürdige Leugnen der Opferzahl	
	von Gero Junge
5 Leserbrief	von Nick Smith
8 Nach der Bundestagswahl 2017	
Eine Wahl-Nachlese und Kurz-Analyse des derzeitigen Gesamtzustandes der BRD	
	von Johannes Raddatz
18 Der politisch-mediale Machtkomplex	
	von Erwin Arlt
20 Völker schauet die Signale	
	von Erwin Arlt
22 Revolution / Staatsstreich	
	von Horst Erwin Zaborowski
23 Im Internet veröffentlichte Stellungnahmen und Kommentare des BGD	
60 Rück - und Vorausblick	
	von Horst Zaborowski
3. bis 5. Umschlagseite	
„Rückblick auf die vergangenen 25 Jahre in unserem Bund für Gesamtdeutschland“	
Eine kurzgefaßte Übersicht -	
von der Parteigründung	
über die Teilnahme an Wahlen	
bis hin zu den zahlreichen Aktionen	
und Demonstrationen unseres BGD	
zu aktuellen politischen Themen.	

Impressum: Herausgeber, Schriftleitung und Verlagsort: Aus Gesamtdeutschland stammende Deutsche (AGsD) www.autochthone.org
Postfach 33, 06680 Teuchern - Gesamtverantwortung i. S. d. P. **Horst Zaborowski.**

Für eingesandte Manuskripte übernimmt der Verlag keine Haftung. Für namentlich gezeichnete Beiträge und für Leserbriefe übernimmt der jeweilige Verfasser die volle Verantwortung. - Erscheinungsweise: dreimal im Jahr. Bei Bedarf Sonderausgaben. Satzspiegel: 175 X 265 mm

Konten:

Bund für Gesamtdeutschland (BGD) - Sparkasse KÖLN/BONN Konto-Nr.: **DE 60370501980031018674 BIC COLSDE33XXX**

Bund für Gesamtdeutschland (BGD) - Stadtparkasse Düsseldorf Konto-Nr.: **DE 80300501100015081789 BIC DUSSEDD**

Geschichte
Zur Erinnerung für die Gegenwart
von Gero Junge

Sehr geehrter Herr Zaborowski!

Die Zeitschrift „Unsere Deutsche Heimat“ Nr. 115 ist wieder ganz ausgezeichnet.

Besonders wichtig ist es meiner Ansicht nach, daß auch in dieser Ausgabe wieder das Thema „Dresden“ erörtert wird.

Ich meine, es ist nicht genügend, nur einmal im Jahr, am 13. Februar, daran zu erinnern, sondern immer wieder, gerade wenn heute so viele Lügen über uns verbreitet werden, davon zu sprechen.


Was bei Dresden immer wieder unterschätzt wird, ist die Zahl der Flüchtlingsopfer. Man bedenke, daß sich im Winter ganze Dorfgemeinschaften geschlossen auf die Flucht begaben und dann in Dresden gemeinsam untergingen. Es blieb somit niemand übrig, der irgendwelche Nachforschungen nach Vermißten anstellen konnte.

Ich habe mich schon immer mit diesen Sachverhalten befaßt, schon da ich damals aus etwa 80 Kilometer Entfernung den zuerst feuerroten Himmel nach Stunden immer heller und leuchtender werden sah.

Ich habe im Februar 2010 beigefügten Artikel geschrieben, der aber von einer Zeitung, an die ich ihn sandte, nicht veröffentlicht worden ist.

Vielleicht können Sie ihn gebrauchen

Mit freundlichen Grüßen



Gero Junge
Kitaerberger Weg 3
24248 Mönkeberg/Kiel

Dresden -
das unwürdige Leugnen der Opferzahl

Zum 73. Male jährt sich das grauenhafte Morden an Dresden, und wieder wird mit einer Zahl operiert, die seit über zehn Jahren immer mehr ins Bewußtsein der Menschen gehämmert wird.

Es geht um das schändliche Herabsetzen der Anzahl der Opfer dieses Massakers, einer Zahl, die ein unvorstellbares Grauen markiert, wie es bisher noch nie in der Menschheitsgeschichte innerhalb von zwei Tagen stattgefunden hat.

Wenn die erwiesenen **480 000** Opfer, Einheimische und Flüchtlinge, auf zunächst **35 000**, dann auf **30 000** und jetzt **25 000**, bald sieher noch weniger, durch das Stadtarchiv und **bestellte „Historiker“** heruntergelogen werden, kann man das nur als Schändung des Andenkens der Umgekommenen bezeichnen und sollte unter Strafe gestellt werden.

Die wirkliche Zahl paßt natürlich nicht in das Bild des heute wiedererstandenen Dresdens. Aber dieser Hintergrund bleibt, auch wenn er manch einen stört; ihn zu leugnen kommt einer Blasphemie gleich.

Wir müssen uns der wahren Zahl stellen, so erschütternd sie sein mag, da sie vielfach nachvollziehbar ist.

Alles andere sind Manipulationen, die bereits im Krieg in Umlauf gesetzt wurden, um eine mögliche Panik im Volk zu verhindern.

Später soll die rote Armee gleichfalls von der verringerten Summe von **350 000** einfach eine Null abgezogen haben, da sie den Briten und Amerikanern einen solchen „Erfolg“ nicht zutraute.

Der damalige Polizeichef Grosse nennt in seinem „Tagesbefehl 47“ die Zahl von **202 040** geborgenen Toten und vermutet, daß sie auf bis zu **250 000** ansteigen werde.

Die Echtheit dieses Befehls wird vom Sohn Grosse, dem Historiker Dr. Grosse, bestätigt.

Das Rote Kreuz ging ebenfalls von 350 000 geborgenen Toten aus - nicht Gesamtopfern, von denen lediglich **35 000** noch namentlich genau identifiziert werden konnten.

Die Zahlen erst hinterher hochzuspielen, wäre abwegig gewesen; im Gegenteil, sie wurden lange Zeit nach dem Angriff zurückgehalten, da sie ein zu schreckliches Bild vermittelten, ebenso sind die Aufnahmen, die das drastische Ausmaß der Zerstörung dokumentieren, nicht gleich veröffentlicht wurden.

Wer eine Vorstellung vom Ausmaß des Feuersturms und der mörderischen Hitze hat, die noch nach Tagen viele der Keller unbetretbar machte, einer Hitze, in der die Masse der Opfer verkohlte oder in den Kellern bei Temperaturen, die Glas schmelzen ließen, regelrecht verdampfte, dem wird klar, daß es sich bei 35 000 namentlich Identifizierten höchstens um ein Zehntel der Opfer handeln kann.

Ein Merkmal der Identifizierung stellten Eheringe dar, von denen **20 000** von dem damaligen Leiter der Dresdner Abteilung „Tote und Vermißte“, Herrn Hanns Voigt und seinen Leuten siehergestellt wurden.

Rechnet man alle die Unverheirateten dazu und vergegenwärtigt sich, wie selten ein Ring erhalten und eine mögliche Gravur erkennbar blieb, wird die Opferzahl immer erdrückender.

„Bei Zigtausenden hat man einfach nur noch zwei Arme und zwei Beine an einen Rumpf gelegt“, wie Hanns Voigt (er war einer meiner Lehrer am Gymnasium und mit meinen Eltern befreundet) in den sechziger Jahren bei uns im Hause bestätigte. Zu den **250 000** gezählten Opfern (allein im Bereich des Hauptbahnhofs wurden **10 000** erfaßt) kommen die in den Kellern und in der Flammenhöhle im Freien verglühten Opfer von mindestens **200 000** hinzu.

Alle statistischen Erhebungen beziehen sich auf die Bevölkerung Dresdens, also auf die Einheimischen. Von den über **600 000** Einwohnern waren nach den drei Angriffen **360 000** übriggeblieben; was einer Opferzahl von **240 000** entspricht, die u.a. an der Zahl der ausgegebenen, bzw. nicht mehr abgeholten Lebensmittelkarten belegt wird.

Wenn man bei den zu dieser Zeit im Dresden, versammelten über **600 000** Flüchtlingen, die oft keine feste Unterkunft hatten, von einer auch nur gleichen hohen Opferzahl ausgeht, erhöht sich die Gesamtzahl schnell auf **480 000**.

Eine Aufstellung nennt detailliert
37 000 tote Kleinkinder und Säuglinge
46 000 tote schulpflichtige Kinder
55 000 tote Kriegsversehrte, Ärzte, Schwestern, Pflegepersonal (allein 22 Krankenanstalten zerstört)
12 000 tote Rettungsmannschaften, Feuerwehr, Wehrmacht, Sanitäter und Luftschutzhelfer
330 000 tote Jugendliche, Frauen und Männer jeglichen Alters.
480 000 Opfer

Die gleichen Angaben fand ich erstmalig in der ausländischen Zeitschrift

„Der Weg“, Argentinien 1949.

Die Schweizer Zeitschrift Eidgenoss 1-3/S. 6 spricht ebenfalls als Folge der drei Angriffe am 13./14. Februar innerhalb von 15 Stunden von **480 000** Opfern und erwähnt genau den Ablauf der Zerstörung durch insgesamt **9000** viermotorige Bomber, Jäger und Jagdbomber, die allein beim ersten 30minütigen Angriff **460 000** Stabbrandbomben und Phosphorkanister und **3000** Luftminen und Sprengbomben abwarfen und **15 qkm Fläche** in ein Flammenmeer verwandelten.

Der zweite Angriff und der am nächsten Vormittag erfolgte dritte vollendeten den Untergang.

Während des letzten Massakers boten bekanntlich die sich auf die Elbwiesen geflüchteten Überlebenden ein leichtes Ziel für die Bordwaffen.

Auch dieser letzte, der Tieffliegerangriff, wird heute vielfach abgestritten, obgleich in Museumsmagazinen säckeweise GeschöÙhülsen von den Elbwiesen lagern, die den Museumsbesuchern nicht gezeigt werden dürfen.

Zweimal konnte ich vor zehn Jahren die bewußte Manipulation der Opferzahlen erleben:

Nach einer Stadtführung mit einer Gruppe fragte ich anschließend den älteren Stadtführer, einen Rentner, unter vier Augen, warum er von **30 000** Opfern sprach und wollte gerade Berichtigungen geben, als er sagte, das wisse er alles, das sei ihm als alter Dresdner alles bekannt, auch von den Lebensmittelkarten hätte er gehört. Aber sie (die Stadtführer) dürfen nichts als das vom Fremdenverkehrsamt Vorgegebene erzählen.

Als Dresdner, der die Angriffe miterlebt habe, wisse er genau, daß das niemals stimmt; er müsse sich aber an die Anweisungen halten.

Einige Zeit später ergab sich die gleiche Situation, auch wieder ein älterer, aber anderer Stadtführer, der ebenfalls den Angriff miterlebt hatte und ebenfalls von 30 000 sprach, antwortete mir, nachdem ich die Zeugnisse, den Polizeibericht und die persönlichen Angaben von Voigt erwähnt hatte, das sei alles zutreffend.

Als ich auf die Anzahl der Flüchtlinge hinwies, die die Zahl der einheimischen Opfer verdoppelte, meinte er sehr ernsthaft und sehr überzeugend: „Das waren mehr, das waren viel mehr!“.

„Also noch mehr als 480 000 gesagt?“ Er darauf leise: „Nach den Flüchtlingen waren das viel mehr Opfer“. Sie seien aber gehalten, die Zahl 30 000 anzugeben, die auch von vielen der jüngeren Stadtführer geglaubt würde. Und sie sollten bewußt die Besucher an einem Info-Stand, der von 300 000 Toten sprach, im großem Bogen vorbeiführen (Stand am „Fürstenzug“).

Und wieder das gleiche Achselzucken „was soll ich machen? Die geben das so vor, wir müssen das sagen, ich will, doch meinen Job noch behalten.“

Meine Frage, warum die Stadt überhaupt so etwas Schändliches unternimmt, daß sie die Alliierten entlastet, erhielt ich die unerwartete Antwort:

„Die wollen doch nicht die Alliierten entlasten, die wollen nur die Deutschen belasten.“

Ich verstand das nicht, wie geht das? Er darauf: „Wir haben als Deutsche doch soviel angerichtet, da können wir keine Konkurrenz gebrauchen.“

Wohin das führt, konnte ich im Zug im Oktober 2005 mithören, als eine Frau sagte, man könne doch jetzt viel unbeschwerter nach Dresden fahren, denn 25 000 Bombenopfer sind ja nur etwa die Hälfte der von Hamburg.

Ich schwieg, wollte ihr die Unbeschwertheit nicht nehmen. Wir fuhren alle zur Einweihung der Frauenkirche.

Aber stört das Gedenken der Opfer wirklich das heutige Leben? Dresden lebt und hat einen Teil seines alten Glanzes zurückgewonnen.

Wer heute nicht dauernd mit des Schrecknissen der Vergangenheit konfrontiert sein will, empfindet das durchaus normal; er will und soll das Heute genieße, so wie es sich jeweils bietet.

Ganz und gar kein Verständnis können dagegen jene erwarten, die, aus welchen Gründen auch immer, das Andenken der Opfer schänden, indem sie die Zahlen auf Bruchteile reduzieren und dieses einzigartige Verbrechen damit verharmlosen.

Eine solche Lästerung, ob gesetzlich strafbar oder nicht, verdient nur tiefste Verachtung.

Gero Jung



- Leserbrief -

Hallo - BGD-Leute.

Nur kurz einige Gedanken.

Ihr seid zum Glück eine der Parteien, die sich für Deutschland einsetzt. Heute wird ja alles, was für Deutschland gut ist, als rechtsextrem bezeichnet. Heute sind ja die meisten Deutschen leicht zu überzeugen, die Massen leicht zu beeinflussen, weil die Medien mit den neuen Techniken dies viel besser können als es Göbbels je konnte.

Damals hatten sie auch alle JA geschrien, genau wie sie heute die Köpfe zu allem nicken, was politisch korrekt ist. „Europa ist das beste“, auch wenn wir all die anderen europäischen Staaten da mitfinanzieren, wen stört es schon, wenn die Minderheit der Schwulen Gesetze durchbringen, in denen die Perversität ihren Platz selbst in Kitas schon unter den Jugendlichen einräumt und damit versucht, die Existenz eines normalen gesunden Familienlebens zu verhindern. Wann bekommen die Pädophilen ihre Rechte oder die, die es mit Tieren treiben wollen?

Der Syrer Bassam Tibi, sehr wahrscheinlich mit der Unterstützung der Bilderberger, arbeitet ja schon intensiv an der neue deutsche Leitkultur.

Was brauchen wir einen Syrer, uns zu erzählen, welche Kultur die unsere sein soll.

Der soll zurück nach Syrien gehen und dort seine Kultur predigen. **Raus aus Deutschland mit derartigen Hirngespinnsten.**

Im Islam ist es erlaubt zu lügen, wenn man damit sein Ziel erreicht, das Ziel die gesamte Welt zu islamisieren.

Da macht sich keiner Gedanken, was das bedeuten würde, weil es so weit weg scheint - ist es aber nicht, mit dem Strom der männlichen Flüchtlinge (Krieger).

Diese Medien, deren Obervertreter nebst Frau Merkel einmal jährlich bei der geheimen Bilderbergkonferenz dabei sind, bekommen dort ihre Anweisungen Richtung Weltregierung, erster Abschnitt Europa. **Warum geheim, wenn es gut wäre würden man es uns mitteilen wollen.**

Die meisten Deutschen haben davon noch nicht einmal eine Ahnung. Wenn die ganze Welt im Chaos versinkt, dann wären alle Staaten bereit, die Weltregierung à la Bilderberger (auch aller Jesuiten einschl. Papst) anzuerkennen. Also nichts wie in Richtung Chaos. Wenn man Zugriff auf die gesamte Welt hat, dann geht das auch einfacher.

Der BGD und andere nationalfreundliche Parteien werden in den Medien fast ständig totgeschwiegen, damit die Masse von solcher Existenz so wenig wie möglich mitkriegt.

Das müßt Ihr ändern! Genauso hatte man es in Frankreich mit Marine Le Pen vor den Wahlen gemacht, einfach durch die Medien in die dunkle Ecke gestellt.— **Leute, der Islam, der sich als Religion ausgibt und die Religionsfreiheit ausnutzt, der aber in Wirklichkeit eine politische Machtgreifungsmaschine ist, mit seiner Sure 9 Vs. 5 muß raus aus Deutschland, kein Kindergeld oder Krankenversicherung an Nichtdeutsche, die Grenzen Deutschlands müssen kontrollierbar sein, um den geplanten und organisierten Flüchtlingsstrom zu stoppen, wir müssen aus der EU raus, wir brauchen unsere DM wieder, um nicht weiter von der Welt ausgeplündert zu werden, wir brauchen hart disziplinierte Schulsysteme, wo die Jugend etwas lernt und wo die armen Lehrer nicht ihre Energie wegen Disziplinproblemen verpulvern müssen.**

Wir wollen keine Weltregierung, nur damit die Reichsten auf alles Zugriff haben. Ein Schiff wie Europa hatte Schotten mit guten internen Verbindungen, damit es im Notfall diese Schotten schließen konnte.

Wir brauchen kontrollierte Grenzen wie diese Schotten.

Diese Grenzen und auch die finanziellen Schutzgrenzen würden es verhindern, daß wir im Notfall absaufen. Europa und diese Weltpolitik

würde Deutschland mit in die Tiefe ziehen wenn da nichts Korrekatives passiert.

Man kann trotzdem freundliche Beziehungen und offenen Handel zu allen Staaten haben.

Nur ein Beispiel: **Guck mal nach Norwegen. Die treiben guten Handel mit der Welt und haben zusätzlich für ihre Leute gesorgt, mit finanzieller Absicherung in Milliardenhöhe. Es geht doch, alleine außerhalb der EU zu wirtschaften.**

Was hat das Beuteland Deutschland für seine hart arbeitenden Deutschen als Reserve geschaffen? - Nichts. Im Vergleich zu vielen europäischen Ländern ist der Durchschnitts-Deutsche ärmer, weil Deutschland seit dem Kriegsende ausgeplündert wurde.

Man kann internationalen Handel betreiben, **auch wenn man außerhalb der EU ist, siehe Brexit und Norwegen.** Leute macht eure interne Struktur attraktiv und unantastbar. Seid Euch innerlich einig, übt Selbstkritik, bleibt im Rahmen der demokratischen Regeln, definiert euch bewußt gesondert von der NSDAP, daß da keine Kritik von außen möglich ist und die Interessen fürs deutsche Volk in gerechter Weise allein in den Vordergrund treten.

Man sollte die Fehler der großen Parteien mit den wahren Fakten bloßstellen und auf den richtigen Kurs weisen.

Freundlichst Nick Smith

(Kann als Nichtdeutscher nicht wählen sonst hätte ich Euch gewählt.) 2.8.2017

Die Bücher „Beuteland“ von B. Bandulet und „Drahtzieher der Macht“ von G. Wisniewski sind ideale Quellen der Wahrheit um Deutschlands Betrug.



Das Kornfeld

von Johannes Trojan

*Was ist schöner als ein Feld,
wenn die Halme,
all die schlanken,
leise schwanken
und ein Halm den andern hält.*

Nach der Bundestagswahl 2017

Eine Wahl-Nachlese und Kurz-Analyse des derzeitigen
Gesamtzustandes der BRD nach dieser Wahl

von Johannes Raddatz

Die Bundestagswahl 2017 ist vorbei und allen „klugen“ Vorhersagen, faulen Prophezeiungen und Manipulationsversuchen durch die Medien zum Trotz hat sich die Parteienlandschaft der BRD geändert - so geändert, daß ein gewaltiger Ruck durch die in gewohnter „demokratischer Dämmerstunde“ befindlichen Systemparteien gegangen ist.

Tatsache ist:

Ganze 47,8 % der Wähler haben sich noch für CDU und SPD zusammen entschieden.

Damit haben diese Parteien eindeutig ihren so oft und so gern zitierten Status als sogenannte „Volksparteien“ verloren.

Die AfD hat aus dem Stand - regional unterschiedlich - bis zu 27 % der Wählerstimmen erreicht, das ist x-mal mehr als die Mehrheitsbeschaffer- und Splitterpartei FDP nach zig-Jahren Überlebenskampf endlich wieder einmal erreichen konnte und hat selbst die rot-schwarzen GRÜNEN bundesweit hinter sich gelassen! - Warum wohl?

Und warum eigentlich diese Aufregung?!

Wem es jetzt in BRD-Deutschland nicht mehr gefällt, der kann doch - im Gegensatz zu DDR-Zeiten - heute problemlos auswandern. Am besten nach Nord-Korea, denn dort würde so manch einer mit Sicherheit ganz schnell „geheilt“ werden.

Und noch etwas - die AfD wird mit ihrem Einzug in den Bundestag Geschichte schreiben.

Über solche Leute aber, die sich über den Wahlerfolg und damit die eindeutige Entscheidung von 12,6 % aller Wahlbeteiligten in perfider und beleidigender Weise aufblasen, wird die Geschichte ohne die geringste Beachtung hinweggehen!

Und nahezu pausenlos ereifert sich nach dem Wahlerfolg der AfD und ihrem Einzug in den Bundestag nun die vorherrschende linksgedrallte Journaille, die AfD sei rassistisch. Ja – wirklich?

Und was ist, um hier nur ein Beispiel zu nennen, mit einer Bundestagsvizepräsidentin der GRÜNEN, die hinter der volksverhetzenden Parole: „Deutschland verrecke“ herläuft“?

In jedem wirklichen Rechtsstaat wäre diese Art rassistischer Volksverhetzung längst schon ein Fall für den Staatsanwalt - nicht so jedoch im „demokratischen Rechtsstaat“ BRD.

Und ein diesbezüglicher Aufschrei in den Medien? Absolute Fehlanzeige!

Auch das macht einmal mehr die penetrante Verlogenheit und Doppelzüngigkeit der vorherrschenden linkslastigen Journaille deutlich.

Als ganz besonders schlechter Verlierer zeigt sich jedoch die SPD, die mit ihrem Kanzlerkandidaten Martin Schulz ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl überhaupt erreicht hat.

Freilich muß man dazu aber auch die Frage stellen, in welchem erbärmlichen inneren Zustand sich eine Partei wohl befinden muß, wenn sie dem Wähler niemand anderes als Kanzlerkandidaten servieren konnte als diesen „Laienprediger“?

Oder hat man das heraufkommende Debakel bereits geahnt und kein anderer wollte seine Haut zu Markte tragen?

Und nun will man die Stimmen der AfD-Wähler „zurückholen. Ja - wie denn wohl?

Etwa mit den faulen und verlogenen Wahlversprechen auf den Wahlplakaten?

Das dürfte wohl absolut illusorisch sein.

Vor allem wird dabei von den Genossen völlig „vergessen“, daß die SPD in den Phasen ihrer Alleinregierung und Regierungsbeteiligung mehr als genügend Zeit und Möglichkeiten gehabt hätte, um alle ihre jetzt erneut postulierten verlogenen Wahlversprechen in die Tat umzusetzen.

Wie heißt es doch: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, selbst wenn er auch die Wahrheit spricht“.

Klaus v. Dohnani, Ex-SPD-Bürgermeister der Stadt Hamburg, brachte es im Fernsehen auf den Punkt: „Schulz solle zurücktreten. Der Mann sei seiner Aufgabe nicht gewachsen“.

Allerdings haben diese Feststellung Millionen Wähler bereits vor ihm und vor der Wahl getroffen und sich bei ihrer Stimmabgabe dann auch entsprechend entschieden.

Notwendige Einsichten kommen nicht nur bei der SPD, sondern bei allen in der Überheblichkeit ihrer Macht herrschenden Parteien wohl grundsätzlich immer erst zu spät - falls überhaupt.

Was aber will man auch anderes erwarten, wenn vor der Wahl vom Kanzlerkandidaten der SPD, an alle politisch Andersdenkenden gerichtet, lauthals und geradezu perfide verkündet wird: „Ihr seid unsere Feinde“.

Und Feinde gilt es nun mal zu bekämpfen, sofern man den Sinn der deutschen Sprache noch einigermaßen richtig interpretieren kann.

Mit welchem Recht und mit welcher unglaublichen Arroganz maßt sich dieser Mann an, andere Menschen und Parteien, sowie deren Wähler „als Feinde“ zu bezeichnen und zu bekämpfen?!

Und warum politisch andersdenkende Wähler und/oder eine politisch anders orientierte Partei überhaupt „bekämpfen“?

Und nicht - was doch sehr viel wichtiger wäre - z.B. folgendes zu bekämpfen:

die ausgeuferte Arbeitslosigkeit, die immer noch weit verbreiteten Hungerlöhne, von denen niemand leben kann, die schamlose Profitgier der Großkonzerne und Banken, die Alters- und Kinderarmut, die faktische Enteignung durch die Null-Zins-Politik der EU, offene sowie verdeckte Inflation und die damit verbundene Vernichtung der Altersvorsorge vieler alter Menschen, die dafür ein ganzes Arbeitsleben lang ansparen mußten, die verkommenen und verrotteten Schulen und Bildungseinrichtungen, Anhebung des Renteneintrittsalters, erzwungene Frühverrentung mit drastischen Abschlägen, Praxisgebühr (die längst schon wieder vergessen ist), „Minijobs“, Scheinselbstständigkeit (am Rande des Existenzminimums), ins Uferlose steigende Mieten und Energiepreise, Zuzahlung für Medikamente, Sozialabbau in Form von Selbstzahlung von Brillen und Zahnersatz (gleichgültig, ob für einen Millionär oder einen armen Rentner) die Bevormundung und Gängelung, sowie die faktische Enteignung von Sparern durch die Null-Zinspolitik der EU und Inflation, verursacht durch verlogene und korrupte EU-Politiker, die dazu noch nicht einmal ein wirklich demokratisches Mandat besitzen - und damit ist diese Aufzählung noch längst nicht beendet.

Und das alles sind die sozialen „Errungenschaften“ unter der Herrschaft von Parteien, die sich dazu auch noch in fast schon unverfrorener Weise „sozial, demokratisch oder gar christlich“ nennen.

Daher auch das Kürzel BRD.

Denn BRD = BRDigung aller sozialen und demokratischen Errungenschaften, für die unsere Väter und Großväter jahrzehntelang gekämpft haben und wofür sie teilweise sogar eingesperrt wurden.

Oder sich auch einmal ganz dringend z.B. mit solchen Themen zu beschäftigen:

Bei der AfD Kundgebung in Northeim haben Links-Chaoten ein 17-jähriges Mädchen, die mit der Kundgebung überhaupt nichts zu tun hatte, krankenhausreif geschlagen. Das Mädchen hat dabei schwere Verletzungen an Kopf und Rückgrat davongetragen.

Doch - hat man darüber etwas Empörendes in den Nachrichten gelesen oder gehört?!

In diesem „Rechtsstaat“ ist es doch längst schon Sitte geworden, sowie sich jemand für sein eigenes Land und seine Heimat einsetzt, wird er auf übelste Weise als „Nazi“ beschimpft, beleidigt, angepöbelt und sogar körperlich bedroht und verletzt; und dabei wird noch nicht einmal vor völlig Unbeteiligten Halt gemacht.

Doch ist das alles ein Wunder? Bei der oftmals vorherrschenden Fäkal-Sprache, den maßlosen Entgleisungen und Aufrufen, politisch Andersdenkende als Feinde „zu bekämpfen“ durch die herrschenden politischen „Eliten“ der BRD?!

Hier wird ständig zu einem total schwachsinnigen „Kampf“ aufgerufen, für den es keinen Sieg geben kann, anstatt alles gegen die bodenlosen Mißstände in diesem angeblich „demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ zu mobilisieren und diese zu bekämpfen, die allein von herrschenden korrupten Berufs-Partei-Politikern und schamlosen Selbstbedienern aller Couleur verschuldet wurden und deren Parteien dazu auch noch, wie bereits weiter oben erwähnt, die fast schon bodenlose Frechheit besitzen, sich dazu auch noch „sozial, demokratisch oder gar christlich“ zu nennen!

Doch wie sollte man erwarten, daß sich ein Angehöriger, Nutznießer und schamloser Selbstbediener dieser Systemparteien gegen Mißstände einsetzen könnte, die er selbst (mit)verschuldet hat?!

Doch damit ist es immer noch nicht genug. Die neugekürt Fraktionsvorsitzende erdreistet sich, öffentlich im Bundestag zu verkünden, jetzt allen anderen „in die Fresse zu hauen“.

Damit ist die SPD an einen wohl noch nie dagewesenen historischen Tiefpunkt gelangt
Ein Kommentar dazu aus einem Internet-Forum könnte zumindest ein boshaftes Grinsen verursachen, wenn es denn nicht so bitter-traurig wäre und der Wahrheit entspräche.

Zitat:

Die fette Nahles beherrscht noch nicht einmal ihre Sprache aus der Gosse; es heißt nämlich nicht „in die Fresse“, sondern „auf die Fresse hauen“.

Zitat Ende.

Hunderte weitere Kommentare dazu kann man hier nicht wiedergeben, da diese zwar absolut den Nagel auf den Kopf treffen, ihr Vokabular aber nicht der allgemein üblichen Umgangssprache entnommen ist.

Ein anderer dieser ungezählten Kommentare endete mit den Worten:

Zitat: „Ich wünsche der SPD bei der Landtagswahl in Niedersachsen viel Erfolg - 4,9 %...!“

Zitat Ende.

Und da hilft auch die auf Grund der aufbrausenden Empörung von Nahles scheinheilig vorgeschobene Nachbesserung nichts - es habe sich bei „in die Fresse hauen“ ja nur um einen Scherz gehandelt.

Ganz im Gegenteil, denn dazu muß man statt dessen die Frage stellen, ob es sich bei dem sogenannten „Hohen Hause“, dem Deutschen Bundestag, jetzt vielleicht um eine Komikerveranstaltung handelt, in der nur noch Scherzemaker und Komiker auftreten?

Freilich kann man sich dieses Eindrucks kaum noch erwehren, wenn man mit ansehen muß, wie sich die dort versammelten „Eliten“ aufführen, allerdings nicht als Komiker, über die man herzlich lachen könnte, sondern als solche, über die man allenfalls nur noch bitterlich weinen kann; noch dazu bei dem Gedanken, mit welcher exorbitant ausgeferten Diäten und anderen Bezügen aus Steuergeldern diese „Komiker“ saldiert werden.

Von den Hunderttausenden oder gar bis zu Millionen an sogen. Nebeneinkünften dieser „Komiker“, auch Parlamentarier genannt, hier gar nicht erst zu reden, denn wenn ein Parlamentarier, wie es an

entsprechender Stelle heißt, einen ach so schweren Arbeitstag von 12 bis 14 Stunden hat, dann fragt man sich doch wohl zu recht, wie es möglich sein soll, sich dazu auch noch solche „Nebeneinkünfte“ auf ehrliche und gerechte Art und Weise zu „verdienen“.

Wenn man allerdings im Internet nachlesen muß, daß z.B. die Fehlquote einer Ministerin Nahles im Bundestag 24 % betrug, dann findet man dafür schon eher den Hauch einer Erklärung.

Auf dem Weg der SPD von einer ehemaligen Arbeiterpartei zur Arbeiterverräterpartei, über Bastakanzler Schröder, der für die Verarmung von Millionen schuldlos arbeitslos gewordener Menschen und deren Kinder durch Hartz IV, für Alters- und Kinderarmut, Sozialabbau und vieles mehr verantwortlich ist, bis hin zu einem Alkoholiker und pleite gegangenen Buchhändler, der uns als Bundeskanzler serviert werden sollte und nun - nach der Wahl - mit „der ersten Frau als Fraktionsvorsitzende“ und deren „Umgangsformen“ (**nach 20 ! Semestern Studium**), dürfte die SPD - zumindest vorläufig - einen historischen, noch nie dagewesenen Tiefpunkt erreicht haben und man muß sich nicht nur diesbezüglich fragen, was aus den sogen. „Eliten“ des ehemaligen Volkes der Dichter und Denker heute geworden ist.

Und das nicht nur hinsichtlich der Wählerstimmen, sondern auch des Gesamtzustandes, des Sprachgebrauchs und der Umgangsformen (keinesfalls nur) dieser Partei, die man allesamt nur noch weit unterhalb der Bordsteinkante suchen kann.

Doch das ist leider kein Einzelfall.

Eine AfD Politikerin wird von SPD-Politikern als Nazi-Schlampe betitelt, ein Anderer, ebenfalls aus den Reihen der SPD bezeichnet AfD-Politiker als Arschlöcher. Und nun will auch noch die Fraktionsvorsitzende Nahles allen „in die Fresse hauen“.

Diese Sprach„kultur“ der SPD ist absolut bezeichnend für deren Gesamtzustand und bewegt sich bereits auf einer Stufe weit unterhalb der allerletzten Hafen-Kaschemme.

Zu alle dem paßt allerdings die Wahlwerbung auf Plakaten der SPD wie die Faust aufs Auge:
„Bildung darf nichts kosten, außer ein wenig Anstrengung,“

Somit muß man konstatieren: Diese Genossen der SPD haben wohl niemals in ihrem ganzen Leben auch nur die geringste Anstrengung gehabt.“

Wie ebenfalls schon erwähnt, sollte man aber keinesfalls annehmen, das wären nur Einzelfälle.

Justizminister Maas (SPD), bezeichnet Demonstranten gegen seinen „Maulkorb-Erlaß, das mehr als nur umstrittene „Gesetz gegen Haßkommentare im Netz“, als Pöbel, ein Minister Gabriel läßt sich zu der Beschimpfung als Pack hinreißen und zeigt dazu auch noch seinen Mittelfinger in die Menge. Die Krone setzte dem Ganzen aber Kanzleramtsminister Peter Altmann (CDU) auf, indem er vor der Wahl öffentlich und unverhohlen zum Wahlboykott aufgerufen hat: „Nicht wählen sei besser, als AfD wählen“.

Hier fragt man sich, wie weit herrschende Minister in diesem „Rechtsstaat“ eigentlich noch in regelrechte Politikriminalität absinken dürfen - und das in diesem Falle auch noch **als studierter Jurist?**

Dazu muß man sich wohl wirklich fragen: „Wes' Geistes Kinder sitzen hier eigentlich an den Hebeln der Macht und welche Kinderstube haben diese gehabt - falls überhaupt?“

Bittere Tatsache und Erfahrung ist: Im „demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ BRD ist roten und grünen Chaoten, Linken und allen sonstigen Linkpopulisten offenbar alles erlaubt, sofern aber ein „Andersdenkender“ noch nicht einmal nur seine Meinung, sondern schlicht und einfach die Wahrheit sagt, sind alle „Demokraten“ und die links gedrallte Journaille sofort auf das Äußerste „entsetzt“ und sehen sofort die Demokratie und den Weltfrieden in Gefahr.

Schamloser, heuchlerischer und verlogener geht es wirklich nicht mehr - oder doch?

Den heutigen Gesamtzustand des Gebildes BRD - Staat kann man das Ganze ja längst schon nicht mehr nennen, denn in einem Staat würden Ordnung, Recht und Gesetz herrschen, würde für die Sicherheit aller Bürger und dafür gesorgt werden, daß alle Bürger ihren Lebensunterhalt in Menschenwürde bestreiten können und nach einem arbeitsreichen Leben in Würde ihr Alter genießen dürfen und nicht als verarmte Rentner Bierflaschen und Dosen aus Abfallbehältern sammeln müssen und, wie in München geschehen, dafür auch noch zu 2000 Euro

Geldstrafe verurteilt werden, von einer Justiz, für die es in diesem Falle im normalüblichen Sprachgebrauch gar keine Bezeichnung mehr gibt - diesen Gesamtzustand also beschreibt in trefflicher Weise Hans Herbert von Arnim, Professor für öffentliches Recht und Verwaltungslehre in Speyer wie folgt:

„Jeder Deutsche hat die Freiheit, Gesetzen zu gehorchen, denen er niemals zugestimmt hat; er darf die Erhabenheit des Grundgesetzes bewundern, dessen Geltung er nie legitimiert hat; er ist frei, Politikern zu huldigen, die kein Bürger je gewählt hat, und sie üppig zu versorgen – mit seinen Steuergeldern, über deren Verwendung er niemals befragt wurde. Insgesamt sind Staat und Politik in einem Zustand, von dem nur noch Berufsoptimisten oder Heuchler behaupten können, er sei aus dem Willen der Bürger hervorgegangen.“

Eine weitere Frage stellt sich, ob eigentlich keiner aus den Reihen der Politiker und der Journaille erkennen kann (oder nicht erkennen will), daß es z.B. ein ganz gewaltiger Unterschied ist, ob man mit der Waffe in der Hand aus purer Mord- und Jagdlust auf wehrlose Tiere schießt, wie es in Schleswig-Holstein unter einem Umweltminister Habeck der GRÜNEN durch tötungswütige Robbenjäger geschieht, oder ob man, wie von Gauland von der AfD, symbolisch gesprochen, angekündigt wurde, daß man verlogene, korrupte und gesetzesbrecherische Mitglieder der Bundesregierung „jagen“ will?!

Doch auch das ist alles andere als ein Wunder, saßen die linkspopulistischen GRÜNEN, im Jahr 1983 nach ihrem Einzug in den Bundestag noch als pazifistische Umweltschützer und als Turnschuhfraktion „Müsli-fressend“ im Deutschen Bundestag, so gehören sie heute längst schon zu den etablierten Systemparteien, die in ihrem grenzenlosen „Pazifismus“ sogar dem ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr bedingungslos zugestimmt haben.

Und wenn dazu Angehörige des Deutschen Bundestages und der Fraktion der GRÜNEN auch noch hinter Plakaten mit Parolen laufen, wie „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“, dann zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit die Wahrheit des Ausspruches: **„Wir sind nicht nur prominent, wir sind auch primitiv!“** - und letzteres in einem Maße, das wohl kaum noch zu überbieten ist.

Und Thomas Oppermann, Ex-Fraktionsvorsitzender der SPD, erklärte dazu jüngst im Fernsehen „die GRÜNEN sind zu jeder Schandtätigkeit bereit“.

Auch wenn das hinsichtlich der Bildung einer möglichen Koalitionsregierung gesagt wurde, kann man jedoch ohne weiteres davon ausgehen, daß dies unterdessen längst Allgemeingültigkeit erlangt hat.

In den gleichgeschalteten, linksgedrallten Medien werden die übelsten Beleidigungen und Entgleisungen in der SPD als „Oppositionsmodus“ bezeichnet, bei der AfD dagegen wird nahezu alles, was dort geäußert wird, als radikale und hetzerische „Nazisprache“ beschimpft und verleumdet.

Aber ganz besonders für Rote und GRÜNE galt schon immer und gilt auch heute noch: „Was uns recht ist, das ist noch lange nicht das Recht für alle anderen“.

Jeder im „demokratischen Rechtsstaat“ BRD hat lt. GG das Recht, zu protestieren und zu demonstrieren - (natürlich) mit Ausnahme der AfD.

Und nicht nur das, gewalttätiger Straßenpöbel kann es sich in diesem „Rechtsstaat“ ungehindert und zumeist sogar ungestraft erlauben, ordentliche Parteitage einer demokratisch legitimierten Partei zu stören oder sogar zu verhindern und kann dabei auch noch androhen, horrenden Schäden an Staats- und Privateigentum anzurichten. Und dazu rufen auch noch alle möglichen linksgerichteten Institutionen, Gewerkschaften, die Kirchen usw. auf!

Und dann wundert man sich bei den herrschenden Systemparteien, daß es plötzlich einmal ein ganz anderes Wahlergebnis gegeben hat, als man sich jemals in seiner bisher all zu gemütlich eingerichteten „demokratischen Dämmerstunde“ hätte vorstellen können?!

Doch siehe da - noch keine ganze Woche nach der Wahl ertönen plötzlich ganz andere Töne, so z.B. von Thomas Oppermann, Ex-Fraktionsvorsitzender der SPD, daß unter gewissen Bedingungen, wie z.B. ohne Merkel, eine große Koalition doch noch möglich wäre. Außerdem erklärte er, wie bereits erwähnt, „die GRÜNEN sind zu jeder Schandtätigkeit bereit“, womit man einem „Würdenträger“ der SPD ausnahmsweise einmal durchaus zustimmen kann.

Man gewinnt den Eindruck, das Ganze ist nur noch eine einzige billige Schmierkomödie - erst „alle als Feinde denunzieren und bekämpfen“, dann „in

die Fresse hauen“, und schließlich dann doch wieder große Koalition - ein Affen-Zirkus, in dem auf der einen Seite hinein und auf der anderen wieder herausgeritten wird. Oder hat man doch schon der plötzlich entglittenen Macht nachgetrauert?!

Und das alles für Diäten und „Aufwandsentschädigungen“, die längst schon keinen Bezug mehr zur Wirklichkeit haben und ins Uferlose gestiegen sind, von den „Nebeneinkünften“ gar nicht zu reden.

Aber - Politiker sind ja bekanntlich die einzigen Lebewesen, die von Diäten fett werden!

Doch nicht nur in der SPD und anderswo regt sich verdeckter oder bereits offener Widerstand gegen Merkel, so auch in der eigenen Partei, der CDU. Diese „sondiert“ nun fleißig nach der Wahl mit dem schlechtesten Ergebnis seit dem Jahr 1949.

Die Bundeskanzlerin sieht allerdings weder einen Fehler bei sich selbst noch bei ihrer völlig verfehlten, z.T. sogar gesetzesbrecherischen Politik.

Doch wird ihr auch schon, hinter vorgehaltener Hand und auch bereits ganz offen, vorgeworfen, sie sei engstirnig, starrköpfig, machtbesessen und ohne den geringsten Blick für die Realität - absolut vergleichbar mit den sturen, alten Betonköpfen der Kreml-Führung in der ehem. Sowjetunion und im Politbüro der SED zu DDR-Zeiten.

Aber als FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda des Menschenhinder- und Mauermörderstaates DDR ist sie ja lange genug in deren Schule gegangen - in Moskau genau so wie in Ost-Berlin. Doch diese Tatsachen aus der wirklichen Vergangenheit der Bundeskanzlerin fehlen vollständig in dem Lebenslauf von Angela Merkel, geb. Kasner 1954 in Hamburg, auf der offiziellen web-Seite des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Dorotheenstraße 84, 10117 Berlin.

Und auch diesbezügliche Stasi-Akten sind auf geradezu wundersame Art und Weise plötzlich „verschwunden“. Aber - was Wunder?

Denn für diese Akten war ja lange Zeit der ehemalige Stasi-Beauftragte Gauck verantwortlich, ein wohl doch eher (schein)heiliger evangelischer Pastor, der ja bekannterweise zu DDR-Zeiten ebenfalls ein Begünstigter von SED und Stasi gewesen ist, was sogar gerichtlich bestätigt wurde, und dessen Stasi-Akten ebenfalls auf wundersame Weise „verschwunden“ sind.

Und knapp eine Woche nach der Wahl fordert der sächsische Ministerpräsident Tillich plötzlich seine

CDU zum Kurwechsel auf. Das Ergebnis zeige, daß sich ein Großteil der Bevölkerung nicht mehr verstanden fühle. (*Anm.: Nicht mehr vertreten fühlt, wäre wohl eher richtig!*)

Und weiter: „**Die Leute wollen, daß Deutschland Deutschland bleibt!**“

Nun höre man sich das einmal an!

Sollte das vielleicht der zukünftige Fraktionsvorsitzende der AfD Gauland nach der Wahl geäußert haben, dann hätten sich mit Sicherheit sämtliche „Demokraten“ sofort auf das Äußerste „entsetzt gezeigt“ und alle Linkspopulisten und die gesamte linksgedrallte Journaille wäre über ihn hergefallen und hätten ihm Haß, Hetze, Fremdenfeindlichkeit und die Verbreitung von „Nazi-Parolen“ unterstellt. Dabei hat er lediglich angekündigt, was in diesem „Rechtsstaat“ längst schon mehr als nur überfällig ist, nämlich u.a. Rechtsbrüche durch die Bundesregierung in Zukunft nicht mehr hinzunehmen.

Ganz besonders bezeichnend und ein weiteres, geradezu musterhaftes Beispiel für die Perversität, die abgefeimte Heuchelei und Verlogenheit der gleichgeschalteten, linksgedrallten Journaille, aller Schreihälse und Nazi-Keulen-Schwinger ist die Tatsache, daß sich über Gauland und seine (tatsächliche oder auch nur erfundene) Vergangenheit kein Mensch empört hat, als er noch CDU-Mitglied war - und das immerhin ganze 40 Jahre!

Da fragt man sich doch allenfalls: Hatten alle diese Schreihälse in jenen 40 Jahren vielleicht einen Gehirndefekt mit riesigen „Erinnerungslücken“, die sich plötzlich auf wundersame Weise geschlossen haben?

Doch auch in der Schwesterpartei, der CSU, rormort und gärt es. Und bereits jetzt schon wird, auch hier hinter vorgehaltener Hand und teils auch ganz offen, über Seehofers Nachfolger diskutiert, denn dessen immer wieder abgesonderte Bierzelt-Sprüche, wie z.B. Klage vor dem BVerfG gegen die Kanzlerin bis hin zur Aufkündigung der Koalition mit der CDU usw. usf., die dann aber kurz darauf gleich wieder zurückgenommen werden und „schwesterlicher Versöhnung“ weichen, kann man nur noch als lächerlich bezeichnen - und genau so werden sie auch schon in Teilen der CSU bewertet.

Hinzu kommt nun auch noch die Angst der „alleinseligmachenden“ CSU, daß die AfD-Abtrünni-

gen Petry und Pretzell in Bayern „Ungehöriges“ im Schilde führen könnten.

Doch diesbezüglich würde ich sagen, da besteht wohl eher wenig Gefahr, denn auch hier: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, selbst wenn er auch die Wahrheit spricht“.

Und damit kommen wir gleich noch zu einem anderen Thema - dem Austritt von Petry und ihrem Parteigenossen und Ehemann Pretzell aus der AfD. Warum eigentlich diese Aufregung?

Gewissenlose, ehr- und würdelose Lügner, Betrüger und Wählertäuscher gab und gibt es doch in jeder Partei - oder etwa nicht?

Die Aussicht auf Teilhabe „an den fetten Fleischtöpfen“ im Bundestag auf Kosten der Steuerzahler tötet aber wohl auch hier, falls vorhandenen, alle Gewissensbisse ab.

Somit bleibt schließlich noch die Frage, was die sogenannten „demokratischen“ Parteien für diesen Verrat an den AfD-Wählern möglicherweise aufgewendet und versprochen haben?

Nicht möglich? Von wegen!

Man denke da nur an die NPD, die mit Sicherheit nur halb so viele Mitglieder gehabt hätte - ohne die vom Verfassungsschutz dort eingeschleusten kriminellen Elemente!

Mehr als bezeichnend ist nämlich, daß hier von den „Demokraten“ gar kein infernalisches Geschrei ertönte, daß diese beiden Wählertäuscher ihr Mandat doch zurückgeben möchten!

Eines sollten aber auch Wählertäuscher eigentlich wissen und bedenken: „Der Feind liebt stets nur den Verrat, doch niemals den Verräter.“

Pretzell ließ zwar bereits kurz nach der Wahl verlauten, er wolle keine neue Partei gründen, er möchte aber zusammen mit seiner Ehefrau Petry etwas in die Wege leiten, was bis heute noch nicht dagewesen ist.

Dabei hat er allerdings völlig übersehen, daß diese beiden Wählertäuscher genau das bereits geliefert haben, nämlich daß jemand nur einen Tag nach der Wahl seine Partei verläßt, der er bzw. sie ihren Sitz im Bundestag verdankt; das ist bis heute wirklich noch nicht dagewesen.

Hinsichtlich der Anmietung einer Domain durch Petry unter dem Namen „Die Blauen“, sollte man aber eigentlich davon ausgehen, daß dies ja wohl eher der passende Name einer Partei mit dem verhinderten Bundeskanzler Schulz wäre.

Freilich erscheint vor diesem Hintergrund nun auch die Anschuldigung der Staatsanwaltschaft gegen Petry wegen Meineids oder zumindest uneidlicher Falschaussage, weshalb sie ihre Immunität verlor, plötzlich in einem ganz anderen und neuen Licht. Doch das ist wieder eine andere Sache.

Es bleibt aber trotz allem die Hoffnung, daß sich auch damit bei der AfD die Spreu vom Weizen trennen wird - im Gegensatz zu den etablierten Altparteien, bei denen es seit langem schon nur noch Spreu und kaum noch ein Korn Weizen gibt.

Und nur eine Woche nach der Wahl kommen auch aus München wieder einmal andere Töne.

Im „Bericht aus Berlin“ forderte CSU-Generalsekretär Scheuer einen „Kurswechsel der Politik innerhalb der Union“ und kündigte „harte Koalitionsgespräche“ an.

Bleibt abzuwarten, was diesen neuerlichen Ankündigungen aus Bayern an Glaubwürdigkeit abzurufen ist, denn die bisherigen Sprüche, Ankündigungen oder gar Drohungen, die aus München kamen, haben sich in der Vergangenheit alle samt als „heiße Luft“ und reine Zweckpolemik erwiesen, denn mit 6,2 % gegenüber 7,4 % der Wählerstimmen im Jahr 2013 hat sich auch die CSU eindeutig in die Abwärtsrichtung manövriert und fast 9 % ihrer Wähler verloren.

Doch nun steht bereits das nächste Lehrstück in Sachen „Demokratie in diesem demokratischen Rechtsstaat“ bevor:

Nach der seit 1995 geltenden Geschäftsordnung des Bundestages wurde Albrecht Glaser von der AfD als Bundestagvizepräsident vorgeschlagen.

Und schon haben die „demokratischen“ Parteien nichts Wichtigeres zu tun, als sofort dagegen zu „kämpfen“, weil dieser Mann, was das Recht eines jeden ist, sich zu gewissen Themen geäußert hat, die den etablierten Systemparteien zwar nicht gefallen, auf jeden Fall aber sachlich begründet und durch die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit gedeckt sind.

Diese „Jagd“ angeblicher „Demokraten“ auf politisch Andersdenkende ist aber offenbar etwas ganz anderes als die von der AfD angekündigte „Jagd“ und wird anscheinend auch als viel wichtiger angesehen, als sich gefälligst um eine Regierungsbildung zu kümmern, wie es ihre Pflicht und Schuldigkeit wäre.

Auch dies macht deutlich, daß die „demokratischen Parteien“ zu einer sachlichen Debatte nicht mehr fähig bzw. dazu gar nicht mehr gewillt sind.

Statt dessen ergehen sich diese „Volksvertreter“ fast schon ständig und gebetsmühlenartig in persönlichen Angriffen, Beleidigungen, Diffamierung oder sogar in regelrechter Hetze gegen ihnen nicht genehme Andersdenkende und/oder eine Partei.

Einen anderen Rat wissen sich die „demokratischen Parteien“ aus Angst vor der AfD offensichtlich nicht mehr, zumal sie auch noch (wenn natürlich auch nicht zugegebenermaßen), erkennen müssen, daß die politischen Ansichten und Zielstellungen dieser AfD längst schon von einer breiten Wählerschicht geteilt und unterstützt werden - lt. Wahlanalysen zwischen 40 und 60 %.

Und da helfen unterdessen auch das ständig wiederholte schwachsinnige „Nazi“-Geschrei und die immer wieder aus dem Müll der Journaille hervorholte „Nazi“-Keule nicht mehr, weil das bereits so abgedroschen ist, daß selbst das „dümmste Wahlvolk“ damit nicht mehr zu begeistern, geschweige denn davon zu überzeugen ist.

Die „Demokratie“ und die „Parlamentsarbeit“ der etablierten Systemparteien bestehen derzeit offensichtlich nur noch darin, eine ungewünschte Partei, hier die AfD, mit allen Mitteln fertig zu machen, deren Abgeordnete im Bundestag zu isolieren und zu schikanieren und solcherart auf geradezu politikkriminelle Art und Weise den Willen von 12,6 %, also rund 6 Millionen, der Wähler in eklatanter Weise zu mißachten.

Und wenn es dazu von diesen „Demokraten“ auch noch heißt, man werde mit diesen Abgeordneten „nicht sprechen und diese ausgrenzen“ und diese „als Feinde“ bekämpfen, dann sind wir mit den herrschenden Systemparteien aller Couleur bereits jetzt in einer Diktatur angekommen, die der so verpönten „Nazi-Zeit“ von 1933 bis 1945 und „der Diktatur des Proletariats“ im Ost-Berliner Politbüro der ehem. DDR kaum noch nachsteht.

Als nächste Steigerung einer regelrechten Hetz- und Haßkampagne gegen eine demokratisch gewählte und legitimierte Partei sowie deren Mitglieder und Wähler wäre dann evtl. vorzuschlagen, in Anlehnung an den Juden-Stern, nun einen AfD-Stern einzuführen, damit sofort erkennbar ist, wer in diesem „demokratischen Rechtsstaat“ seine grundgesetzlich garantierten Rechte noch wahrnehmen darf und wer nicht.

Was aber macht man dann mit einem CDU-Ministerpräsidenten Tillich in Sachsen, der absolut richtig erkannt und das auch öffentlich geäußert hat:

„Die Leute wollen,

daß Deutschland Deutschland bleibt“?

Doch fast vier Wochen nach der Wahl kündigt der „christliche Demokrat“ aus Sachsen ganz plötzlich und unerwartet seinen Rücktritt an.

Die Karre - restlos in den Dreck gefahren - bleibt nun im Drecke stecken; aber die fette Pension auf Steuertahlers Kosten bleibt im „demokratischen und **sozialen** Rechtsstaat“ ja trotzdem erhalten.

Oder kam hier vielleicht „ein Rücktrittswunsch von ganz oben“, auf Grund seiner absolut deutlichen Äußerung „unliebsamer“ Wahrheiten, die offensichtlich nicht mehr in die Weltanschauung dieser „christlichen“ Partei CDU passen...?

Hier drängt sich eine äußerst bedrückende Parallele auf - nämlich zu vergangenen DDR-Zeiten, als politisch anders denkende Menschen von den Machthabern des SED-Regimes und der Stasi als „Feinde unseres sozialistischen Staates“ deklariert wurden, die damit alle nur denkbaren Nachteile hinnehmen mußten, teils den übelsten und schlimmsten Repressalien ausgesetzt waren oder die ganz einfach „weggesperrt“ wurden - im „Gelben Elend“ in Bautzen, im „Roten Ochsen“ in Halle/Saale, im Frauenknast „Burg Hoheneck“ oder noch schlimmer, die teils sogar ohne jede (ohnehin nur pro forma) Gerichtsverhandlung, in einem der zahllosen Stasi-Knast-Anstalten mit Isolationshaft, Dunkelhaft und Folterkellern gefangen gehalten wurden. Wie man weiß, waren rund 40 % aller Inhaftierten in der DDR politische Gefangene.

Und das alles geschah in einem Menschenschinder- und Mauermörderstaat, in dem die heutige Bundeskanzlerin einer „**christlichen**“ Partei CDU als FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda, ihren eigenen Worten nach, „sehr gern tätig gewesen“ ist.

War es zu DDR-Zeiten „die Diktatur des Proletariats“, so hat sich in der BRD bis heute bereits eine ganz ähnliche Diktatur in den etablierten „demokratischen“ Parteien und bei deren Berufs-Partei-Politikern entwickelt, denen, analog zum Politbüro der SED, offensichtlich nahezu alle Mittel recht erscheinen, um ihre Macht zu erhalten - selbst gegen jeden eindeutig erklärten Volkswillen (siehe Sommerzeit, EU, Euro, TTIP, CETA usw. usf.). Bei allen diesen sich hier abzeichnenden, bereits nur

noch als politkriminell und diktatorisch einzustufenden Tendenzen vieler dieser „Volksvertreter“ wäre längst schon - nach amerikanischem Vorbild - die Einsetzung eines Sonderermittlers dringend angezeigt gewesen. Zu alle dem kann man nur eines sagen: **„Wehret den Anfängen!“**

Unterdessen ist es fast schon so, daß man sich am liebsten von jeglicher Politik „in diesem unserem Lande“ restlos angewidert abwenden möchte, wenn man von deren Folgen nicht mittel- oder unmittelbar selbst betroffen wäre. Und um hier allen dümmlichen Spekulationen vorzubeugen - der Verfasser dieses Artikels ist kein AfD-Mitglied.

Doch schon vorher - drei Wochen nach der Wahl, kam auch eine klare Antwort auf die Frage, was von den kraftvollen Sprüchen aus den Reihen der „christlichen“ CSU in Bayern bleiben wird.

Und siehe da - auch diese Sprüche aus dem Land der Bajuwaren haben sich, wie bereits vorhergesehen, wieder als reine Bierzelt-Parolen erwiesen.

Denn aus einem in Berlin vorgestellten 10-Punkte-Plan der CSU erfährt man nunmehr, neben einem erneuten Umfallen und schwesterlicher Versöhnung in der Flüchtlingspolitik, daß auch von der bisher so lauthals und „unnachgiebig“ geforderten Obergrenze hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen keine Rede mehr ist.

Statt dessen hat man sich auf eine vollkommen willkürlich festgelegte und viel zu hoch angesetzte Zahl von 200 000 aufzunehmenden Flüchtlingen pro Jahr „geeinigt“, was aber - so Fraktionsvorsitzender Gauland von der AfD „pure Augenwischerei ist, da ja trotzdem niemand an der Grenze zurückgeschickt werden soll“.

Dieser endlos lang diskutierte und schließlich gefundene „Kompromiß“ ändert also praktisch gar nichts und ist nicht einmal das Papier wert, auf dem er geschrieben steht.

War aber vielleicht etwas anderes zu erwarten?

Doch auch von diesem „Kompromiß“ wird letztendlich rein gar nichts bleiben, denn mit Hinblick auf die von Bundeskanzlerin Merkel bereits vorgeschlagenen und terminierten Sondierungsgesprächen für eine „Jameika-Koalition“ haben die Fraktionsvorsitzende Göring-Eckardt und Parteivorsitzende Peter von den GRÜNEN in Stellungnahmen bereits deutlich gemacht, daß die Union davon wieder Abstand nehmen müsse, wenn sie mit der Partei der GRÜNEN eine Koalition eingehen will.

Vielleicht aber sollten alle weiblichen Parteigrößen der GRÜNEN, der ehemaligen, heute aber längst schon nur noch scheinheiligen „Umwelt-Apostel“, zunächst einmal, zum Zwecke des Sammels heilsamer Lebenserfahrungen, ganz dringend in einem Land leben, in dem der Islam herrscht; denn dort hätten sie mit Sicherheit „die Schnauze zu halten“, hätten Kinder zu gebären und würden mit einem Kopftuch vor dem Küchenherd stehen oder aber sie würden (gem. Ausdrucksweise Nahles) ganz einfach eine „in die Fresse“ kriegen.

Zwar fordert die CSU in ihrem 10-Punkte-Plan u.a. auch noch einen konservativeren Kurs (was immer das aus Bayern auch heißen mag) nach der Bundestagswahl und will die ihrer Meinung nach zu links orientierte Ausrichtung der CDU korrigieren. Jedoch - durch diese so genannte „bürgerlich konservative Erneuerung“ soll **lediglich die AfD „knallhart bekämpft“** werden.

Also auch hier - nicht ein einziger Gedanke daran, sich evtl. endlich einmal um die berechtigten und begründeten Sorgen und Ängste der Bürger zu kümmern: Arbeitslosigkeit, Alters- und Kinderarmut, bezahlbarer Wohnraum, „Minijobs“ am Rande des Existenzminimums, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, zum Teil bereits völlig überfremdete Stadtteile, in denen deutsches Recht und deutsche Gesetze nur noch rein theoretisch auf dem Papier bestehen und wo sich ein Deutscher, vor allem aber alte Menschen kaum noch auf der Straße sehen lassen möchten usw. usf.

Doch nichts dergleichen, es geht auch hier einzig und allein um einen „knallharten Kampf“ dieser „christlichen Demokraten“ gegen eine demokratisch legitimierte Partei, die evtl. der Vormachtstellung der eigenen Partei im Wege stehen könnte.

Mit anderen Worten, diese „christlichen Demokraten“ wollen damit, wie z.B. in Sachsen 27 %, also **weit mehr als ein Viertel der wahlberechtigten Bürger „knallhart bekämpfen“**.

Und so geht es mit dieser „christlichen“ Partei CSU, dann wohl nach dem Motto:

„Und willst du nicht mein Bruder sein,
dann schlag ich dir den Schädel ein“,

mit aller Kraft zurück ins Mittelalter und auf zu neuen Kreuzzügen gegen alles und gegen jeden, der sich den Dogmen dieser „christlichen und sozialen Demokraten“ nicht bedingungslos unterordnen will. Damit befindet sich die CSU allerdings in gerade-

zu trauter Gemeinsamkeit mit der SPD, die ebenfalls alle politisch Andersdenkenden als „ihre Feinde bekämpfen“ will, obwohl die Genossen der SPD sicher nicht so „christlich“ sein möchten, wie die CSU, selbst wenn da wohl doch eher die Bezeichnung „scheinheilig“ angebracht wäre.

Und auch hier zeigen sich, wie nur all zu oft heute, geradezu erschreckende Parallelen zu angeblich längst überwundenen DDR-Zeiten auf.

Wie hieß es doch zu damaliger Zeit von der SED-Führung: „Notfalls müssen die Menschen zu ihrem Glück gezwungen werden.“

Doch abschließend hier noch eine Betrachtung zum neuen, dem 19. Deutschen Bundestag:

CDU und SPD haben zusammen 47,8 % der Wählerstimmen erreicht und mit Sicherheit selbst auch das nur, weil viele Wähler ihre Stimme an CDU und SPD lediglich aus dem einen Grund gegeben haben: „Wes' Brot ich eß', des' Lied ich sing“.

Und auch die FDP dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach hauptsächlich nur von solchen Protestwählern profitiert haben, die möglicherweise gar nicht recht gewußt haben, was sie eigentlich tun, denn anders ist solch ein urplötzlicher Stimmenzuwachs wohl kaum zu erklären.

Doch es besteht noch ein weiteres absolut prekäres und überaus bedrohliches Problem:

Es ist nicht neu, daß der Staat BRD längst schon nicht mehr wirklich handlungsfähig ist, und das nicht nur auf Grund der vielfachen Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit herrschender Partei-Politiker, sondern es steht auch noch ein weiteres finanzielles Desaster bevor, das aber nach wie vor ignoriert oder völlig heruntergespielt wird.

Begründet ist das u.v.a. auch durch die wasserkopfartige Aufblähung des neuen Bundestages.

Aus ursprünglich 598 Sitzen sind nach dieser Wahl 709 Sitze geworden, die den Steuerzahler zusätzlich 300 Millionen Euro mehr kosten, bzw. diese 709 Sitze werden den Steuerzahler jedes Jahr rund 600 Millionen EURO an Diäten kosten und weitere 3 Milliarden EURO an Nebenkosten, auch als sogen. Aufwandsentschädigung bezeichnet, also Kosten für Fahrdienste, Flugdienste, Verwaltungsdienste, Schreibkräfte, Büroräume sowie Staats- und Polizeischutz. Das liegt zum Einen am BRD-Wahlssystem, das sich schon lange in der Kritik befindet und zum Anderen am mangelnden Reformwillen aller Abgeordneten, die wie Pech an ihren

Sitzen und natürlich an den damit verbundenen „fetten Fleischtöpfen“ und anderen Annehmlichkeiten auf Kosten der Steuerzahler kleben. Aber die Druckpressen für deckungslose EURO-Scheine stehen ja schon seit geraumer Zeit nicht mehr still.

Für diejenigen, die im Bundestag sitzen, wie auch für alle, die in deren Kielwasser mitschwimmen, ist dieses ganze System natürlich ein Super-Sozialstaat, für die anderen, arme Rentner, Kranke, Arbeitslose, Hartz IV-Empfänger und „Mini-Jobber“, die von einem „Mini-Job“ zum anderen hetzen müssen, aber trotzdem kaum davon leben können, ist die Bezeichnung Sozialstaat jedoch fast schon eine Beleidigung und glatte Verhöhnung der Betroffenen.

Bezeichnenderweise hat der Bund der Steuerzahler gerade kurz nach der Wahl die künftige Bundesregierung zu einem schärferen Vorgehen gegen die Verschwendung öffentlicher Gelder aufgefordert. Notwendig seien auch mutige Maßnahmen, damit Steuergeldverschwendung bestraft werden könne. Kritisiert wurde dabei u.a. auch die unverhältnismäßige Vergrößerung des neuen Bundestages auf 709 Sitze.

Jahr für Jahr prangert der Bund der Steuerzahler an Hand konkreter Beispiele Millionenverschwendung durch die herrschenden Politiker an. Wie hoch das Ausmaß der Verschwendung sei, könne niemand genau sagen, aber **es sind Milliardenbeträge**, kritisierte Verbandspräsident Rainer Holznagel bei der Vorlage des aktuellen „Schwarzbuches“.

**Doch was geschieht?
Nichts – absolut nichts!**

In einem (zumindest angeblich) demokratischen Rechtsstaat, in dem sogenannte „Volksvertreter“ ungehindert und ungestraft, sei es aus Unfähigkeit, Verantwortungslosigkeit oder aus rein politisch motivierter Willkür, Steuergelder in Milliardenhöhe verschwenden können, ist ein Amtsankläger und der Straftatbestand „Verschwendung und damit Veruntreuung von Steuergeldern“ längst schon mehr als nur überfällig! Ein Straftatbestand, der aber keinesfalls durch die Immunität der Abgeordneten de facto wieder außer Kraft gesetzt werden darf.

Ganz abgesehen davon, daß diese Art von Immunität der Abgeordneten ohnehin ein für eine Demokratie völlig untaugliches Relikt ist - ähnlich der geradezu „göttlichen Unantastbarkeit“ von Herrschern aus längst vergangenen und heute so verpönten Zeiten mittelalterlicher Fürstentümer.

Doch unterdessen ist, offenbar absolut vorrangig, erst wieder einmal beim Streit der „Demokraten“ um die Sitzordnung im Bundestag der reine Kindergarten im Vorschulalter ausgebrochen - absolut „standesgemäß“ nach dem Motto: „Mami, Mami, neben dem will ich nicht sitzen“.

Erbärmlicher geht es wohl wirklich kaum noch. Doch damit zeigt sich einmal mehr, in welchem geradezu erschreckend katastrophalen Zustand sich die „demokratischen“ Parteien mit ihren Berufs-Partei-Politikern heute befinden.

Man kann sich auf Grund all dessen also nur wünschen, daß der Ausgang dieser Wahl erst der Anfang des Erfolges der AfD sein wird und daß aus Deutschland in absehbarer Zeit endlich wieder ein wirklich **demokratischer, sozialer, gerechter und souveräner Staat** werden wird, an Stelle eines Katastrophensystems und einer von der EU okkupierten, gegängelten, bevormundeten und ausgeplünderten Art einer „Bananen-Republik“, denn nur noch in einer solchen zu leben, muß man heute ja fast schon ständig auf's Neue den Eindruck haben.

Und wie am 11. Oktober durch den Bundeswahlleiter bekanntgegeben und auch von Muster, einem langjährigen Vertrauten Petrys, bestätigt wurde, haben Mitglieder der AfD aus Sachsen **bereits am 17. September** eine Partei des Namens „Die Blaue Partei“ gegründet und zwei Tage nach der Bundestagswahl angemeldet; und das, obwohl Petry noch kurz nach der Bundestagswahl die Gründung einer neuen Partei **eindeutig dementiert** hatte. Jedoch mit dieser neuen Partei „Die Blauen“, wäre nunmehr, nomen et omen, ein absolut prägnantes Sammelbecken, für alle Lügner, Betrüger und Wählerläuscher vorhanden, die das Blaue vom Himmel herunter lügen.

Allerdings erscheinen damit auch die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft Dresden gegen Petry wegen Meineids oder zumindest wegen uneidlicher Falschaussage noch ein weiteres Mal in einem absolut neuen Licht und ein diesbezüglicher Klärungsbedarf rückt mit allem Nachdruck noch weiter in den Vordergrund.

Bei alle dem muß man sich schlußendlich nicht nur fragen, in was für einem Land, sondern in was für einer Welt wir eigentlich leben!



Mit Rücksicht auf den Termin für die Drucklegung dieser Ausgabe sowie aus Platzgründen mußten diese Betrachtungen hiermit jedoch beendet werden.

Der politisch - mediale Machtkomplex

von Erwin Arlt

Aus was besteht eigentlich der „PMM“? Es ist ja nicht so, daß - sagen wir eine örtlich bestehende Antifa-Gruppe in ihrem linken Eifer mal einem Gastwirt das Fenster einschlägt und dann ist wieder Ruhe, weil der Jugendliche bei Gericht entweder freigesprochen wird, weil „kein öffentliches Interesse“ besteht, ihn zu verurteilen - oder das Gericht stellt das Verfahren vorher ein.

Nein hinter all' den schlimmen Zerstörungen wie wir sie gesehen haben in Hamburg, was ja eigentlich schon Bürgerkrieg war, steht der „PMM“, der „politisch-mediale Machtkomplex!“

* Der wiederum besteht eben nicht nur aus Genossen der Linkspartei oder den GRÜNEN, nein es ist ein Geflecht von Vorfeldorganisationen, linken Stiftungen, NGO's, also Nichtregierungsorganisationen, bestimmten Parteien, sogenannten Politikwissenschaftlern, Teilen der Gewerkschaften, Teilen der beiden Kirchen und großen Teilen von Presse, Rundfunk und Fernsehen und sogenannten „zivilgesellschaftlichen Kräften“.

* Alle diese Organisationen beackern das Vorfeld. Sie gründen „Workshops gegen Rechts“, „Aufstehen gegen Rassismus - das Band für Mut und Verständigung“. Es werden sogar „Aktionsanleitungen“ in der linken Presse und ins Netz gestellt, durchaus Anleitungen zur Störung und Nötigung von Gastwirten - da hängen dann plötzlich Plakate und Spruchbänder „Nazis raus aus „X-Burg, X-burg ist bunt“ oder „Nazis werden hier nicht bedient!“

Ja, wenn es wirklich bunt wäre, dann dürften ja auch alle Gruppierungen an dem bunten Reigen teilnehmen und nicht nur die dem „PMM“ genehm sind.

* Also von DKP, VVN über Jusos, Linkspartei, alle Lizenzparteien sowieso, Gewerkschaften, den verdeckt und offen agierenden kirchlichen Gruppen, bis hin zu konservativen, nationalen, patriotischen Bewegungen und der AfD!

Dann wäre es richtig zu sagen, es ist eine bunte demokratische Gesellschaft.

* **Aber liebe Leser, so ist es ja nicht.** Die von den Massenmedien, also sogenannte „friedliche

Demo“, die sowohl in Köln auf dem Hauptbahnhof ihr Unwesen trieb und **die Polizei auf Anweisung des linken Innenministers nicht eingreifen durfte**, war dort nicht „so friedlich“ wie wir wissen, in Hamburg erst recht nicht, denn dort **wurde Bürgerkrieg geprobt** und solche Figuren, wie der Hamburger Bürgermeister, wiegeln ab und sprechen wider besseres Wissen, **daß das ja „nur“ der „Schwarze Block“ war**, der die „so friedliche Demo“ umgedreht habe und „wir werden alle, die uns sehr geschadet haben, zur Verantwortung ziehen und vor Gericht bringen. Wir werden auch den Sumpf in den besetzten Häusern eine Ende bereiten“.

Soweit dem Verfasser bekannt ist, wurden von den Tausenden nur zwei oder drei, bisher vor Gericht, gestellt und ansonsten ist dort Schweigen im Walde!

Man empfängt lieber königlichen Besuch und sonnt sich in deren Glanz! Es werden diese Wahlkampfgespräche nur vor der Bundestagswahl im September ausposaunt, nachher ist alles vergessen und alle linken Kräfte, die dies alles zugelassen haben, werden von Steuersenkungen, Integration aller „Flüchtlinge“, Dieselgate, Genderpolitik und natürlich Einschüchterungspolitik gegen diejenigen, die vielleicht ihr Kreuz „irrtümlich“ bei der AfD gemacht hatten, was ja doch gar nicht ginge!

Wenn letztere Wähler und auch diese Partei doch genau nach dem Prinzip, wie bei der NPD kaputt regiert wird, ist das natürlich nur zur Erhaltung und Stärkung der Demokratie und des „PMM“ erforderlich.

So - und was die Partei CDU betrifft, die ganz fest im Sattel sitzt, die immer nach links gedriftet ist und alle konservativen Kräfte hinauskomplimentiert hat, steht wieder bereit für eine „große Koalition“ nach der Wahl.

Wo kämen wir auch hin, wenn die Anpasserpartei nicht mehr am Ruder sein könnte, mit denen allen, die das brav mitmachen, denn es winken Posten in Regierung und Partei!

Das Gleiche gilt auch für die SPD, die vielleicht nicht so nach links gedriftet ist, weil sie ohnehin ein Anpassungsprogramm für die Zusammenarbeit mit der Linkspartei im Auge hat.

Für die FDP ist wichtig, daß sie auf jeden Fall wieder als Ausputzer und kleiner Koalitionspartner für CDU und SPD zur Verfügung steht, wenn keine „große Koalition“ möglich wird. Die CSU ist vor der Wahl der konservative Aufpasser, im Wahlkampf schon und erst recht nach der Wahl mit Seehofer, manche nennen ihn auch Drehofer, der Stimmenfänger für Bundeskanzlerin Merkel, die sich bekanntlich über fast alle Gesetze, auch die, die Sie selbst gemacht haben, hinwegsetzt und nach Guts-herrenart regiert! Die Bundeskanzlerin wird deshalb auch nach der Wahl wieder Angela Merkel heißen. Man kann auch sagen, es gilt nach der Wahl „das gebrochene Wort“!

Was wir die deutschen autochthonen Bürger aber dringend brauchen, ist mehr Selbstachtung, mehr Patriotismus!

Ein so großes Volk wie Deutschland, das der Welt unermeßliche Kulturschätze geschenkt hat oder auch Schätze der Wissenschaft und Kunst, kann durchaus stolz auf die Söhne und Töchter seines Vaterlandes sein!

Wenn wir das auch nach der Wahl immer berücksichtigen, werden die Deutschen allgemein wieder mutiger und sparen dieses Thema aus Angst nicht mehr aus.

Nicht nur, daß alle Länder rundherum in diesem Europa - das ist nicht nur die EU, sondern alle europäischen Länder gleichermaßen, ganz selbstverständlich national und patriotisch sind. Wir Deutsche können in diesem Punkt viel von den anderen Nationen lernen.

Also wir müssen uns im Parteiengeflecht der BRD, eben die Partei aussuchen, die das vertritt und die - ja ähnlich wie Trump - eben „Deutschland zuerst“ sagt, nicht so lärmend wie die USA, aber leise und stetig!

So kommen wir nicht umhin, auch die EU anzusprechen, die ja zum „PMM“ gehört.

Sie ist diejenige, die ganz undemokratisch über die Köpfe der Staaten und Nationen mit ihren Kommissaren reinregiert.

Das Ziel des „PMM“ ist es, alle Nationen gewaltsam abzuschaffen und in einem Einheitsbrei die „**VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA**“ zu schaffen.

Dies haben führende Politiker der EU und BRD-Parteipolitiker, mehr oder weniger deutlich, ver-

lauten lassen. Ich nenne nur einen Namen, nämlich die jetzige, schwer angeschlagene Verteidigungsministerin, Frau v. der Leyen.

Und daß die EU das auch gewaltsam durchsetzen will, hat der Holländer Timmermans als Kommissar ebenfalls schon durchblicken lassen.

Wir haben uns also, was diesen Punkt betrifft, mit Grundgesetz Art. 20, näher zu beschäftigen, der uns den Widerstand gegen diese Machthaber aufgibt.

Wir sollten lieber heute, als morgen damit beginnen!

Damit wir uns den Paragraphen gut einprägen und klug danach handeln, hier der Text:

Artikel 20

[Verfassungsgrundsätze - Widerslandsrecht]

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke, in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden!

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Jetzt also müssen wir, wie „das Gesetz es befiehlt“, handeln und unsere Wahlentscheidung und unsere Haltung danach ausrichten. Ich empfehle, den Artikel 20 Abs. 4 besonders zu studieren.

Auch wenn Menschen im konservativ-rechten Lager tönen, es heiße ja „Grundgesetz für die BRD“, also haben uns doch die Besatzer das ein gebrockt! Da wir noch immer keine Verfassung und auch keinen Friedensvertrag haben, ist dieses Grundgesetz als unser politisches Instrument zu handhaben.

Schaffen wir uns also auch, wie der Linksblock einen nationalkonservativen medialen Machtkomplex!

Völker schauet die Signale

von Erwin Arlt

Wenn wir uns die Bilder vom Mittelmeer, vom Schwarzen Meer oder von jetzt über Pakistan kommende Wirtschaftsflüchtlinge anschauen, muß es für alle Deutschen und alle Europäer ein Signal sein, die gesamte „Flüchtlingspolitik“, die NRO/NGO's, die Aktionen der Bundesmarine, die ja Schlepperorganisationen gleichen, sowie die EU-Politik der Bundesregierung auf den Prüfstand stellen!

Ja - Völker höret und schauet die Signale, die uns im Fernsehen, im Rundfunk und in der Presse, also in allen Massenmedien und im Netz täglich vorgesetzt werden, so erkennen wir leicht, daß es **nicht 5 vor 12 Uhr, sondern 1 Min. vor 12 Uhr** ist!

Wir Deutschen haben als größtes europäisches Land hier Vorreiter für eine Wende zu spielen.

Die Völkerwanderung dieser zu 35%

Wirtschaftsflüchtlinge, muß ab jetzt konsequent gestoppt werden.

Nach strengen Regeln dürfen nur mehr echte politisch oder religiös Verfolgte einen Asylantrag stellen, nebenbei wird das BAMF stark entlastet.

Das GG Art. 16 a lautet:

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Sonst sieht das GG nichts vor.

Die Konsequenz daraus heißt, daß alle die nicht unter den Artikel 16 a fallen, abzuschieben sind.

Wenn sich die konsequente Haltung der BRD erst herumspricht, in den Ländern aus denen sie kommen, so machen sich 90% gar nicht mehr mit Schlauchbooten auf den Weg und das Schlepperunwesen, dieser Sumpf wird ausgetrocknet.

Freilich müssen sich die Länder Europas auch dazu bequemen, in den Herkunftsländern mit Geldern der EU und der einzelnen Staaten den Menschen in Afrika und in den anderen Ländern, eine Perspektive, also Arbeit, Handel und Brot zu ermöglichen. So schaffen wir für diese Menschen auch die Möglichkeit, eine Familie zu gründen.

Die Parteien, also GRÜNE und SPD müssen stark umdenken, ebenfalls alle links-rotgrün versiffen Organisationen, die mit Staatsgeldern im Schlepptau der besagten Parteien einherlaufen.

Schlagen wir einen großen Bogen von der GEW bis zur Bertelmannstiftung. Solchen Vereinen und Organisationen muß der Geldhahn abgedreht werden. Erst dann haben wir klare Fronten.

Auch das Kirchenasyl der beiden christlichen Kirchen gehört mit dazu.

* Wenn jetzt auch alle diese ominösen Vereine und Organisationen über uns herfallen und wieder die alte Platte mit „Nazis raus, die BRD ist bunt“ auflegen, so geben wir zu bedenken:

„Das Thema Asylpolitik wird solange in Deutschland diskutiert, bis kein einziger Deutscher mehr da ist, um darüber zu diskutieren!“

* **Es ist durchaus an der Zeit, über unsere Heimat Deutschland nachzudenken und auch deshalb ein „Stop“ zu setzen zur Masseneinwanderung.**

Wenn bereits angeblich 22,5 % der Bevölkerung Ausländer sind, so ist es angebracht, auch ethnisch zu argumentieren, denn es ist eine Milchmädchenrechnung, auszurechnen, wenn bei gleichbleibender illegaler Zuwanderung aus aller Welt, das deutsche Volk sich wirklich selbst abschafft, wie es ja schon Thilo Sarrazin in seinem Werk vorhergesagt hat.

* **Unser deutsches Land wird auf kaltem Wege an illegale Einwanderer scheinbar ohne Gegenwehr, sicher nicht von den Parlamentariern der Lizenzparteien, verhökert!**

Genügt es denn nicht, wenn wir ganz Ostdeutschland, also Pommern, Schlesien, Ostpreußen, Ostbrandenburg und das Sudetenland an Polen die Tschechei und Rußland zwangsabgetreten haben im 2+4 Vertrag, den der angebliche Kanzler der Einheit, Helmut Kohl, ausgearbeitet und dann im un-deutschen Bundestag hat absegnen lassen.

* **Wenn nun Polen auch noch frech Reparationen in Höhe von 800 Milliarden Euro fordert,** dann ist endgültig Schluß und die angebliche Freundschaft muß schnellstens beendet werden.

Auch hier heißt es also - Deutsches Volk höre und schau die Signale.

* **Aber nun zurück zu den lebensbedrohlichen Maßnahmen für unser deutsches Volk!**

Lebensbedrohlich deshalb, weil wir wissen, daß wir eine starke linksextremistische Szene als Feinde des deutschen Volkes in der BRD haben, die sich teils als Schläferorganisation oder offen agierende Gruppen bei uns im Lande haben, ähnlich dem trojanischen Pferd, die in einem Schwächezustand Deutschlands zuschlagen. Aber wenn wir dies wis-

sen, können und müssen wir uns wappnen. Das fängt im Kleinen an, wenn wir unsere Sprache reinhalten und Fremdwörter nur dann einsetzen, wenn wir wirklich kein gutes deutsches Wort dafür haben.

Es geht weiter, wie wir uns kleiden, wir müssen uns von der sagen wir Lumpensammler Kleidung der 68er Politgarde unterscheiden und uns sauber und ordentlich, durchaus modisch kleiden. Gleiches gilt natürlich auch für das sonstige Aussehen.

* Es geht weiter, wie wir sprechen und schreiben, es ist bei der jungen Generation durchaus angebracht, das „handy“ oder das „tablet“ mal beiseite zu legen, um zu schreiben oder zu hören.

* Durchaus müssen wir uns nicht nur für Beruf und Familie kümmern, sondern eben auch für Politik! Wenn wir es nicht tun, tun es bestimmt die Anderen und bestimmen über unsere Köpfe hinweg so, wie wir es gerade nicht wollen.

* Unser Glück, sie haben weit überzogen und haben das erste Mal bei den Wahlen, einen kräftigen Denkkzettel bekommen, an dem sie wie wir aus ihren Kommentaren hören und sehen, schwer daran beißen. Doch noch ist die Gefahr bei weitem nicht gebannt. Sie sind im Stande und probieren es aus Trotz noch ein paar mal.

* Lizenz- und Systemparteien haben also ziemlich abgewirtschaftet in dieser BRD, sonst hätte die SPD nicht den Platz in der Opposition gefunden.

* Aber Vorsicht verehrte Freunde, unser Part ist noch lange nicht gesichert. Wir haben als Patrioten, Nationalkonservative oder was immer, der jetzt ins Spiel kommenden AfD auf die Finger zu schauen, ob sie das Vertrauen, das wir ihnen, gewissermaßen als Vorschußlorbeeren gegeben haben, auch richtig nutzen, den inneren Streit sofort beenden, **und vor allem sich ihrer großen Verantwortung für Deutschland bewußt zu sein.**

Von uns überparteilichen Patrioten, gibt es einerseits Unterstützung im täglichen Leben, durch unseren Standpunkt bei Diskussionen und in Auseinandersetzungen mit den Massenmedien und den Politikern im täglichen Leben.

* Lassen wir das Ganze alles mal einwirken, um dann zu gegebenem Anlaß, unsere Stellungnahmen abzugeben.

Ich will schließen mit einem tief mahnenden Spruch:

**Hütet das Feuer in allen Gefahren,
lasset es glühen trotz trostloser Nacht.
Gebt alle Kräfte, es hell zu bewahren,
hütet die Glut, bis der Morgen erwacht!**

**Liebe Freunde und Mitstreiter
In uns Allen brennt die Flamme, gespeist von
dieser Glut - entfacht von unseren Vorfahren
aus langer Vorzeit.
In unserem Kreis der letzten Aufrechten werden
wir es auch nicht lassen können - das von
unseren Vorfahren übernommene Erbe zu ver-
teidigen - solange es uns vergönnt sein wird!**



**Die Gedanken sind frei
wer kann sie erraten?
Sie fliegen vorbei
wie nächtliche Schatten.
Kein Mensch kann sie wissen
kein Jäger erschießen
mit Pulver und Blei.
Die Gedanken sind frei.**

Gemäß diesem Volkslied, ca. 1790, bearbeitet 1841 von Hoffmann von Fallersleben (dem wir unsere Nationalhymne verdanken) nehmen **wir uns unsere Freiheit nicht nur in Gedanken!**

Wir von der Erlebnisgeneration bauten aus dem Trümmern des Weltkrieges unser Land - und niemand anderes war 1945 im Lande am Aufbau beteiligt - mit bloßen Händen und knurrendem Magen auf!

Unsere nachfolgenden Generationen ließen sich von Klugschwätzern jeglicher Art aufs Glatteis führen. Dieser Irrglaube, durch Technik nicht nur die Arbeit zu unterstützen, sondern uns Menschen durch Roboter (Industrie 4.0 läßt grüßen) selber ersetzen zu können, wird scheitern.

Irgendwann wird auch der Gläubigste dahinter kommen - Arbeit ist das halbe Leben - ohne Arbeit in Freiheit gibt es kein Leben!

Horst Erwin Zaborowki

Revolution / Staatsstreich

Weder eine Revolution noch ein Staatsstreich wurde in Deutschland und unserem Deutschen Volk in letzter Konsequenz durchgeführt. **Verrat jedoch hatte für Staat und Staatsvolk verheerende Auswirkungen.**

Diese Begriffe wurden schon zur Zeit ihrer Ereignisse unterschiedlich wahrgenommen.

Als geschichtliche Ereignisse wurden sie dem Zeitgeist so weit untergeordnet, daß ein jeder, aber auch wirklich ein jeder Zeitgenosse sich seine „Rosinen“ herauspicken konnte und kann.

Fakten:

Bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht in Reims trat am 8. Mai 1945 um 23:01 Uhr MEZ in Kraft.

Diese Kapitulation wurde auf völkerrechtlicher Grundlage nicht vom Deutschen Reich vollzogen.

Der Krieg mit Waffen wurde eingestellt. Krieg gegen das Deutsche Volk wurde ab der militärischen Kapitulation fortgesetzt:

mit dem Hunger als Waffe,

mit der Vertreibung von fünfzehn Millionen Deutscher aus ihren angestammten Wohn- und Siedlungsgebieten,

mit Kriegsgefangenschaft und Internierung von Millionen Deutscher Frauen und Männer,

mit der anhaltenden militärischen Besetzung des gesamten Reichsgebietes.

Am 23. Mai 1949 wurde auf dem Boden des Zweiten Deutschen Reiches das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Bonn verkündet und unterzeichnet. Am darauffolgenden Tag trat es in Kraft.

Am 7. Oktober 1949 wurde auf dem Boden des Zweiten Deutschen Reiches die Deutsche Demokratische Republik gegründet.

Diese Gründungen erfolgten unter Aufsicht der Alliierten in der BRD und genau so in der DDR ohne Volksbefragung!

Ein freies Volk kann unter Knechtschaft keine rechtsverbindlichen Beschlüsse fassen!

Dieser Makel wurde und konnte nicht mit den nachfolgenden Verträgen in verbindlichem Recht umgewandelt werden.

In den Zeiten des sogenannten „Kalten Krieges“ verfestigten sich die Strukturen. Deutsche Bürger wurden als HIWIS mißbraucht.

Dieser Zustand war schon ein Leidensweg unserer Vorfahren. Als bemerkenswerte Perioden ist die Besetzung durch die Römer und Napoleon festzuhalten.

Der Weg zur Entvolkung des Deutschen Volkes begann sich zu verkürzen mit dem, im Grunde genommen glücklichen Umstand der friedlichen Revolution in Mitteldeutschland.

(Bitte beachten Sie die Ausführungen zur Revolution am Beginn dieses Artikels.)

Ob wir Deutsche vom Schicksal dazu verdammt wurden, in unserer geschichtlichen Existenz nur eine kurze Zeit ein Leben als freies Volk verbringen zu dürfen, bleibt eine Frage ohne Antwort.

Festzuhalten jedoch ist:

Die friedliche Revolution in Mitteldeutschland spülte Angela Merkel in den Fokus der Geschichte. Eine noch lebende Figur der Weltgeschichte mit einem für uns Deutsche als Volk in den Untergangweisenden politischen Tätigkeit. Grundlagen für diese Entwicklung wurden bereits in der Regierungszeit von SPD-Schröder mit der Einführung vom Geburtsortsprinzip und der Abschaffung vom Abstammungsprinzip. Zum 1. Januar 2000 in Kraft getreten.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel blieb es vorbehalten mit einer gesetzeswidrigen Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland die Büchse der Pandora zu öffnen!

Und dies alles ohne Revolution oder Staatsstreich?

Für eine erfolgreiche Revolution oder Staatsstreich hat es in Deutschland nicht gelangt. **Wie lange auch noch der Weg in der Knechtschaft sein wird – für eine zweite friedliche Revolution wird die Zeit knapp.**

<http://autochthone.org/2017/10/revolutionstaatsstreich/>

Horst Erwin Zaborowski

Im Internet veröffentlichte Stellungnahmen

Freunde - Förderer - Mitglieder

Für alle, die keinen Zugang zum Internet besitzen, hier unsere, seit unserer letzten „Unsere Deutsche Heimat“ veröffentlichten Stellungnahmen.

Apr 15 2017 — Horst Zaborowski @ 01:25

Europa ohne EU

Ein Gedanke der auf Nutzen und Schaden hin abgeklopft werden sollte.

Fakt ist: Der Euro ist in 23 Ländern Europas Währung. Auf dem Kontinent Europa liegen 49 Länder.

Das Argument einer Währung im europäischen Raum ist somit entfallen.

27 Staaten gehören der EU an. 15 Staaten gehören der EU nicht an: Albanien, Andorra, Bosnien-Herzegowina, Liechtenstein, Moldawien, Monaco, Montenegro, Norwegen, Rußland, San Marino, Schweiz, Serbien, Ukraine, Weißrußland, Vatikan.

In jedem Staat auf dem europäischen Kontinent wird eine eigene Sprache gesprochen.

Für die EU spricht die Reisefreiheit. Diese Reisefreiheit wird auch von Verbrecherbanden genutzt.

Es gilt abzuwägen bei der Fahrt in den Urlaub einige Minuten an den Grenzen zu warten und bei der Ankunft in der eigenen Wohnung alles an seinem Platz vorzufinden –

oder keine Wartezeit an den Grenzen und bei der Rückkehr sich mit der Versicherung, soweit eine abgeschlossen wurde, über den entstandenen Einbruchschaden auseinanderzusetzen.

Apr 17 2017 — Horst Zaborowski @ 16:33

Täuschende Demokratie

Wer den Griechen die Deutung Demokratie gleich Volksherrschaft zuschreibt, kann im Grunde genommen nicht falsch liegen. Unterscheidungen ergeben

sich in dem Moment, wo die Teilnehmer an demokratischen Wahlen und die daraus resultierenden Ergebnissen erläutert werden.

Eine erste Täuschung beginnt bereits mit der Bezeichnung des Gebietes, Staates usw. , in der diese demokratische Wahl stattgefunden hat. Siehe: Türkei und Kurden, Spanier und Andalusien, England und Schottland usw. usw.

Die zweite Täuschung erfolgt bei Feststellung der Wahlergebnisse in Prozenten. In vielen Fällen werden die Anzahl wahlberechtigter Staatsbürger genannt. Von dieser Zahl werden dann die, welche an der Wahl nicht teilgenommen haben abgezogen. Ferner die Zahl der Bürger die nicht nach den Wahlvorschriften den Wahlzettel ausgefüllt haben.

Der dann verbleibende Anteil der wahlberechtigten Bürger wird mit 100 % in Ansatz gebracht.

Bürger, die sich aus welchen Gründen auch immer der Wahl enthalten haben, werden entmündigt!

Bei logischer Begründung ist Enthaltung mit Ablehnung, somit mit Nein zu bewerten. Weil jeder Staatsbürger, so zumindest in der Bundesrepublik Deutschland, eine Wahlberechtigung erhält.

Wer infolgedessen die Wahlmöglichkeit nicht wahrnimmt gibt zu erkennen, daß er nicht zugestimmt hat!

Bei klaren Entscheidungen mag dies nicht ins Gewicht fallen. Jedoch bei knappen Wahlergebnissen wird der Volkswille, so dieses angeführte Verfahren angewendet wird, verfälscht!

Die Begriffe Demokratie und Diktatur verwechseln sich.

Apr 23 2017 — Horst Zaborowski @ 03:12

Ein Signal fehlt.

Begünstigt durch nationale und internationale Ereignisse, konnten sich staats- und volkerhaltende Kräfte in europäischen Ländern bündeln.

In den Niederlanden gelang es Geerd Wilders nicht, den geballten Widerstand der „Futterkrippen-Nutzer“ zu überwinden um, der nationalen Position zum Durchbruch zu verhelfen.

In Frankreich kämpft die in Jean-Marie Le Pen gebündelte nationale Kraft um eine aussichtsreiche Position, die des Präsidenten der Republik Frankreich. Wenn Sie Erfolg hat, wird ein nationales Erwachen in Europa eine entscheidende Stimme besitzen.

In der Bundesrepublik Deutschland orientiert sich als nationale Kraft die AfD auf ihrem Parteitag in Köln. Von den Möglichkeiten eines französischen Präsidenten weit entfernt, werden jedoch Entscheidungen ein Signal sein.

Wo in den Niederlanden und in Frankreich die Auseinandersetzungen um die Zukunft zwischen den einzelnen Parteien ausgetragen werden, geschieht dies in der Bundesrepublik Deutschland, wie könnte es auch anders sein, innerhalb der weitgefächerten nationalen Kräfte.

Als Anschauungsbeispiel bieten sich die gegensätzlichen Strategien auf dem AfD-Parteitag in Köln an. Frau Dr. Frauke Petry fordert einen koalitionsfähigen Kurs. Co-Chef Jörg Meuthen sieht den Weg zur „Macht“ über eine konsequente Opposition. **Beide sehen nur ihren Unterstützerkreis und vergessen ein Signal an den weitaus größeren Teil der wahlberechtigten deutschen Staatsbürger, die sich in vielen Aktionsgruppen um einen nationalen Weg in Deutschland bemühen.**

Apr 24 2017 — Horst Zaborowski @ 02:18

Gespaltene Staaten – gespaltenes Europa

Ein Veränderungswahn geht durch die Länder. Umbrüche in den Völkern Europas zwingen zu Entscheidungen.

(Siehe Wahlen in Frankreich usw.)

Allen Nachkriegsgenerationen fehlt die Erfahrung aus einem erlebten Hunger bis Tod.

Eine Unterwerfungsstrategie führt ebenso zum Volkstod wie der bedingungslose Überlebenskampf.

Ganz gleich wie durch Wahlen Entscheidungen erfolgen, wie Kompromisse zwischen den konkurrierenden Kräften auf Zeit vereinbart werden, zu decken von Gegensätzen verzögert letztendlich nur.

Die Wirtschaft kann als Dritte Kraft einen Ausgleich herbeiführen. Voraussetzung ist, daß sie sich ihrer nationalen Verantwortung gemäß als Diener von Volk und Staat einordnet.

Der Raffgier-Geist dem Gemeinwohl untergeordnet, erzwingt einen natürlichen Ausgleich. – Hoffen und kämpfen wir für Einsicht.

Apr 28 2017 — Horst Zaborowski @ 12:11

Bundeswehr – Offizier ?

Vor einigen Jahren geisterte der Begriff „Bananenrepublik“ durch bestimmte Medien. Auch damals war dies bereits ein diskriminierender Begriff. Es wurden durch diesen Begriff nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern – wenn auch in der breiten Öffentlichkeit nicht so wahrgenommen – Menschen und Staaten, die mit Bananenexport ihre Lebensgrundlage sicherten, betroffen.

Eingedenk der damaligen Hochnäsigkeit wirft das „Doppelleben“ des Bundeswehroffiziers Oberleutnant Franco A. bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland eine Frage nach „Bananenrepublik ähnlichen“ Verhältnissen in der BRD auf.

Anstehende Untersuchungen werden zur Aufklärung dieses Vorfalles führen. Nachzudenken ist jedoch angebracht. Inwieweit werden Bürger der Bundesrepublik Deutschland noch durch Politik der Etablierten verunsichert, um zu solchen oder ähnlichen „Wachmachern“ greifen zu können?

Wo bleibt die Stellungnahme der sonst so kamerafreundlichen Vereinigungsministern von der Leyen?

Apr 30 2017 — Horst Zaborowski @ 01:20

Wie viele Versager kann unsere Bundesrepublik Deutschland noch ertragen?
Immer unter der Voraussetzung, daß der von „un-

seren“ regierenden Politikern geleistete Amtseid:

GG „Artikel 56

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden,“

noch Gesetzeskraft hat, darf und muß der Souverän, also wir das deutsche Volk, dieses Staatsversagen noch hinnehmen?

Beschönigende Worte sind genug gewechselt – wir wollen Taten sehen. **Hat der Begriff Ehre in unserer deutschen Sprache noch einen Wert?**

Wann treten verantwortliche Minister wie Merkel, von der Leyen und de Maizière zurück?

02 2017 — Horst Zaborowski @ 08:11

Leitkultur

Wer steht denn hinter der Leitkultur, verkündet vom Innenminister der Bundesrepublik Deutschland, Herrn de-Maizière?

Ein Wortspiel sei erlaubt – ich bin „diese Kultur“ leid.

Wer sich der Mühe unterzieht, den vollständigen Text seiner Ausführungen zu lesen (zweieinhalb DIN A4 Seiten), **wird finden, daß die in den Medien dargestellten „Konzentrate“ mit der jeweils gewünschten Brille gelesen wurden.** In typischer Politiker-Manier wurden in seinem Text viele politische Auffassungen bedient.

Die Leitkultur autochthoner Deutscher ist: Arbeitsam, Ehrlichkeit, Fleiß, Treue.

Wer sich diesen Eigenschaften verweigert, hat in dem von uns autochthonen Deutschen, die Bomben-Trümmer nach dem zweiten Weltkrieg wegräumten und die Grundlagen des „Wirtschaftswunder“ erarbeiteten, nichts, aber auch gar nichts verloren.

04 2017 — Horst Zaborowski @ 18:30

Von der Leyen und die Wehrmacht

Ich schreibe diese Zeilen im Gedenken an unsere Kameraden – die sich nicht mehr wehren können.

Zuerst die Fakten:

Im Zeitraum des Krieges bis 1945 lebten ca. 78 Millionen deutsche Staatsbürger im Zweiten Deutschen Reich.

Nach Schätzungen waren ca. 5 bis 8 Millionen Mitglieder der NSDAP.

Grob geschätzt konnte somit ca. jeder Zehnte in der deutschen Wehrmacht ein „Nazi“ sein.

Unterscheiden Sie, verehrte Bundesverteidigungsministerin von der Leyen in der Bundeswehr auch nach Parteizugehörigkeit CDU, CSU, SPD, Grüne, Linke usw.?

Kämpfen und sterben Kameraden der Bundeswehr etwa für diese Parteien?

Wir waren Bürger, wie Sie heute Bürger sind. Unsere politischen Ansichten konnten wir nicht in jedem Falle an die Front mitnehmen. –

Genauso wie heute unsere Kameraden aus der Bundeswehr im Kampfeinsatz keine Parteiveranstaltungen abhalten werden.

Wenn Sie Probleme in Ihrem Amt haben, dann seien Sie Manns, bzw Frau genug und stellen sich Ihrer Verantwortung!

Horst Zaborowski
am 5.8.1944 in der Normandie bei den Fallschirmjägern verwundet (Bauchschuß).

Mai 08 2017 — Horst Zaborowski @ 16:22

Bundesverteidigungsministerin von der Leyen auf dünnem Eis

Bei internen Anweisungen an die Bundeswehr kann und darf Klartext geredet werden. Jedoch – bei Beurteilungen in öffentlichen Fernseh-Shows be-

darf es nicht nur eines Fingerspitzengeföhls, sondern **vor allem Anstandes!**

Eine Truppe, so diese Höchstleistungen vollbringen soll, außerhalb ihrer Tradition zu stellen, ist Selbstmord – einerseits für die Kameraden im Einsatz und für die Bundesverteidigungsministerien.

Eine Verteidigungsministerin kann ersetzt werden – eine gute Truppe nicht! – Die Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland ist eine gute und verlässliche Truppe.

Auch eine Parlamentsarmee ist eine Armee und kein wirtschaftlich orientierter Konzern oder ein Parlament.

Merken Sie es nicht – indem Sie unsere Bundeswehr unter politischen Motivationen einordnen, daß Sie den gleichen Fehler begehen, wovor Sie glauben warnen zu müssen?

Kameradschaft läßt sich nicht verordnen – Vertrauen muß wachsen können – Verunglimpfungen unter Bezug auf in der Vergangenheit geschehenen Ereignisse, insbesondere aus einer Zeit vor Ihrem Leben, kann schnell Vertrauen vernichten.

Mai 09 2017 — Horst Zaborowski @ 16:37

Geld – ein Rückblick

Menschen als gläubige Wesen schweifen gerne in die Ferne, als auf dem Boden der Realitäten zu bleiben. Freund Kablitz hat es in seinem Kommentar zu: – **Staaten drucken es. Banken verleihen es. Doch was ist Geld? – einfach auf den Punkt gebracht.**

1. Kommt der schaffende Mensch. Mit seiner Hände Arbeit unter Hilfe seines Gehirnes schafft er Werte. Ob der Mensch Kieselsteine als Wert akzeptiert, um sein Erschaffenes dem Nachbarn zu überlassen oder den von Ihn erlegten Hasen oder Gold, unterscheidet sich nur durch den Verbreitungs- und Anerkennungsbereich für diese Gegenstände.

2. Wer die Zeit von Kriegsende 1945 bis zur Währungsreform und Einführung der DM als bewußt Lebender, besser Überlebender bewußt erlebt hat, kann meine Ausführungen aus eigenem erleben nachvollziehen.

3. Wer etwas zum Tausch anzubieten hatte, die Äpfel von seinem Baum, den selbst gebrannten Schnaps usw., konnte andere Gegenstände die er gerne hätte oder auch zum Überleben brauchte, erwerben. Wer keinerlei Werte hatte, konnte seine Arbeitskraft anbieten, Ruinen einreißen und die Steine „verkaufen“.

4. Viele Menschen, die keinerlei anzubieten hatten, verhungerten im wahrsten Sinne des Wortes.

5. Gewinner waren damals und sind es heute diese „Menschen“, die es als „Ihre“ Lebensaufgabe ansehen, am Fleiß und an der Not anderer Menschen „Ihren“ Reichtum zu mehren.

6. Trauerspiel letzter Akt. Die Raffies dieser Welt sitzen gleichzeitig an den Hebeln der Macht.

7. Revolutionen, ob die Französische oder die in der UdSSR änderten diese Realitäten nur für einen Wimpernschlag der Geschichte.

8. Uns bleibt die Hoffnung, aus dem einfachen Grunde, weil die Hoffnung zuletzt stirbt, daß es uns Menschen es gelingen wird, unsere angeborene Gier, der ebenfalls uns Menschen mitgegebenen Vernunft unterzuordnen.

9. Ob das zur Zeit in der BRD herrschende politische und wirtschaftliche Machtkonsortium, wie z.B. Merkel, Schulz und weitere die Kraft aufbringen könnten, Einsicht vor Machterhaltung walten zu lassen, ist mehr als fraglich.

Mai 11 2017 — Horst Zaborowski @ 16:29

Warum können andere Staaten ihre Bevölkerung schützen?

Aus der im Internet verbreiteten Nachricht: „Australien schiebt Moslime, die nach der Scharia leben wollen ab“, ist ersichtlich, daß es möglich ist, Bürger der eigenen Nation zu schützen.

Mai 11 2017 — Horst Zaborowski @ 18:02

Warum geschieht dies in der Bundesrepublik Deutschland nicht? Wurden bereits bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland die Weichen für ein wehrunfähiges Deutschland gestellt?

Die Abgrenzung zwischen den Besatzungszonen spiegelte bereits Weltanschauungen, wieder – von „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ bis „Kapitalisten diese Welt gehört Euch“.

Generationen von Politikern entwickelten sich unter diesen Prämissen. **Deutschland wurde durch Gründung von Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik zum Experimentierfeld.** Eine unverständliche Sehnsucht alles andere auf der Welt, vorrangig vor dem Eigenen anzuhimmeln, hat in der Geschichte Spuren hinterlassen. (Germanen und Römer, Napoleon Bonaparte, die deutschen Länder, usw.)

Politiker mit „Wurzeln“ in von den Alliierten des zweiten Weltkrieges in West- wie in Ostdeutschland gegründeten Staaten orientierten sich an „Ihren“ Vorbildern. „Entsorgten“ die Geschichte ihrer Vorfahren in eine Wunschliste. Der Idee, wir sind alle Menschen und sollen uns lieb haben, wurden natürliche Entwicklungen, wie aus unterschiedlichen Klimaverhältnissen begründet entstandene, ausgeblendet. **Der absolute Anspruch des Primates der Politik vor den naturgegebenen Rechten des Individuums hat, insbesondere in Deutschland, zu den gegenwärtigen weltweiten Konfliktherden beigetragen.**

Frauen wie Julia Gillard, Premierministerin in Australien und Angela Merkel, Bundeskanzlerin in der Bundesrepublik Deutschland entscheiden in dieser Welt – ob die eigene Gemeinschaft der Ihnen anvertrauten Menschen Vorrang vor den Problemen der gesamten Menschheit hat – oder einer Vision, „wir sind alle Menschen“ – geopfert wird.

Herzlichen Glückwunsch nach Australien. – Wir Deutsche haben, wie leider zu oft in der Geschichte, im falschen Moment die falsche Frau an den Hebeln der Macht.

Wer anders als Augstein kann von der Leyen die Schuhe putzen?

In seiner Kolumne, „**Mit harter Hand**“ betätigt sich Jakob Augstein als Kavalier der alten Schule. Es ist erfreulich, daß es solche Kavaliere heutzutage noch gibt – jedoch es müssen nicht gleich die Schuhe (Stiefel tragend, habe ich Bundesverteidigungsminister von der Leyen trotz allem forschem Auftreten noch nicht entdeckt) geputzt werden. Genau so, wie wir (die unverbesserlichen Alten) aus unseren Erlebnissen heraus uns unsere Meinung bilden, ist es rechtens, wenn die heutige Generation dies aus „Ihrer“ Erfahrung mit der Truppe schildert.

Mit 15 Mann in einem Stiefelspind hochklettern und „ein Lied“ anstimmen zu müssen oder über hundert Meter Rolle vorwärts und gleich zurück – wir haben es überlebt.

Was wir bei den Fallschirmjägern jedoch nicht erlebt haben - politischen Unterricht.

Wir waren Rekruten und hatten zu gehorchen. Widerstand bildete sich bei offensichtlicher Ungerechtigkeit. Da konnte es schon mal passieren, daß ein Rekrut es als ungerecht empfand, die Pistole des Unteroffiziers zu reinigen und er ihm einfach in den Kopf schoß.

Herr Augstein, hoffentlich erkennen Sie aus diesen Schilderungen, daß Ihre Kenntnisse über die Deutsche Wehrmacht aus Überlieferungen stammen, die aus welchen Gründen auch immer, dem heutigen Zeitgeist angepaßt worden sind.

Mai 17 2017 — Horst Zaborowski @ 08:16

Können Wahlversprechen in einer Demokratie gehalten werden?

Viele Wähler, die auf Grund der Beteuerungen eines Kandidaten ihre Stimme bei der Partei die der Kandidat empfohlen hat, abgaben, sind nach der Wahl enttäuscht.

Ein Grund ist der gesetzlich nirgendwo verankerte „Fraktionszwang“. Eine dieser nicht mit den Gesetzen vereinbaren Handlungen, die bis dato folgenlos bleiben. Ein weiterer Grund liegt im System und oder im Wahlergebnis. Hat keine Partei die absolute Mehrheit errungen, entsteht, so eine stabile Regierung gebildet werden soll, über Koalitionsverhandlungen eine neue Regierung.

Die gesetzlich verankerte Verpflichtung des Abgeordneten nur seinem Gewissen gemäß zu handeln, gerät ins Wanken. Stützt sich eine Regierung auf die absolute Mehrheit einer Partei, könnten theoretisch Wahlversprechen eingehalten werden. Leider setzt sich die parlamentarische Mehrheit dieser Regierung aus Abgeordneten zusammen, die entweder als Direktkandidat ins Parlament hinein gewählt wurden und aus Kandidaten die über eine Landesliste ins Parlament einzogen.

Dieser Zustand kann bei Abstimmungen über das Schicksal eines ganzen Volkes nicht mehr als rein demokratisch bezeichnet werden – im Gegenteil, hier mischen sich diktatorische Elemente in die Entscheidung.

Vorschlag: Kandidaten, die sich zu einer Wahl stellen, werden gesetzlich verpflichtet zu drei Themen im Wahlkampf eine für Sie unwiderriefliche, beeidete Aussage abzugeben. Bei Verstoß gegen die eigene eidesstattliche Verpflichtung erlischt automatisch ihr Mandat.

Mai 18 2017 — Horst Zaborowski @ 08:48

Wahlkämpfe – zwischen Visionen und Realität

Im „Endspurt“ zur Bundestagswahl 2017 wirft die Landtagswahl in NRW ihren weiten Schatten. Wer seine Hoffnung darauf setzen sollte, daß bei den „staatstragenden“ Parteien eine reale Abwägung zwischen Visionen und Realität Einkehr halten würde, hat einen starken Glauben. Die Anzahl der treuen „Parteisoldaten“ - für die von den Ereignissen um die Bundeswehr geschockten gleich „Mitläufer“ genannt - wird kleiner und kleiner. Darüber kann ein zwischenzeitliches „Hoch“ beim Eintritt von neuen Mitgliedern nicht hinwegtäuschen.

In unserer schnellebigen Zeit, zudem mit den superschnellen Informationskanälen, werden Wahlausagen zum Lotteriespiel. Das alte Spiel, dem Wähler nach dem Mund zu reden, greift auch immer weniger.

Diese weit verbreitete Skepsis hat ihren Grund. Wie oft, quer durch alle „staatstragenden“ Parteien, wurden Wahlversprechen gebrochen?! Mag es daran liegen, daß der Grundsatz – **ein Mann ein Wort** – aus der „Mode“ gekommen ist und dies sicherlich nicht nur dadurch, daß Frauen heute in der Politik an entscheidenden Hebeln der Macht sitzen.

(Merkels Flüchtlingsentscheid oder von der Leyens Verrat an den Wurzeln der Landesverteidigung sind nur ein Beispiel von vielen dieser „Handlungen“.)

So traurig es auch sein mag, öffentliche Ereignisse außerhalb des Einflusses durch Regierungen, schaffen ganz schnell neue Fakten.

An die vielen „kleinen“, man kann schon bald sagen alltäglichen durch Immigranten begangenen „Vergehen“ – von Vergewaltigung bis Mord – hat sich die deutsche Bevölkerung schon gewöhnt. Es bedarf schon eines, von den Mitbürgern empfundenen besonderen Umstandes, um Panik zu erzeugen. (z.B. Domplatte Köln oder LKW-Mörder in Berlin)

Wer nun geglaubt haben sollte, daß nach solchen Ereignissen eine Umkehr der „Willkommenskultur“ hin zur Verantwortung für „... dem Wohle des deutschen Volkes ...“ eingetreten würde, wurde enttäuscht.

Der Zweifel frißt sich immer tiefer, sind die zur Zeit verantwortlichen deutschen Politiker noch ihrer gewählten Aufgabe gemäß für das Wohl des Deutschen Volkes tätig oder bauen Sie Ihre Rückversicherung, einem Leben in auch welchem Land und Staat dieser Welt aus.

Mai 19 2017 — Horst Zaborowski @ 02:54

Zukunft und Gegenwart in Einklang bringen.

Eine Aufgabe für Politik und Wirtschaft unseres Landes ist es, die Lebensumstände des Volkes, von

dem Sie in Ihre Aufgaben hineingewählt wurden, bzw. von dessen Leistungen Ihre Profite „erwirtschaftet“ werden, zu gestalten. **Allein für diese Aufgaben stehen Ihnen Machtmittel des Staates und der Wirtschaft zur Verfügung!**

Im Konzert der Völker und Nationen ist es „ihre“ Aufgabe, Interessen unseres deutschen Volkes zu vertreten. Die Forderung des amerikanischen Präsidenten Donald Trump „Amerika zuerst“ ist für jedes freie Volk eine Selbstverständlichkeit. Der Aufschrei, gesteuert von Internationalen Kräften aus dem Hintergrund, bestätigt diese rechtmäßige Auffassung von Donald Trump.

Große Koalitionen in der Bundesrepublik Deutschland waren in Jahrzehnten von den Machtmitteln her in der Lage, grundsätzliche Vorsorge zu treffen:

Gebührenfreier Zugang von der Kita bis zum Studium.

Als Gegenleistung ein Jahr Gemeinschaftsdienst. Freie Auswahl Sozialdienst, Arbeitsdienst oder Wehrdienst.

Arbeitseinkommen, von dem jeder deutsche Staatsbürger seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. **Die Alimentierung über „Zuschüsse“ des Staates sind entwürdigend und Menschenverachtend.**

Entscheidungen in Politik und Wirtschaft unter Abwägung aller Möglichkeiten. Sogenannte „Vetternwirtschaft“ und einsame Beschlüsse gemäß Merkel, sind als Straftatbestand zu bewerten.

Versorgung der aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen deutschen Staatsbürger, die sich nicht mehr selbständig versorgen können, **auf einer menschenwürdigen Ebene.**

Um die entstehenden Kosten zu finanzieren sind: **Rückbesinnung auf eine nationale Verteidigung.** Der Spruch die Bundesrepublik Deutschland muß am Hindukusch verteidigt werden, sollte auf die Müllhalde der Geschichte.

Wer heute Verteidigung mit Panzern, Flugzeugen usw. noch als Allheilmittel sieht, hat sicherlich die weltweiten Cyberangriffe verschlafen

Mai 21 2017

Trump oder Merkel

Category: Ausland, Parteien, Politik — Horst Zaborowski @ 01:49

Leider können wir Bundesbürger uns nicht aussuchen, welches „Regierungsoberhaupt“ wir gerne hätten. Jedoch die Unterschiede zwischen Trump und Merkel sind offensichtlich.

Trump hat seinen Bürgern, die von der „Weltwirtschaft“ überrollt wurden, versprochen sich für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einzusetzen. Und er bemüht sich, seine Wahlversprechen einzuhalten.

Zur Zeit benutzt er seinen Staatsbesuch in Saudi-Arabien, um für die heimische Wirtschaft Aufträge hereinzuholen.

Wenn unsere deutschen „Staatsmänner“ von Gabriel bis Merkel in der Welt herumreisen wird geholfen und nochmals Hilfe versprochen. Kein Wunder, daß Menschen aus diesen Ländern unser Land überrollen.

Mai 22 2017 — Horst Zaborowski @ 02:26

Vierte industrielle Revolution

Seegen und Fluch des technischen Fortschritts hat bei allen Stufen bis zu 4.0 in Lebensgewohnheiten der Menschheit eingegriffen. Eine Balance zwischen Wirtschaft und Staat sorgte, ob im Kapitalismus oder im Kommunismus, für eine Anpassung an wirtschaftliche Veränderungen.

Mit 4.0 wird zum ersten Mal die Büchse der Pandora geöffnet. Der Grundsatz, die politische Klasse ist ausführendes Organ für den Staatsbürger, wurde bisher von der Politik oft ins Gegenteil verkehrt. Lediglich, wenn Wahlen anstehen, wird die Souveränität des Staatsbürgers anerkannt.

Die Frage wird sich stellen, ob die Souveränität des Staatsbürgers bei der letzten Stufe von 4.0 noch ausreichen wird.

Wenn Maschinen Maschinen erzeugen, wird dies das Ende der Menschheit einleiten?

Wir Staatsbürger alleine haben es als Souverän in der Hand, die Wirtschaft und die Politik in ihre Schranken zu weisen.

Mai 31 2017 — Horst Zaborowski @ 02:57

Merkel kontra Trump

Beide erfahrene Politiker versuchen mittels „Schaulaufen“ in den jeweiligen Ländern zu punkten. Merkel steht vor entscheidender Bundestagswahl. Trump steht in der Verantwortung, Wahlversprechen einzulösen. Wer Ihre Aktivitäten für bare Münze nimmt, wird spätestens nach der Bundestagswahl 2017 erkennen, daß er mit seiner Entscheidung, wie diese jeweils auch getroffen wurde, falsch lag.

Ein wesentlicher Grund liegt in den Systemen. Die da oben werden da oben bleiben. Wir da unten werden weiterhin unten bleiben. Eine grundlegende Änderung wird durch Ereignisse erzwungen werden, die sich aus Volkes Mitte heraus Bahn brechen. Ein Jeder möge sich prüfen wie er, so die Stunde dereinst schlägt sich entscheiden will. Für Die da oben, oder für unsere Leidensgenossen hier unten.

Mai 31 2017 — Horst Zaborowski @ 18:20

Integration = Trojanisches Pferd

Der List mit dem hölzernen Pferd vor den Toren Trojas hat es in der Bundesrepublik Deutschland nicht bedurft. **Bundeskanzlerin Merkel persönlich öffnete - entgegen den bestehenden Gesetzen - die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland, über die dann nicht wie in Troja griechische Soldaten einrückten, sondern Menschen aus vielen Staaten, aus anderen Erdteilen und anderen Religionen.**

Begleitet wurde diese Invasionen auf nackten Füßen mit einem Propaganda-Feuerwerk und in dessen Auswirkungen deutsche Gutmenschen sich ebenfalls berufen fühlten, über bestehende Ge-

setze hinweg „Gutes zu tun“. Die gleichen Gutmenschen helfen bei vielen Ungerechtigkeiten auf der Welt – möglichst weit weg, von der heimischen Umgebung. **Geflissentlich übersehen wird dabei die Not bei Nachbars Kindern.**

In einem Land, wie der Bundesrepublik Deutschland, in dem aus jedem Zipfel ein Gesetz hervorlugt, ist es nicht möglich, in das Bewußtsein der Menschen einfache Unterscheidungsmerkmale unters Volk zu bringen.

Asylbewerber sind: Aus Ihrem Heimatland geflohene Menschen, die vorübergehend Schutz in der Bundesrepublik Deutschland erhalten.

Sobald ein gesichertes Leben in Ihrem Heimatland gewährleistet ist, besteht die Verpflichtung, die Bundesrepublik Deutschland wieder zu verlassen.

Einbürgerung: Die Bundesrepublik Deutschland ist keine Einwanderungsland. Unter bestimmten Voraussetzung können Personen in die Bundesrepublik Deutschland eingebürgert werden.

Um ein friedfertiges gemeinsames Leben in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten, ist zu beachten:

Flüchtlinge sind durch Flüchtlingskonventionen geschützt. Aufnahme für die Bundesrepublik Deutschland maximal 200 000. Aufnahmen darüber hinaus bedeuten Völkermord.

Emigranten können von Staaten freiwillig aufgenommen werden.

Wenn ein Machthaber im Frieden ein fremdes Volk oder mehrere oder wahllos große Massen Fremder in das von ihm regierte Land hereinlockt, um die angestammte Bevölkerung zu ersetzen, ist das Völkermord und Angriffskrieg gegen das eigene Volk.

Ein Krieg braucht nicht mit Schußwaffen geführt zu werden, im Gegenteil, wie von Clausewitz sagt, „möchte der Angreifer am liebsten kampfflos einmarschieren.“ Es ist also nicht derjenige Angreifer, der den ersten Schuß abgibt, sondern dies tut eher der Verteidiger.

Jun 08 2017 — Horst Zaborowski @ 04:39

Widerstand – gegen die Volksverdummung!

Jedes Lebewesen auf der Welt wehrt sich, wenn seine Existenz bedroht wird. Bei den Menschen, insbesondere den autochthonen Deutschen, ist diese uns von Natur her gegebene Kraft nicht mehr sichtbar. **Kann es wirklich so sein, daß der permanente Angriff auf unsere Gehirnzellen mit der geballten Kraft der Medien uns zu Schlafwandlern „umgewandelt“ hat?**

Ist die Sehkraft so weit beschädigt worden, daß die Realitäten nicht mehr erkannt werden?

Eigenartig ist es schon - wenn Menschen durch Terror in der Öffentlichkeit ermordet werden, kommt für einen Augenblick die Sehkraft zurück – um dann nach Tagen und Wochen ein Bewußtseins-Schleier sich erneut über unsere Augen und Gehirn legt.

**Menschen, Freunde,
wacht auf bevor es zu spät ist!**

Jun 09 2017 — Horst Zaborowski @ 17:56

Wie nervös ist Verteidigungsministerin Frau Dr. von der Leyen?

Der Begriff Parlamentsarmee kann unterschiedlich verstanden werden. Soll die BRD-Armee das Parlament der Bundesrepublik Deutschland verteidigen? Für diesen Fall wäre eine Zivilistin, wie Frau Dr. von der Leyen, am richtigen Platz.

Wenn die Aufgabe der Bundeswehr in der Verteidigung des Staatsgebietes der Bundesrepublik Deutschland einschließlich ihrer Staatsbürger besteht, ist eine Befehlsgewalt in Händen von Zivilisten bedenklich.

Konrad Adenauer hätte für Bedenken sicherlich eine „flotte Formulierung“ gefunden. Wie z.B im Gründungsjahr 1955, als Kritik aufkam deutsche Offiziere der Wehrmacht, die im Zweiten Weltkrieg gedient hatten, in die Bundeswehr aufzunehmen.

Adenauers Bemerkung: „die NATO akzeptiert keine „18-jährigen Generäle“.

Dieser Ausspruch Adenauers offenbart, daß die Genehmigung zur Aufstellung einer Armee durch die Alliierten unter der Prämisse genehmigt wurde, das Verteidigungsbündnis NATO zu verstärken.

Damit ist jedoch immer noch nicht geklärt, wen die Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland verteidigen soll.

Diese ungeklärte Lage nutzt seit nunmehr 70 Jahren die „regierende Klasse“ aus, um Änderungen an der Gesetzeslage in der Bundesrepublik Deutschland „durchzuziehen“.

Verständlicherweise werden Offiziere, in den seltensten Fällen offen heraus, jedoch, wie auch die Mannschaftsgrade, hinter der Hand in treffender Kurzform „Sprüche“ von sich geben.

Wer seine geheimen Gedanken, wie evtl. von der Leyen, in Gefahr sieht, überdeckt seine Nervosität mit Aktivität. Getreu dem Spruch – wer einem ein Leid zufügen will – wird auch den Stein dafür finden.

Jun 10 2017 — Horst Zaborowski @ 01:44

Emigration

Emigration ist die Kriegserklärung an eine homogene Gesellschaft. Bei der Kriegserklärung bleibt es nicht. Eine Inbesitznahme des Staatsgebietes der Autochthonen durch Eindringlinge aus vielen Staaten dieser Welt ohne Waffen ist im vollem Gange.

Politisch und wirtschaftlich Verantwortliche für Volk und Staat verraten die ihnen anvertrauten Bürger und das Land.

Dieser schleichende Prozeß hat vor 70 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland begonnen.

Ein offensichtliche Höhepunkt wurde mit der gesetzwidrigen Öffnung der Grenzen dieser

Bundesrepublik Deutschland durch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel überschritten.

Ein Widerstand ist bei den Staatsbürgern in Gedanken vorhanden.

Notwendig ist eine Vereinigung allen Widerstandes gegen die, die Bevölkerung und Staat vernichtenden Kräfte

Jun 10 2017 — Horst Zaborowski @ 17:47

Weitsicht oder Wahnsinn

Wie anders können, oder sollen, Merkels Worte, gemäß dem Bericht in welt.de, verstanden werden dürfen – **„Wir werden in 20 Jahren nur noch mit Sondererlaubnis selbstständig Auto fahren dürfen“ und noch einen drauf – „Wir (die Fahrer) sind das größte Risiko.“**

Wenn einer ein Risiko ist, dann ist es diese Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel! Der größte Menschheitstraum, sich von einem Punkt auf dieser Erde zu einem anderen frei gewählten Punkt bewegen zu können, wird durch die Mobilität ermöglicht.

Wie waren wir Menschen erleichtert, als unsere Vorfahren sich die Kraft der Pferde nutzbar machten. Mit der technischen Entwicklung kamen Eisenbahn, Auto und Flugzeug.

In den Anfängen der jeweiligen technischen Entwicklung konnten nur wenige Erdenbürger diese Möglichkeiten nutzen. In der heutigen Zeit ist es sehr vielen Menschen vergönnt, sich auch diesen Forstbewegungsmöglichkeiten anzuvertrauen.

Und da kommt eine „verantwortungsvolle“ Bundeskanzlerin daher und möchte uns Otto Normalverbraucher von diesen Freiheiten ausschließen.

Wir sollen in Blechkisten, von unsichtbaren Kräften gesteuert, auf Gedeih und Verderb einer Technik ausgeliefert, unser Leben fristen.

Auch Eisenbahn und Flugzeuge vertrauen wir unser Leben an.

Jedoch – bis heute sind es immer noch Menschen die diese „Verkehrsmittel“ steuern.

Wer wirklich für Fortschritt ist kann den Straßenverkehr auf zwei Ebenen fließen lassen. Auf der Erde fahren nur LKW usw. Auf der zweiten Ebene fahren nur PKW und Motorräder. Das schafft Platz auf den Straßen und ist ein Arbeitsbeschaffungsprogramm noch dazu.

Jun 14 2017 — Horst Zaborowski @ 17:11

Bundeswehr – eine Parlamentsarmee im wahrsten Sinne des Wortes?

Daß in einem freien Parlament ein jeder Abgeordnete seine Meinung sagen darf, sollte normal sein.

Ein Parlament ist dafür vorgesehen, politische Meinungen von Abgeordneten und Regierungs-Mitgliedern auszutauschen.

Eine Armee ist von ihrer Aufgabenstellung, genau wie die Polizei, politisch neutral. Ein furchtbarer Gedanke, daß Menschen, die Zugang zu Waffen haben, politische Meinungen austragen. Es mag sein, daß dies in dem Musterland USA möglich ist – **in Deutschland jedenfalls nicht!**

Bundesverteidigungsministerin von der Leyen hat mit der „Entrümpelung“ der Kasernen von „Erinnerungstücken“ ihre politische Aufgabenstellung, als Abgeordnete und Ministerin, mit den Aufgaben als Bundesverteidigungsministerin vermischt.

Die ist nur ein Teil eines Explosivgemisches. Bei Gründung der Bundeswehr bestand Wehrpflicht. Aus diesem Grunde heraus mußte jeder Deutsche eine vorgeschriebene Zeit dienen. **Zwangsläufig dienten Bürger in Uniform dem ganzen Volk und Staat.** Seine politische Meinung brachte jeder Soldat in seine Dienstzeit mit. Ein Fehler war es von Anfang an, in den militärischen Dienst „staatspolitisches Gedankengut“ unterschwellig mit einem politischen, der Bayer würde sagen, „Geschmäcke“ zu unterfüttern.

Der andere Teil des Explosivgemisches braute sich zusammen.

Mit Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 1. Januar 2000 wurde das reine **Abstammungsprinzip** abgeschafft.

Ab diesem Zeitpunkt kann die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland erworben werden. (Territorialprinzip). Somit eröffnete sich für „Ausländer“ ein Dienst in Polizei und Bundeswehr.

In dem seit Gründung der BRD üblich gewordenen „Verherrlichungswahn“ allem Ausländischen gegenüber wird nicht mehr unterschieden.

Das Prinzip, wir sind alle Menschen und alle in Not geratene Menschen dürfen in der BRD leben – wer nicht dieser Meinung sei, ist ein Nazi – gestattet es nicht mehr die Hereinströmenden zu befragen zu welchem Kulturkreis sie gehören.

Unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit können auch Islamisten ins Land kommen. Obwohl gleichzeitig im vorderen Osten diese Religionsanhänger, bei Menschen die mit in Europa heimischen Religionen aufgewachsen sind, das Köpfe abschneiden als religiöse Handlung betrachten.

Freunde, ehrlich, da paßt doch einiges nicht mehr zusammen.

Jun 15 2017 — Horst Zaborowski @ 16:38

Emigranten – die Büchse der Pandora

Ganz gleich was Zeus sich mit Pandora und der Strafe für die Menschheit gedacht haben mag – er war Anfänger.

Ganz anders Dr. Angela Merkel, ihres Zeichens Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

Sie war eine Politikerin mit langer Erfahrung. Bei Zeus weiß man nicht, ob nicht doch noch „Einer“ vor oder über Ihm das Weltengeschehen beeinflußt hat.

Auch bei Dr. Merkel können wir uns nicht ganz sicher sein, daß evtl. ein Souffleur mit im Spiele war. Sicher sind wir uns, daß Frau Merkel als Physikerin wissenschaftlich tätig war und einen Dr. Titel innehat. Diese gesamten Erfahrungen hätten doch ausreichen müssen, um zu erken-

nen, daß eine Überflutung der, gemäß an der geographischen Größe gemessen kleinen Bundesrepublik Deutschland, mit Millionen Menschen aus anderen Staaten, anderen Religionen, mit nachwuchs-freudigen Männern und Frauen den Untergang deutscher Autochthonen programmiert.

Oder Frau Dr. Merkel, war es Ihr Auftrag, wenn auch nicht gleich von Zeus, unser deutsches Volk samt seiner Vorfahren aus dem Geschichtsbeußtsein der Welt zu tilgen?

Wenn dies sich so herausstellen sollte, müßte doch eine logische Folge sein – sie vor dem Staatsgerichtshof zur Anklage zu bringen.

Inwieweit Bürger der Bundesrepublik Deutschland diesen Gedankengängen folgen – wird die Zukunft weisen.

Jun 17 2017 — Horst Zaborowski @ 18:22

Volk – Bürger – Staat.

Ein Volk ist eine Gemeinschaft von Menschen gleicher Abstammung. Bürger sind Menschen die in eine Gemeinschaft eingebürgert wurden oder zum Volk gehören.

Ein Staat ist eine organisierte Gemeinschaft in einem abgegrenzten Gebiet.

In einem Staat können gemäß seiner Staatsverfassung nur Menschen eines Volkes wahlberechtigt sein. (Bis zum Jahr 2000 galt in der BRD das Ius sanguinis als der herrschende Erwerbsstatbestand.)

Nach dieser Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes sind nicht alle Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschlands gleichzusetzen mit dem Deutschen Volk.

Das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland umfaßt ein Gebiet, das durch alle Alliierten des Zweiten Weltkrieges vorgegeben wurde.

Diese Klarstellung ist notwendig weil selbst Minister der Bundesrepublik Deutschland, wie z.B.

Bundesverteidigungsministerin von der Leyen in ihren öffentlichen Auftritten diese Fakten durcheinanderbringen.

Jun 19 2017 — Horst Zaborowski @ 04:29

Ausspruch von Bundeskanzlerin Merkel zur Diskussion gestellt.

Merkels Ausspruch:

„aus Illegalität Legalität zu machen“

heißt im Klartext Amnestie für Gesetzesbruch, ist der Anfang vom Ende eines Rechtsstaates. Und dies dann noch von einer amtierenden Bundeskanzlerin in Deutschland, ausgesprochen.

Der Höhepunkt der Verunsicherung für gesetzestreue Staatsbürger beginnt in dem Moment, wenn den Umfragen getraut werden kann, daß diese Frau nach der Bundestagswahl noch Bundeskanzlerin werden will.

Im praktischen Alltag: Ein Bürger geht in einen Laden, nimmt sich eine Ware, geht zur Kasse und verlangt eine Bescheinigung, daß diese Ware in sein Eigentum übergeht, ohne daß er einen Kaufpreis dafür zahlen will.

Jun 21 2017 — Horst Zaborowski @ 17:14

Wen spaltet ein Integrationsgesetz ?

Es würde in jedem Falle die Gaukler-Zeit beenden. Weil die veröffentlichte Meinung in der Bundesrepublik Deutschland, von einer Interessen-Klicke gelenkt, den Menschen im Lande nicht mehr unbehelligt Märchen auftischen könnte.

Deutschland ist ein Einwanderungsland

kontra

Deutschland ist keine Einwanderungsland.

Ein verhängnisvolles Spiel von Spekulanten. Wobei Regierungsmitglieder wie Merkel, Schulz usw. ihren Anteil an diesem Verrat zu verantworten haben.

Staatsbürger haben das Recht zu entscheiden. Ansonsten sollten wir uns von dem Anspruch ein demokratischer Rechtsstaat zu sein, sehr schnell ver-

abschieden! **Auch der Papierform einer Demokratie muß schnellstens ein Riegel vorgeschoben werden.**

Welches Gewicht hat unsere Stimme noch, wenn eine psychologisch begleitete, mit unbeschränkten Finanzmitteln ausgestatte Propaganda-Welle unsere Entscheidungen mit einem Trommelfeuer begleitet. **Uns Bürgern nicht die Ruhe gelassen wird, aus unserem Innersten heraus unsere Entscheidungen treffen zu können.**

Der größte Betrug an uns Wählern vollzieht sich seit Jahrzehnten bereits, indem durch die veröffentlichte Meinung suggeriert wird – in der Bundesrepublik Deutschland hätte ein Einwanderungsgesetz in Form einer vorausseilenden Praxis bereits Gesetzeskraft.

Als ginge es nur noch darum, die zusammengesetzten Begriffe Flüchtling und Emigrant zu entwirren.

Nein und nochmals Nein.

Die Entscheidung ob die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland wird, oder nicht, liegt nicht in der auf Zeit geliehenen Hoheit eines Parlamentes!

Die Hoheit liegt bei uns Staatsbürgern.

Und wir Staatsbürger, bedingt durch die Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts zum

1. Januar 2000 – wobei das bisherige ausschließliche Abstammungsprinzip ergänzt wurde das Geburtsortsprinzip!

(der Begriff „ergänzt“ ist eine Mogelpackung.)

wird der Tod unseres deutschen Volkes eingeleitet.

Denn – durch die Gestaltung der Lebensumstände für die autochthonen Deutsche – Mann, Frau, Kind und Maus müssen zum Lebensunterhalt beitragen um überleben zu können – bleibt kaum noch Zeit Kinder zu gebären und dann auch noch aufzuziehen. Die ins Land einströmenden Bürger aus anderen Staaten mit ihrer Lebensweise zeugen sehr viele Kinder.

Diese Gesetzesänderung vom Abstammungsprinzip zum Geburtsortsprinzip bewirkt in die-

sem Zusammenghang eine unumkehrbare Eroberung unserer deutschen Heimat.

Diese Zahl der Emigrierenden bewirken eine Übernahme der autochthonen Deutschen durch die Emigranten.

Aufnahme für die Bundesrepublik Deutschland **maximal 200 000. Aufnahmen darüber bedeuten Völkermord.**

Eine völlige Abschottung gegen den Zuzug Fremder ist unvernünftig. Er sollte sinnvollerweise durch Auswahl unter den Auswanderungswilligen nach Eignung, Leistung und Bedarf nach den Vorstellungen des Aufnahmestaates geschehen.

Eine Integration ist nur möglich, wenn das Zahlenverhältnis von Aufnehmenden (Integranden) zu Aufzunehmenden (Integranden) größer ist als etwa 20 zu 1, denn bei jedem Zusammensein mit anderen geht von ihnen ein an ihr Wesen angleichender Einfluß aus, dem man sich nur durch räumliche Trennung entziehen kann.

Damit also die deutsche Leitkultur bei der Integration obsiegt, müssen immer >20 deutsche Leitkulturträger für einen Fremdkulturträger bereitstehen, damit er weiß, an wen er sich anpassen muß. Andernfalls erfolgt eine Integration Deutscher in die Fremdkultur.

Die Vorstellungen der VN, s. Leserbrief, sind richtig und sollten beachtet werden. Aus ihnen ergibt sich bei z.Z. 20 Mio. Flüchtlingen und 7,4 Mia. Weltbevölkerung eine Aufnahmeobergrenze i.H.v. 0,25% der einheimischen Bevölkerung jedes VN-Mitglieds, **für die BRD also einmalig 200.000**

Jun 25 2017 — Horst Zaborowski @ 08:41

Würdeloser Wahlkampf zur Bundestagswahl entbrannt.

Nachdem nun auch eine altehrwürdige Partei in der Bundesrepublik Deutschland (FDP) durch ihren Vorsitzenden; Herrn Lindner, verkünden ließ, daß sexuelle Betätigung zur Koalitionsfrage erhoben werden soll – **ist es an der Zeit innezuhalten.**

Ich erinnere mich an meine Jugendzeit vor 76 Jahren. Es war Krieg. Ich war Lehrling in einer Duisburger Zeitung.

Unsere Büroräume in der Innenstadt waren durch Brandbomben zerstört und wurden in den Stadtteil Buchholz ausgelagert. Weil dies Gebäude über das Wochenende leer stand, wurden wir Lehrlinge zur Brandwache eingeteilt. Ich hatte zu der Zeit eine „Freundin“ im Nachbarhaus meiner elterlichen Wohnung. Nun lagen ca. 7 km zwischen Freude und Verantwortung.

Na ja – es war ja noch Tag und die Bomber kamen meistens in der Nacht, warum sollten die nun gerade zu der Zeit kommen, wo ich bei meiner Freundin war – kurzum aufs Fahrrad und der Sehnsucht folgend. –

Am Montag wurde ich zum Chef gerufen. Es hielt keine große Standpauke – seine Worte: „Ist Dir dein Verstand in die Hose gerutscht?“, trafen mich jedoch hart und ich schämte mich.

Genau so schäme ich mich für deutsche Politiker, die dieses Thema zu einem Wahlkampfthema und sogar zur Koalitionsfrage mißbrauchen.

Wir stehen in der kommenden Zeit vor entscheidenden Fragen.

Alle Menschen auf unserem Planeten Erde haben ein Überlebensrecht: **ein klares Ja.**

Alle diese Menschen dürfen in der Bundesrepublik Deutschland leben: **ein klares Nein.**

(Forderungen die nach mathematischen und physischen Erkenntnissen nicht realisierbar erscheinen, **sind im Bereich der Politik Volksverdummung.**)

Alle Menschen haben ein Recht ihre Lebensgestaltung nach Ihren Wünschen zu gestalten: **Ja.** Alle Menschen können Ihre Wunschvorstellungen der Menschheit aufzwingen: **ein klares Nein.**

Die Menschheit ist von Natur aus darauf angewiesen, ihre Art durch Fortpflanzung zu erhalten.

Der Rahmen ist von dieser Natur vorgegeben; Kinder können nur von Frau und Mann gemeinsam gezeugt werden.

Im Verantwortung der Menschen liegt es, die Ernährung der Neugeborenen sicher zu stellen.

Wir leben angeblich in einer aufgeklärten Gesellschaft. Warum ist es uns nicht vergönnt, diese Verantwortung gemeinsam zu tragen? Vielen Vogelpärchen können wir zuschauen, wie sie emsig ihre Brut gemeinsam versorgen. – **Stellen wir Menschen uns moralisch unter Tiere?**

Eine klare Ansage: Wer sexuelle Besonderheiten beansprucht, muß dafür in die Gemeinschaftskasse einzahlen.

(Wenn wir diesem Naturgesetz nicht folgen, kommt noch der Wunsch nach Puffbesuchen auf Krankenschein auf.)

Die Bundesrepublik Deutschland wurde als Nationalstaat von den Alliierten des Zweiten Weltkrieges - geteilt in Ost und West - genehmigt. Bürger waren Deutsche mit Abstammung bis weit vor Christi Geburt.

Grundgesetz Artikel 56

Der Bundespräsident leistet bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Dieser Eid wird auch von den Ministern bei ihrer Vereidigung geleistet.

Regierungen der BRD, die zwar diesem Eid gemäß in ihre Verantwortung eingebunden, trotzdem unserer Heimat Deutschland in einen Vielvölkerstaat umwandeln wollen, gehören vor das Bundesverfassungsgericht oder entsprechend den Ländern aufgestellte Staatsgerichtshöfe.

Jun 29 2017 — Horst Zaborowski @ 08:35

Bundestag entscheidet über Naturgesetze!

Anläßlich der geplante Abstimmung im Bundestag der BRD über die **Worthülse „Ehe für Alle“** ein offenes Wort:

Wie weit dürfen seit Jahrhunderten bestehende Begriffe dem Zeitgeist geopfert werden?

Es ist unbestreitbar, daß in unserer deutschen Sprache eindeutige Formulierungen möglich sind. Den gleichen Worten und Sätzen eine jeweils andere Deutung zuzuordnen, grenzt an Betrug.

Die bestehende Sucht der absoluten Gleichberechtigung stößt an seine Grenzen bei der Fortpflanzung der Menschheit. Der Unterschied, hier Frau und hier Mann, läßt sich nicht durch noch so viel Diskussion – oder wenn es so sein sollte – Gesetze aus der Welt schaffen.

Staatsbürger und Staatsbürgerinnen die – obwohl sie keine gesundheitliche Probleme daran hindert – gemäß Ihrer eigenen, freien Entscheidung sich der Zeugung und Geburt eines Menschen verweigern, sind Feinde der Menschheit!

Begründung: Die Menschheit kann nur durch Fortpflanzung überleben.

Ihr Anspruch aus Gründen der persönlichen Sexualität, sich der Zeugung von Kindern zu verweigern, läßt sich selbst mit Hinweis auf

BRD – Grundgesetz

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden

nicht begründen.

Ebenfalls besitzen Sie kein Anrecht auf den Schutz durch

BRD-Grundgesetz

Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

Besonders verwerflich ist es, daß unter den Befürwortern der „Ehe für Alle“ Bürger mit gutem und sehr gutem Einkommen sind.

Und ebenfalls ein Teil dieser Anhänger der „Ehe für Alle“ für die Überflutung der Bundesrepublik Deutschland mit Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen fördert.

Jun 30 2017 — Horst Zaborowski @ 15:30

Es ist geschafft

Im Bundestag stimmten, lt. Veröffentlichung Zeit-Online, 393 Abgeordnete im Bundestag für eine „Ehe für alle“ 226 dagegen und 4 enthielten sich.

Jetzt brauchen wir noch ein Gesetz, daß den Männern nicht nur das „Zeugungsrecht“ gewährt (vorsichtshalber – man kann ja nie wissen) –, sondern auch das Recht den werdenden Menschen im eigenen Körper austragen und gebären zu dürfen.

Jul 03 2017— Horst Zaborowski @ 01:50

Europäische Wertegemeinschaft und G20 Gipfel

Bemühungen nach einem Ausgleich zwischen den Interessen der europäischen Staaten und wie im G20-Gipfel, der Staaten weltweit, können nur auf einem ganz kleinen Nenner zu Übereinstimmung führen.

Unter geschichtlichen Dimensionen betrachtet, wird es weder heute noch in absehbarer Zukunft völkerübergreifende Vereinbarungen geben, die Frieden und Freiheit allen Menschen zu gute kommen lassen.

Realität sind wir Menschen, die wir in unterschiedlichen Religionen, in unterschiedlichen Sitten und Gebräuchen und in unterschiedlichen klimatischen Lebensbedingungen leben und überleben wollen.

Zu allem Übel – andere werden es als Hoffnung werten – werden die technischen Möglichkeiten in ihrer gesamten Breite, bedingt durch Entwicklung und Begabung, unterschiedlich nutzbar gemacht.

Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges entstand in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Gedanken der sozialen Marktwirtschaft eine Möglichkeit, auf dem gesellschaftliche Bereich zwischen Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus einen für die Menschheit befriedenden Weg zu eröffnen.

Der soziale Ausgleich und damit menschenwürdige Lebensverhältnisse sind für sich alleine bereits eine Herausforderung.

Erschwert wird diese Aufgabe, wie wir in unserer BRD erleben müssen, durch Unterwanderung der überlieferten Strukturen.

Der berechtigte Wunsch nach Sicherheit, wird jedem Bürger von den etablierten Parteien – weiß der Teufel welchen Kräften folgend – verweigert.

Wertegemeinschaft allein reicht nicht! Sprüche vor Wahlen reichen nicht! Konferenzen wie in Hamburg – reichen nicht!

Rückbesinnung auf die Verantwortung der politischen Klasse in jedem Land dieser Welt gegenüber ihrem eigenen Volk, das Sie ernährt, ist Voraussetzung für Frieden.

Jul 04 2017— Horst Zaborowski @ 16:42

Integrationslüge – Eroberung ist Realität

Warum können Menschen ihre eigene Identität verraten? Seit Menschengedenken hat der Mensch für sich und seine Angehörigen gekämpft. **Verrat wurde verachtet. Welche Teufel stecken dahinter, daß Verrat gesellschaftsfähig geworden ist?**

Sind es die neuen technischen Möglichkeiten, zu jeder Zeit ein Wort um den Erdball senden zu können?

Ist es die Möglichkeit dieses Wort beliebig oft in die Gehirne hämmern zu können?

Wenn schon unsere Gehirne „ausgeschaltet“ werden können, wie steht es um unser Herz? Um unser Gespür, dem Erkennen, was Lüge und was wahr ist.

Wir können noch hoffen. Hoffen, daß unser Herz, unser Gemeinschaftsgefühl genug Kraft in die Welt sendet, auf daß sich Freunde zusammenfinden, die so denken wie wir.

Jul 06 2017 — Horst Zaborowski @ 15:31

G 20 – Protest und Moral

Demonstrationen sind Gratwanderungen . Wer bei einer DEMO „Klamotten“ trägt, die in „Billiglohnländern“ von Menschen unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen hergestellt werden – **hat ein Glaubwürdigkeitsproblem.**

Und weil Proteste vielfach von Bürgern unterstützt werden, die diese offene moralische Flanke haben, können die Vertreter der Nutzer dieser Menschenausbeutung sich selber auf ihre Position der, ach so Helfenden, zurückziehen.

Wenn ein Zirkus in einem Dorf gastiert – strömen viele Menschen – allein wegen des „Neuen“, des „Einmaligen“ herbei. Darunter sind Bürger, die sich den Eintritt mit links leisten können. **Und es sind immer die gleichen Bürger, die es im Leben schwer haben, über die Runden zu kommen, die sich den Zirkus nicht leisten können.**

Jul 08 2017 — Horst Zaborowski @ 18:18

Zum G-20-Gipfel in Hamburg: von Johannes Raddatz

Nachdem es nur noch Horror-Meldungen von diesem „Gipfel“ gab, liest man nun, daß Merkel die G-20-Opfer entschädigen will...

Wie denn? Zahlt Merkel das vielleicht aus ihrer „Privat-Schatulle“ oder aus ihrer früheren FDJ-Kasse?

Mit Sicherheit nicht. Dafür wird, wie üblich, wieder einmal der Steuerzahler schamlos zur Kasse gebeten und abgezockt.

So, wie das bei allen derartigen Millionen- und Milliarden-Gräbern – Stuttgart 21, Flughafen Berlin BER, demnächst Belt-Tunnel usw. usf. der Fall war und sein wird.

Jul 09 2017 — Horst Zaborowski @ 15:59

G 20 Gipfel – Bilanz

Eine breitere Überprüfung der Ereignisse und persönlichen Bewertung zur Diskussion gestellt:

Plus – persönliche Zusammenkunft politisch verantwortlicher „Führer“ der 20 größten Staaten und Völker der Erde.

Minus – Ort, Zeitrahmen, Themenbreite, Verbindlichkeit, Sicherheit.

Der Rahmen eines G 20 Gipfel hat den Vorteil, zu einem ausgesuchten Themenkreis an einem Ort zu diskutieren, beraten und zu beschließen.

Nachteilig ist, daß diese Beschlüsse nicht den gleichen völkerrechtlichen Rang haben, wie zwischen Staaten abgeschlossene Verträge. Es fehlt die Ratifikation. Bei den Kosten ist es eine Rechenaufgabe bzw. was wird in die entstandenen Kosten mit eingerechnet?

Jul 10 2017 — Johannes Raddatz @ 10:42

Die wirklichen Ergebnisse des jüngsten G-20-Gipfels

...treten immer deutlicher zu Tage und finden Eingang in nahezu allen nicht „gleichgeschalteten“ und partei- und politikhörigen Medien und Internet-Plattformen.

Daß Erdogan diesen „Gipfel“ bereits vorzeitig verlassen und die „Ergebnisse“ (welche eigentlich...?) schon in Frage gestellt hat, bevor dieser Gipfel überhaupt zu Ende war – ist ohnehin der absolute Gipfel aller politischen „Kultur“, wenn man heute im Zusammenhang mit Politik das Wort „Kultur“ über-

haupt noch gebrauchen kann, denn hier handelt es sich viel eher schon um die allerletzte Sub-Kultur, die man sich in einem (angeblich) zivilisierten und demokratischen Land überhaupt noch vorstellen kann.

Auch zu diesem „Gipfel“ kann man mit Fug und Recht sagen: „**Außer Spesen nichts gewesen!**“ **Und was für Spesen...!**

Doch das ist noch lange nicht alles. Wenn man sich einmal vor Augen führt, was dabei in Hamburg den Tausenden Polizeibeamten abverlangt, man muß bereits sagen zugemutet wurde, dann hört jegliches Verständnis für derartige „Gipfel“ der politischen „Eliten“ auf.

Jul 11 2017 — Horst Zaborowski @ 09:12

Vor dem Sturm?

Merkmal eines Staates ist seine Hoheit. Diese Hoheit gründet auf das Vertrauen der Bürger. Staatsbürger sind die ursprünglichen Hoheitsträger. Wir sind das Volk – ist Bekenntnis und Anspruch zugleich auf dieses Ur-Recht!

Im Zusammenhang mit den in der Bundesrepublik in einigen Situationen (Silvester Köln und G20 Hamburg) versuchten Übernahme der Staatsgewalt durch die Straße, ist Klärungsbedarf angezeigt.

In beiden Situationen waren Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland und aus anderen Staaten beteiligt. **Diese Gemengelage erschwert den Ordnungskräften die Einordnung. Sind nur Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland beteiligt, ist in letzter Konsequenz von einer Revolution auszugehen. Sind nur Staatsbürger aus anderen Staaten beteiligt ist in letzter Konsequenz von einer Invasion auszugehen.**

In beiden angenommenen Fällen wird die Polizei als Ordnungsmacht nicht in der Lage sein, die Staatsbürger zu schützen. **Klartext – auch wenn der Aufschrei groß werden sollte – in einer solchen angenommenen Situation wird der Einsatz der Bundeswehr erforderlich.**

Dieser Abklärung kann im Augenblick noch, – wir wollen den Teufel nicht an die Wand mahlen – in normalen, in aller Ruhe erörterten Entscheidungsfindungen erfolgen.

Der genaue Anteil, der in die Bundesrepublik Deutschland eingedrungenen subversiven Kräfte ist nicht bekannt. Von den in der Öffentlichkeit erkennbaren Ausländern (die den Begriff Minderheit längst nicht mehr rechtfertigen) heruntergerechnet, ist davon auszugehen, daß gewaltbereite und geschulte Kräfte im Untergrund eine Zündungs-Größe erreichten, die in Verbindung mit Kräften, die in Hamburg bereits ihre motivierende Kraft entfalteteten, den Begriff „besorgniserregend“ als eine gewaltige Untertreibung entlarven.

Eine Erörterung dieser „Vision“ vor den Bundestagswahlen, wird von den etablierten Parteien mit Sicherheit nicht zu erwarten sein. Jedoch – Kopf in den Sand stecken – hat noch nie Probleme gelöst.

Jul 11 2017 — Johannes Raddatz

Einsatz der Bundeswehr im Inland?

Hier wird das Pferd aber ganz gewaltig von hinten aufgezügelt, denn – die Hoheit, die Souveränität, Recht und Gesetz, die Ordnung und damit schließlich auch die Sicherheit der Bürger eines Staates können keinesfalls letztendlich „nur noch“ durch Einsatz der Armee (in diesem Falle der Bundeswehr) gewährleistet werden!

Der Krebschaden all dessen, was sich in den letzten Tagen, Monaten und Jahren diesbezüglich abgespielt hat und noch abspielen wird, ist das restlos gescheiterte und zur totalen Bevormundung und Gängelung von Millionen Menschen ausgeartete „Irrsinnobjekt“ EU mit seinen politischen Nichtskönnern und Versagern, vor allem aber mit seinen offenen Grenzen, die Kriminellen, Terroristen, „Umstürzern“ und sonst wem alles freien Eintritt in ein Land gewähren – ohne jegliche Kontrolle, ohne jegliche evtl. nötige Abwehr, ja sogar ohne jegliche Ahnung und Übersicht der Staatsmacht (soweit eine solche überhaupt noch wirkungsvoll vorhanden ist), wer da alles in ein Land hineinströmt.

Die einzige Möglichkeit, Ordnung, sowie Recht und Gesetz wieder herzustellen, ist keinesfalls der Einsatz der Bundeswehr, die dann irgend wann einmal nur noch mit Panzern und Geschützen die Oberhand wieder gewinnen kann, sondern das bedingungslose Ende der EU bzw. der Austritt aus dieser restlos gescheiterten, nichtsnutzigen EU und die Rückkehr zu einer Politik, **die nicht nur den internationalen Konzernen, Banken, dem Großkapital usw, dient, sondern „dem eigenen Volk zum Wohle und zum Nutzen“**, so, wie es der Eid des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und der Bundesminister gem. Art. 56 GG für die BRD verbindlich vorschreibt.

Doch leider ist dieser Eid längst schon zur völlig bedeutungslosen Spruchblase, ja das Volk geradezu verhöhnenden Worthülse der herrschenden „Berufs“-Parteipolitiker verkommen, deren endliche Ablösung vorerst noch sehr viel dringlicher ist, als der Austritt aus dieser sinnlosen und restlos gescheiterten EU.

Jul 18 2017 — Horst Zaborowski @ 10:14

Der Bundestagswahlkampfmotor läuft

Uns wahlberechtigten Staatsbürgern bieten sich zwei Gruppen an. Die, die im Bundestag vertreten sind und die, welche dies nicht sind und in den Bundestag hinein möchten.

Auf Seiten der wahlberechtigten Bürger sind ebenfalls zwei Gruppen, die, die zur Wahl gehen und die, die der Wahl fern bleiben.

Die Bundesrepublik Deutschland wird als ein demokratischer Rechtsstaat bezeichnet. Wenn wir uns erinnern: Athen – Demokratie – Herrschaft des Volkes (auch gerne mit des einfachen Volkes bezeichnet) schloß vom Zugang zu den Entscheidungen bestimmte Menschen aus.

Jul 21 2017 — Horst Zaborowski @ 02:31

Die „guten“ Seiten der Deutschen.

In der veröffentlichten Meinung der Bundesrepublik Deutschland wird der Schwachpunkt

„Hilfsbereitschaft“ zu den guten Seiten unserer deutschen Bürger gezählt.

Realpolitiker, insbesondere in den europäischen Staaten, stimmen in der Öffentlichkeit in diesen Chor der Barmherzigkeit ein, wohl wissend, daß diese Seite deutscher Hilfsbereitschaft für ihre Staaten finanzielle Belastungen im Milliardenbereich erspart.

Ein großer Teil der Deutschen fühlt sich „gebauchpinselt“, wenn ausländische Kräfte sich lobend über die Bundesrepublik Deutschland äußern.

In diesen Fällen wäre, wie so oft im Leben, Vorsicht der erfolgreichere Weg – vor allem aber der unserer Volkswirtschaft Kosten ersparendere.

Jul 21 2017 — Horst Zaborowski @ 10:22

Demokratie – eine unzuverlässige Staatsform?

Oder sind es nur die Bürger, die sich nicht an Gesetze halten, die diesen Eindruck der Unzuverlässigkeit aufkommen läßt?

Zwei bezeichnende Beispiele:

Bundeskanzlerin Merkel, wenn auch Bundeskanzlerin so vor dem Gesetz eine Bürgerin der Bundesrepublik Deutschland, **behauptet: „Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt“.**

Bei einem Stau auf der Autobahn bildeten die Fahrer von LKW und PKW eine Rettungsgasse.

Einige Fahrer hielten sich nicht an die Straßenverkehrsordnung, wendeten auf der Autobahn und fahren auf dieser Rettungsgasse entgegen der Fahrtrichtung!

Was verbindet diese beiden Ereignisse?

Mißachtung der bestehenden Gesetze!

Wobei nur noch abzuwägen wäre, wer den größeren Schaden mit seinem Handeln zu verantworten hat.

Schaumschläger vom Dienst

In Wahlkampfzeiten wird immer öfter, wie beim Metzger, gefragt: „Darf es etwas mehr sein?“

Die Positionen der am Wahlkampf beteiligten Parteien sind der Öffentlichkeit bekannt. Zumindest bei den Wählern, die sich für Politik interessieren. Und es sollte im Bundestagswahlkampf doch wohl um politische Konzepte von Parteien gehen.

Weil aus der Erfahrung heraus bekannt, bleibt der größte Wähleranteil bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vor der Wahl – unentschlossen. Aus dem Kreis der unentschlossenen Wähler heraus fällt jedoch die Entscheidung für jede der Parteien.

Und hier schlägt die Stunde der Schaumschläger. Fingerspitzengefühl ist gefragt. Ein bißchen mehr kann bereits ein bißchen zu viel sein.

Warum können viele Wähler sich so schwer entscheiden? Zum großen Teil liegt es an den Erfahrungen aus den vergangenen Wahlen heraus. Themen, die zum Zeitpunkt der Wahlzeit akut waren und die in dieser Zeit dem Wähler versprochenen Lösungen, scheiterten nach der Wahl bereits bei den Koalitionsverhandlungen.

In einer Demokratie sind Koalitionsverhandlungen ein alltägliches Brot und daher bestehen in diesem Bereich auch keine anderen Möglichkeiten.

Was jedoch verändert werden kann, ist die absolute Freiheit der gewählten Abgeordneten. Es sind im wesentlichen die sich zur Wahl stellenden, die zukünftigen Abgeordneten - die an Aufträge und Weisungen nicht gebundenen und nur ihrem Gewissen unterworfenen – die ihre Wahlversprechen brechen müssen.

Bei einer Gesetzeslage: Jeder, der sich um ein Abgeordnetenmandat bewirbt, ist verpflichtet, im Wahlkampf drei Aussagen zu tätigen, an die er gebunden ist.

Bei Mißachtung seiner Verpflichtung erlischt sein Abgeordnetenmandat.

Jul 23 2017 — Horst Zaborowski @ 17:27

Freie Marktwirtschaft – Fluch und Segen?

Der Presseclub vom 23.07.2017 warf ein Schlaglicht auf den „Dieselskandal“. Diese Bezeichnung ist zu kurz gegriffen.

Wie mögen sich die vielen „Verkehrssünder“ fühlen, die mal eine Verkehrssünde begangen haben. Dies soll kein Vorwand sein, Verkehrssündern ein Alibi zu geben. Eine jede Gesetzesübertretung ist strafbar – da gibt es kein wenn und aber!

Was den meisten „Verkehrssündern“ in diesem Zusammenhang jedoch zu gute gehalten werden muß – die Verkehrssünden werden nicht vorsätzlich begangen.

Ganz anders ist die Situation beim sogenannten „Dieselskandal“. Der Begriff „sogenannter“ wurde bewußt gewählt, weil die Dimensionen zwischen den bewußt vereinbarten kleineren Tank aus Kostendingen

- Große Tanks wären teurer gewesen. Die Autohersteller verständigten sich deshalb auf kleine Tanks. -

und dem verursachten Schaden für die Volkswirtschaft, an der wiederum der Lebensstandard von Millionen Staats-Bürgern hängt, eine solche Ungeheuerlichkeit darstellt, ein solche Mißachtung der Bürger – in diesem besonderen Falle sind alle Bürger betroffen, von den Käufern bis zu den Menschen, die sich auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland bewegen. – **daß das Sprichwort: „Die kleinen hängt man – die Großen läßt man laufen“ – unsere Republik erschüttern sollte.**

Hier rächt sich die seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland zugelassene „Narrenfreiheit“ für die Wirtschaft. Da sind die schmückenden Begriffe für führende Politiker, die einen besondere Nähe von Kanzler zur Autoindustrie verkörpern, noch das geringere Übel.

Übel im wahrsten Sinne des Wortes ist jedoch der Vertrauensverlust! Und dieser Vertrauens-

verlust wird nicht geheilt werden können, wenn ein paar „Spitzenverdiener“ mit ihrem „Erarbeiteten“ in den wohlverdienten Ruhestand versetzt werden sollte.

Jul 25 2017 — Horst Zaborowski @ 10:58

Verrat – eine deutsche Untugend?

Im Bereich des Gerichtswesens ist die „Belohnung“ für den „Geständigen“ in §§ geregelt.

Was im Gerichtswesen eine Hilfe zur Aufklärung sein kann, verliert jede moralische Berechtigung in den bekannt gewordenen Absprachen von VW, Audi, Porsche, Daimler und BMW und dem Versuch durch Selbstanzeigen sein eigenes Fell (Geldbeutel) auf Kosten der anderen Beteiligten zu retten.

In diesem Fall mit Geld, ob durch „Befreiung“ mittels Selbstanzeige oder Geldstrafen (dazu noch durch die EU – es sind deutsche Firmen und demgemäß ist die deutsche Justiz zuständig!) der „Gerechtigkeit“ zum Durchbruch zu verhelfen – ist fragwürdig. Nicht nur Fragwürdig – sondern Ungerecht, weil durch diese Manipulationen der Kreis der Geschädigten groß ist.

Eine Verurteilung durch Geldstrafen für die Firmen schädigt sicherlich die Firmen. Jedoch wen treffen diese „Geldabflüsse“ in Wirklichkeit. In letzter Konsequenz gedacht, können die Firmen „Pleite“ gehen. Mit dem Ergebnis Arbeiter und Angestellte verlieren ihren Arbeitsplatz. Kapitalanleger bei diesen Firmen, insofern es Anleger mit sehr kleinen Einlagen sind, die gerade mal für eine Aufbesserung von Rente und Pension reichen, trifft dies hart.

Der Kreis der Zulieferer wird, bei dieser Produktionskultur, stark betroffen. Je nach Grad der Abhängigkeit der zugelieferten Produktpalette kann Konkurs drohen – und erneut werden die Menschen, welche Tag für Tag ihr täglich Brot mit dieser Arbeit verdienen die wirklich Betroffenen sein. Insgesamt gesehen werden alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland die betroffenen sein. Die Steuerausfälle durch die nicht mehr dem Staat zufließenden Abgaben dieser Firmen werden sicher-

lich auf Kosten des sogenannten kleinen Mannes „hereingeholt“ werden.

Wer dazu dann noch an eine Verschwörungstheorie glauben sollte, der Kern der deutschen Wirtschaft wird von interessierten Kreisen bewußt geschwächt, bei gleichzeitiger Belastung der BRD für die Kosten der Flüchtlingsinvasion, der kann schon mal ins Grübeln verfallen.

Eines sollte jedoch klar sein, für die Verantwortlichen in diesen Firmen und den Verantwortlichen in der Bundesregierung darf es keinen „goldenen Handschlag“ mehr geben!

Denn das, was hier verantwortet werden muß, ist insgesamt gesehen, Verrat am ganzen deutschen Volk.

Jul 28 2017 — Horst Zaborowski @ 06:24

Eroberung unserer Bundesrepublik Deutschland

Sie kommen mit Hoffnungen in die Bundesrepublik Deutschland.

Wir autochthone Deutsche haben auch Hoffnungen.

Sie kommen mit dem Recht auf Asyl.

Wir autochthone Deutsche haben auch das Recht auf unsere Heimat.

Sie werden von Angela Merkel herzlich begrüßt.

Wir autochthone Deutsche werden von Angela Merkel aufgefordert, sie willkommen zu heißen.

Sie wohnt in Ihrer Heimat, einem großen und weiten Land.

Wir autochthone Deutsche wohnen in unserem kleinen, beengtem Land.

Sie werden Jahrzehnte brauchen um sich selbst ernähren zu können.

Wir Deutsche unterhalten mit unserer Arbeit den Staat Bundesrepublik Deutschland.

Und – und – und.....

Wir können bei der Bundestagswahl abstimmen. Es liegt somit an uns Wahlberechtigten, ob wir unsere Heimat lieben und verteidigen.

Gegen deutsche Politiker, die Ausländer mehr lieben als uns autochthone Deutsche.

Gegen Ansprüche der einströmenden Eroberer. Denn das sind Sie im konkreten Fall. Ihre Waffen sind Ihre Hilfsbedürftigkeit und ihre Masse Mensch.

Unser Behauptungswille als Mensch, als Bürger und letztendlich als Staat, ist gefragt.

Widerstand – Widerstand – und nochmals Widerstand.

Jul 29 2017 — Horst Zaborowski @ 08:18

Geschichtsfälschung bis in die Urzeit hinein.

In der Bundesrepublik Deutschland werden unsere Vorfahren beleidigt. Nichts anderes ist es, wenn Muslime sich in Rockerverkleidung, mit der Fahne der BRD auf dem Rücken, als „Germany’s Muslims“ Funktionen im öffentlichen Raum anmaßen!

In Mönchengladbach, Münster und Stuttgart sollen sich bereits Gruppen gebildet haben.

In den Wäldern Germaniens vor zweitausend Jahren, weit bevor Ihr Prophet Muhammad (Muhammad wurde im Jahr 570 in Makkah geboren), seine Propheten-Laufbahn beginnen konnte, wurden Umgangsformen (die Ehrfurcht vor der Frau) zu einer Lebensform entwickelt, zu der sich der Islam bis auf den heutigen Tag nicht entwickeln konnte oder wollte.

Ist es nur Größenwahn? Oder verbirgt sich hinter dieser Maskerade bereits der Anspruch einer Herr-

schaft über die Ureinwohner (Autochthonen) im Herzen Europas?!

Ihren „großen Fuß“ (Mit Hîshâm III. (976-1013) endet das Omaiaden-Kalifat in Spanien) der spanischen Berber-Dynastien in Spanien konnten sie zu keiner Zeit auf Deutschland (dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation) ausdehnen.

Die Belagerungen von Wien von 1529 und 1683 beendete den Anspruch des Islam, in Europa Fuß zu fassen.

Es ist an der Zeit, die geschichtlichen Abläufe gemäß ihren Tatsachen entscheidend publik zu machen.

Es gibt viel Größenwahn auf der Welt. Die bald 10 Millionen Muslime in der Bundesrepublik Deutschland befinden sich auf diesem Größenwahn-Trip. Es wird höchste Zeit die dritte Abwehrschlacht der Geschichte zu beginnen.

In Wien konnten sie noch vor den Toren aufgehalten werden. Dank, einer deutschen Verräter-Klicke in der Bundesrepublik, an der Spitze Dr. Merkel, deckt das Trojanische Pferd das Gebiet der gesamten Bundesrepublik Deutschland ab.

Warum soll uns das „Wunder von Wien“ nicht auch heute gelingen?

Fangen wir mit dem Widerstand an!

Widerstand

gemäß Grundgesetz Artikel 20 (4)

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Bürger!

Wahlen stehen an und viele können sich nicht entscheiden.

In entscheidenden Fragen stimmen die im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam gegen uns, den Souverän.

Für diesen Fall ist der Artikel 20 (4) als Grundrecht vorgesehen!

Allen Bürgern, die mit der Politik der etablierten Parteien nicht einverstanden sind, bie-

ten wir hiermit eine Plattform. Unsere Wünsche und Sorgen sind vielfältig. Um alle hier zu benennen, reicht der Platz nicht aus. Ein Jeder kann hier seinen Grund eintragen, warum er sich zum Widerstand bekennt.

Diese Karte wurde Ihnen im Original in der Sonderausgabe als Beilage zugestellt.

Horst Zaborowski

Widerstand

gemäß Grundgesetz Artikel 20 (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Bürger!

Wahlen stehen an und viele können sich nicht entscheiden. In entscheidenden Fragen stimmen die im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam gegen uns, den Souverän. Für diesen Fall ist der Artikel 20 (4) als Grundrecht vorgesehen! **Allen Bürgern, die mit der Politik der etablierten Parteien nicht einverstanden sind, bieten wir hiermit eine Plattform. Unsere Wünsche und Sorgen sind vielfältig. Um alle hier zu benennen, reicht der Platz nicht aus. Ein Jeder kann hier seinen Grund eintragen, warum er sich zum Widerstand bekennt:**

.....

.....

.....

Wir können nur gemeinsam ein Zeichen setzen! (ggfs. auch Rückseite benutzen)

Aug 05 2017 — Horst Zaborowski @ 16:32

Flüchtling – ein Begriff wird definiert

Diskussionen im Netz lassen aus Zeitgründen usw. in kurzen Ausführungen eine umfangreiche Erörterung nicht zu. Darum dieser Umweg über unseren Netzauftritt.

Halt – hier wird Geschichte manipuliert! Aus den Ostgebieten des Zweiten Deutschen Reiches wurden Deutsche, nur weil sie Deutsche waren, vertrieben. Nicht nach Afrika usw. sondern in das Restgebiet des Zweiten Deutschen Reiches.

Zur Klarstellung vorneweg: Nein – ich wurde nicht Vertrieben. Nein – ich war und bin kein Nazi. Konnte mit 10 Jahren nicht zur weiterführenden Schule, weil mein Vater Kommunist war.

Bekam aus dem gleichen „Grund“ keine Lehrstellen vom Arbeitsamt vermittelt. Habe mich alleine bemüht und eine kfm. Lehrstelle bei einer christlichen Zeitung erhalten.

Zur Abendschule Zimmermann angemeldet. Weil geweigert zur HJ zu gehen, nach einem Semester Einberufung zur Heimatflak. Mit 16 Jahren zum Arbeitsdienst und mit 17 Jahren zu den Fallschirm-

jägern eingezogen. Mit 18 Jahren in der Normandie durch Bauchschuß verwundet. – Wer noch Fragen hat – bitte melden!

Menschen, die in unseren Zeiten in unser Land kommen, aus ihrer Heimat wegen Krieg, Hunger usw. geflüchtet sind, **besitzen keine Rechte, so wie damals Deutsche aus den Ostgebieten des Zweiten Deutschen Reiches, in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen zu werden.**

Die wenigen echten Asylsuchenden würden bei uns Deutschen ohne wenn und aber aufgenommen.

Jedoch für Invasoren, die unsere Heimat auf nackten Füßen, auf der Deutschen Mitgefühl spekulierend, erobern wollen – darf, weil wir unsere Heimat lieben, kein Platz sein. –

Aug 07 2017 — Horst Zaborowski @ 02:11

Die EU ist nicht Europa und es wird auch keinen Staat Europa geben.

Auf dem Kontinent Europa lebten und kämpften miteinander weit vor Christi Geburt Volksstämme. Aus diesen Volksstämmen entwickelten sich Völker und Staaten. In diesen Zeiten gelang es immer wieder einzelnen Stämmen, Völkern und Staaten für einen gewissen Zeitrahmen einen Teil vom Kontinent Europa unter ihre Herrschaft zu bringen.

In diesen Kämpfen wurde viele Länder verwüstet und Menschen getötet. Angetrieben wurde die Menschen jeweils mit vorgegaukelten weltlichen und religiösen Idealen. Nutznießer waren und sind die jeweiligen Oberschichten der Völker.

Die auf allen Gebieten sich entwickelnden Techniken waren Segen und Fluch zugleich. Wobei die Militärtechnik bis hin zu den Atombomben ein Potential entwickelt hat, das eine Vernichtung unseres gesamten Planeten Erde ermöglicht.

Uns Menschen sind von Natur aus Fähigkeiten mitgegeben worden Entscheidungen treffen zu können. Setzen wir unseren Verstand ein um

miteinander in unsrem jeweiligen Stamm, Volk oder Staat Lebensformen zu erhalten, die uns Allen ein Überleben ermöglichen.

Lassen wir uns nicht verführen in die Lebensräume der jeweiligen anderen Stämme, Völker und Staaten einzudringen.

Wehren wir uns gegen alle „Weltenbeglückter“, gegen alle Raffies die ihres Vorteiles willen uns um unser Leben betrügen wollen.

Aug 12 2017 — Horst Zaborowski @ 15:13

Bundesrepublik Deutschland vor dem Zerfall?

Diese Frage ernsthaft zu stellen, ist es höchste Zeit. Wenn Exekutive und Legislative in den meisten Fällen fast gleicher Meinung sind – und dazu die Korrektur durch die Judikative sehr weichgespült daherkommt,

fühlt sich der Souverän verraten!

Seine Möglichkeiten, „des Volkes Stimme“ zur Geltung zu bringen, sind im Grundgesetz Art. 20 (4) verankert. Dies ist die Gesetzeslage – und die Realität?

Aug 13 2017 — Horst Zaborowski @ 17:37

Welche Kräfte lenken zum Schaden des eigenen Volkes?

Wir kennen aus Aufzeichnungen weit vor den Völkerwanderungen im Altertum, daß jeweils einzelne Menschen Entscheidungen trafen, die Aufstieg und Fall nach sich zogen.

Bei den germanischen Völkern wurde bei drohender Gefahr einer aus den eigenen Reihen gekürt.

Dieser ist uns aus Überlieferungen als Herzog bekannt – als einer der vor dem Heere herzog. Nicht ein Jeder dieser Anführer überlebte die Schlacht. Und auch nicht ein Jeder dieser Anführer überlebte die Friedenszeit. Ein Beispiel ist Hermann der Cherusker.

Über das gesamte Mittelalter hinaus vererbten sich diese Titel und die Macht der Anführer in ihren Unterteilungen in Grafen, Fürsten, Könige usw.

Mit den Zeiten der Aufklärung wuchs Widerstand gegen diese, wie es damals genannt wurde „Von Gott gegebene Ordnung“.

Aug 14 2017 — Horst Zaborowski @ 08:34

Grundsätze:

Ein System hat Grenzen – sonst ist es kein System.

Eine Gemeinschaft hat Grenzen – sonst ist sie keine Gemeinschaft.

Ein Volk hat Grenzen – sonst ist es kein Volk.

Diese Grundsätze verändern zu wollen, bedeutet im Grunde genommen, sie nicht anzuerkennen.

Aug 15 2017 — Horst Zaborowski @ 16:24

Titel als Reißer eingesetzt – ohne Bezug zur Geschichte

Wen in diesen Tagen GEO LITICO titelt: „Aus Merksels Germania wird nichts“, ist dies ein Beispiel der Gedankenlosigkeit.

Den Begriff „Merkel“ mit „Germania“ in Verbindung zu bringen, ist mehr als Gedankenlosigkeit. Er unterstellt, daß Merkel eine Miß Germania sein könnte.

Eine Frau, die ihre Meinungen so oft dem Mainstream anpaßt, wie zu keinen anderen Zeiten einem deutschen Politiker nachgesagt wurde. Eine Abwartende, die wie eine Katze vor dem Mauseloch, auf eine passende Gelegenheit wartende, im passenden Augenblick von Freundschaft zu Feindschaft wechselnde, deutsche Frau.

Mit Germania verbinden wir den Begriff Germanen. Diesen wiederum wird Ehrlichkeit, Auf-

richtigkeit, Mut und Treue zugeordnet. Tugenden, wie diese zu Preußens Zeiten in Preußen selbstverständlich waren.

Wonach eine Führungsschicht des Landes sich in ihren Handlungen ausrichtet, dem folgt zu großen Teilen das Volk. Jedoch ein Volk besteht aus Menschen und diese dürfen nicht mit Schafen, die Ihrem Schäfer folgen, auf einer Stufe gesehen werden.

Wir dürfen hoffen, daß im menschliche Gehirn einige Sicherungen vorgesehen sind, die uns davor bewahren „Germania Merkel“ zu folgen.

Aug 18 2017 — Horst Zaborowski @ 02:51

Wie belastbar ist die Bundeswehr?

Diese Frage hat ihre Berechtigung, wenn, wie in Spiegel Online beichtet wurde –

In Munster starb ein Bundeswehr-Soldat bei einer Marschübung

– bereits bei einer Übung ein Soldat sterben mußte.

Eine Stellungnahme von Bundesverteidigungsministerin **von der Leyen**, die bei „**Verfehlungen“ bzgl. „Saufgelagen“ bei der Bundeswehr ein wachsames Auge auf die „politische Standfestigkeit“ legt, fehlt bis dato.**

Es sollte, nachdem die Wehrpflicht ausgesetzt wurde, doch eine Auslese bei den Freiwilligen erfolgen. Insbesondere die kleinere Anzahl der zu Untersuchenden Rekruten müßte eine sorgfältigere medizinische Vorsorge zur Folge haben.

Im Klartext: Ausbildungsprogramme führen Rekruten an ihre Belastungsgrenze. Abklärung des Gesundheitszustandes hat vorher zu erfolgen.

Dieser Tod eines Soldaten außerhalb von Kampfhandlungen geschah innerhalb einer „Parlamentsarmee“. Parlament und Politik sind eine Einheit. Die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und des deutschen Volkes ist eine Aufgabe über politische Grenzen hinweg.

Ergo ist eine selbständige Verantwortung der Truppe auch in organisatorischer Hinsicht sicherzustellen. Ausdruck dieser Aufgabenstellung ist ein eigener Generalstab mit einem Oberkommandierenden.

Dieser stammt aus den Reihen des Militärs und ist direkt dem Parlament verantwortlich.

Eine Übernahme der Befehlsgewalt im Verteidigungsfall durch den Bundeskanzler bzw. der Bundeskanzlerin, einschließlich bestehender direkter Eingriffsmöglichkeiten am Oberkommandierenden vorbei, schwächt jede Verteidigung.

Aug 18 2017 — Horst Zaborowski @ 16:34

Autos als Waffen – und wie weiter?

Ursachenforschung ist eine Voraussetzung zur Verhinderung von Überfällen, gleich welcher Art.

Sobald eine Situation sich verselbstlicht hat, ist die Ursachenforschung eine lahme Waffe. Und die heutige Art der Überfälle ist Krieg.

Eine für die Eroberer kostengünstige Kriegsführung. Autos als Waffen müssen weder gekauft, noch an die anzugreifenden Menschen über lange Transportwege herbeigeschafft werden. Autos können als Waffe nicht geortet werden, weil der Straßenverkehr die beste Tarnung bietet.

Solange und sobald die Fahrer (Mörder) aus Kreisen der einheimischen Bevölkerung stammen, haben die Ordnungskräfte Möglichkeiten, diese zu stellen. **Die überwiegend und bekannt gewordenen Tötungen mit einem LKW als Waffe werden von „Menschen“ ausländischer Herkunft begangen.**

Welche Möglichkeiten einer Gefahrenabwehr bieten sich an?

Eine konsequente Trennung zwischen Ureinwohnern (Autochthonen) und den aus aller Herren Länder in unseren Lebensraum Hineinströmenden. Allein schon eine Verminderung der, im allgemeinen an Ihrem Äußeren erkennbaren, wird den Ordnungskräften ein Ergreifen vereinfachen.

Alle diese Überlegungen sind zum Scheitern verurteilt, weil die politische und wirtschaftliche „Eli-

te“ der Bundesrepublik Deutschland, Grundgesetz hin oder Grundgesetz her, ihren Kurs der Vernichtung des deutschen Volkes durch Vermischung mit allen Völkern dieser Welt mit aller Härte und Konsequenz durchzieht.

Uns Autochthonen bleibt nur die Wahl, die gesamte politische Elite der Bundesrepublik Deutschland austauschen – oder wir werden unsere Heimat an Menschen aus aller Herren Länder und Kulturen verlieren.

Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Aug 19 2017 — Horst Zaborowski @ 02:47

Doppelte Staatsbürger – in hausgemachter Streit

Doppelte Staatsbürgerschaft ein Produkt der Neuzeit. Im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 ist in den §§ 3 (5) und 8 bis 16 eine Einbürgerung für Ausländer geregelt. Es war keine doppelte Staatsbürgerschaft vorgesehen.

In dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) wird in den §§ 10-12 eine Einbürgerung von Bürgern aus anderen Staaten geregelt. Wer den Anforderungen der §§ mit ihren 15 Untertiteln erfüllt, kann in bestimmten Fällen seine Staatsangehörigkeit behalten.

Diese umfassende Regeln verhinderten aus sich heraus eine große Zahl an Einbürgerungen.

Aug 20 2017 — Horst Zaborowski @ 15:36

Frau Merkel – Herr Schulz

Beide bewerben sich für das Amt des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland.

Beide werden, so Sie in dieses Amt gewählt worden sind, Ihren Eid ablegen müssen.

Grundgesetz

Artikel 64

(1) Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.

(2) Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestage den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

Der Bundespräsident leistet bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates folgenden Eid:

Artikel 56

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Am Sonntag, dem 20. August 2017 wurden in Phoenix, Forum Politik, beide Kandidaten aus Anlaß der bevorstehenden Bundestagswahl befragt.

Beide Kandidaten sprachen die Wörter „deutsches Volk“ nicht ein einziges Mal aus. Auch Ihre Argumentationen kreisten mehr um Europa, Flüchtlinge aus Afrika usw.

Beide Kandidaten stellten sich als Verfechter der EU dar. Sie ordneten die Interessen der Bundesrepublik Deutschland und wie im Eid zu beschwören ist, des deutschen Volkes, den Interessen der EU unter.

Kann ein deutsches Volk, das nicht für würdig befunden wird, beim Werben um seine Zustimmung genannt zu werden, diesen Politikern sein Schicksal für vier Jahre anvertrauen?

Wer noch Ehre im Leib hat, wählt Sie nicht!

**Uns Deutschen (Autochthonen)
bleibt noch der Widerstand.**

**Widerstand,
Widerstand
und nochmals
Widerstand!**

Aug 22 2017 — Horst Zaborowski @ 01:58

Schluß mit dem Eiertanz Gefährder – Terrorist – Emigrant – Flüchtling

Letztendlich unterscheiden unsere Gutmenschen noch nach schlechter Deutscher und guter Ausländer.

**Bleiben wir bei den Fakten:
Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland
und bei**

kein Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland. Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland besitzen automatisch das Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland – **alle anderen sind Gäste auf Zeit.**

23 2017 — Horst Zaborowski @ 00:39

Gründung der Bundesrepublik Deutschland als Nationalstaat

Grundgesetz

für die Bundesrepublik Deutschland Art 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Der Bezug in Art. 1 (2) auf „das Deutsche Volk“ stellt unmißverständlich fest, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Staat des deutschen Volkes und somit ein Nationalstaat ist.

Aug 25 2017 — Horst Zaborowski @ 14:47

Wo Demokratie drauf steht – muß Demokratie drin sein!

Wir Bürger gehen davon aus, daß dieser abgewandelte Spruch auch ganz selbstverständlich für die

Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gelten muß.

Bei einer genaueren Betrachtung der politischen Klasse in der Bundesrepublik Deutschland sind berechnete Zweifel angebracht.

Im Parlament der Bundesrepublik Deutschland sitzen, gemeinsam vom deutschen Volk direkt gewählte Abgeordnete neben Abgeordneten über Landeslisten von Parteien gewählte.

Aug 28 2017 — Horst Zaborowski @ 03:06

Merkel wehrt sich – ZDF Sommerinterview

Worte die wir lange vermißt haben.

„Daß ich einen Eid geleistet habe – dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen.“

GG Art 56

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Mit diesem Eingeständnis im Fernsehen sprach Bundeskanzlerin Dr. Merkel zum ersten Male nach ihrer Vereidigung die Worte **„...dem Wohle des deutschen Volkes“**.

Wie belastbar sind diese Worte „deutsches Volk“ aus dem Munde von Bundeskanzlerin Merkel? Ist es nur eine, mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl, eingefügte **Täuschung?**

Aug 30 2017 — Horst Zaborowski @ 03:03

Integration

Das Wort Integration wird in dieser Zeit mit einer Selbstverständlichkeit wie – Brot kaufen – in den öffentlichen Raum gestellt.

Nehmen wir uns bitte die Zeit und klären an Hand des Dudens – Bedeutungsübersicht – dieses uns überrollende Problem ab.

Aus dem Duden:

(bildungssprachlich) [Wieder]herstellung einer Einheit [aus Differenziertem]; Vervollständigung (bildungssprachlich) Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes.

(Soziologie) Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen oder Gruppen zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Einheit

(Mathematik) Berechnung eines Integrals

(bildungssprachlich) [Wieder]herstellung einer Einheit [aus Differenziertem]; Vervollständigung

In unsere Umgangssprache übersetzt.

Die Einheit ist unser deutsches Volk. – Jedenfalls steht dies noch über dem Reichstag und der Eid von Kanzlerin und Ministern drücken dies klar aus.

Wenn, jedoch Integration in der Bundesrepublik Deutschland als eine **Zusammenmischung von autochthonen Deutschen mit Staatsbürgern aus anderen Staaten, Nationen und Religionen** als „Wiederherstellung einer Einheit“ propagiert wird – **ist dies bewußt angestrebter Völkermord!**

(bildungssprachlich) Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes.

Bei dieser bildungssprachlichen Übersetzung ist Integration ein Straftatbestand.

Unter „Größeres Ganzes“ kann in diesem Fall Europa oder die Welt insgesamt verstanden werden. Gemäß dem Grundgesetz ist die Bundesrepublik Deutschland ein Nationalstaat.

Die EU ist kein Völkerrechtssubjekt – kein Staat. Diese schleichenden Bemühungen an den Völkern in Europa vorbei – ohne die Völker in einer Abstimmung zu befragen – **ist ebenfalls Völkermord.**

(Soziologie) Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen oder Gruppen zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Einheit.

Diese Bezeichnung für Integration trifft auf einen Vielvölkerstaat, wie z.B. die USA zu.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Nationalstaat der in seinen Stämmen (Bayern, Sachsen, Thüringer usw.) in tausendjähriger Geschichte zum deutschen Volk zusammengewachsen ist. Diese Entwicklung mit einer Vermischung, wie von Merkel vorangetrieben, bleibt selbst unter Heranziehung der „Soziologie“ **Völkermord.**

Wir Deutsche sollten aus dem Untergang des alten römischen Reiches Lehren ziehen.

So glimpflich, wie die Römer davongekommen sind, werden wir Deutsche nicht davonkommen.

In Italien wohnen heute noch Nachkommen der Römer. **Wer Merkels Kurs in den Untergang unseres deutschen Volkes folgt – verkauft seine Kinder und Enkel als Sklave an die heraufziehende Scharia-Front.**

31. August 2017 — Erwin Zaborowski

Zukunft in Freiheit

Wir Menschen wollen auf dieser unserer aller Erde gemeinsam eine Zukunft in Freiheit!

Es leben jedoch Menschen unter uns, die diese Zukunft in Freiheit nur für sich persönlich beanspruchen, jedoch ihren Mitmenschen verweigern.

Wir sollten den Mut haben, ein jeder in seinem Volk, ein jeder in seinem Staat, ein jeder in seiner Heimat für seinen Anteil an Zukunft und Freiheit zu kämpfen.

Es ist unsere Friedfertigkeit, die Gelüste der Anderen weckt, uns in Knechtschaft zu halten.

Vor der Knechtschaft in seinem Volk, in seinem Staat oder seiner Heimat zu fliehen, löst diese Probleme nicht!

Im Gegenteil die Unterdrücker in allen Völkern und in allen Staaten sind sich untereinander einig und stützen sich gegenseitig in der Ausbeutung ihrer „Mitmenschen“.

Rohstoffquellen und Produktionsmittel befinden sich im Besitz der Menschen, die Zukunft und Frieden für sich persönlich beanspruchen.

Es gab einmal den Spruch, **wenn unser starker Arm es will – stehen alle Räder still**. Diese Kraftquelle wurde systematisch durch Einbeziehung der politischen Kaste in die der Eigentümer von Produktionsmitteln praktisch aufgehoben.

Diese Politiker stellen sich bei der kommenden Bundestagswahl uns Staatsbürgern als die Hüter für Recht und Ordnung vor.

Die Bundesrepublik Deutschland besteht siebzig Jahre. In dieser Zeit verschlechterten sich die Lebensverhältnisse. Wir Schaffenden konnten 1948 Kinder zeugen und ins Leben begleiten. In der heutigen Zeit müssen Mann und Frau gemeinsam berufstätig sein, um ihren Kindern den Weg ins Leben zu ebneten.

Und weil „unsere“ Bundeskanzlerin Merkel (die „Anderen“ sind fleißige Helfer) im internationalem Verbrechen der Entwurzelung von Menschen aus ihren Völkern, aus ihren Staaten und aus ihrer Heimat entscheidend mitwirkt, zeichnet sich die Zeit ab, in der wir autochthone Deutsche mit unserem Volk der Deutschen, in unserem Heimatland Deutschland von Menschen aus anderen Staaten, aus anderen Religionen in die Diaspora verdrängt werden.

Darum Widerstand, solange wir noch die Kraft dazu haben.

(<http://bgd1.com/cms/marke/widerstand/>)

2. September 2017 — Erwin Zaborowski

Diesel – Diskussion – ohne Aufklärung

Dies Katz und Mausspiel zwischen Regierung und Autoindustrie auf Kosten der Kunden ist eines Industriestandortes wie des der Bundesrepublik Deutschland unwürdig! In letzter Konsequenz geht es nicht nur um die Profilierung von Politikern, die ihrer Diäten sicher sind. Auch nicht um die auf Dividenden hoffenden (Klein)-Aktionäre.

Es geht um den Bestand eines Industriezweiges in der Bundesrepublik Deutschland und die Existenz vieler Familien. Ergo besteht ein An-

spruch auf Offenlegung aller Fakten. Nicht geschönt, nicht mit Tabellen und Berechnungen die, ganz gleich in welcher Richtung, angepaßt wurden.

Mit einem Wort – es ist eine offene Bestandsaufnahme unserer technischen Intelligenz gefragt.

Und dies in klaren Worten, die jedem Bürger so verständlich übermittelt werden, daß er selber die vorgebrachten Argumente verstehen und beurteilen kann.

3. September 2017 — Erwin Zaborowski

Ein explosives Erbe

Immer wenn bei Bauarbeiten Bomben und Luftminen freigelegt werden, blitzt für einen Augenblick der Schrecken des Bombenterrors über Deutschland auf. In unserer schnellebigen Zeit ist diese Meldung morgen schon wieder vergessen.

Erst wenn – und wir können nur hoffen, daß dies niemals geschehen möge – diese Bomben mit ihrer schrecklichen Kraft Menschen töten, wird an die Millionen Deutscher gedacht, die in Deutschland den Tod fanden. – Und es leben noch Zeitzeugen.

In diesen Wochen des Wahlkampfes sollten wir die Kandidaten daraufhin überprüfen, wie Sie zu den Kriegseinsätzen unserer Bundeswehr in mehreren Staaten auf der Welt stehen.

Und wie Sie verhindern wollen, daß die vielen ins Land „gespülten und tickenden menschlichen Bomben“ entschärft werden können.

Für einen Kampf außerhalb der Bundesrepublik Deutschland reichen unsere militärischen Kräfte schon nicht. Im Inland können unsere Ordnungskräfte in vielen Gebieten nur unter außergewöhnlichen Anstrengungen die Ordnung aufrecht erhalten.

Die Bevölkerung in der Bundesrepublik ist gespalten. Eine vor siebzig Jahren von den Alliierten auf Frankfurt geworfene Bombe sollte uns

daran erinnern, daß unser deutsches Volk einmal, trotz politischer Gegensätze, ein Gemeinschaft in Abwehr war.

4. September 2017 — Erwin Zaborowski

TV Duell – GroKo – spielt Wahlkampf

Was hatten wir Bürger eigentlich erwartet? Eine Aufklärung, wie unser Leben in den nächsten vier Jahren vor Einbrüchen, vor Überfällen – im Haus oder auf offener Straße – geschützt werden sollen.

Wie unser Staat – ja es ist der Staat der Staatsbürger für den wir, ein jeder an seinem Platz, nach seinen Möglichkeiten dazu beiträgt, daß er funktioniert!

Unsere Regierung – ja es ist unsere Regierung – von unserem deutschen Volk gewählt und es sind keine Abgeordneten in einer Weltregierung – die unser Leben in Ruhe, Ordnung und Frieden in unserem Land sicherzustellen hat!

Wir brauchen keine „Gute-Nacht“-Einschlafmelodie.

Was habt ihr unter dem Wort Wählen eigentlich nicht verstanden?

Vor hundert Jahren war unser Ruf: Wenn unser starker Arm es will – stehen alle Räder still.

Vor der Wende schallte es aus tausenden Kehlen: Wir sind das Volk und wir sind ein Volk.

Uns bleibt immer noch der Widerstand nach *Grundgesetz Art. 20 (4) – gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.*

14. Sep 2017 @ 11:44 — Horst Erwin Zaborowski

Notstand

Im Notstand befindet sich ein Staat, in dem Gesetze nicht mehr durchgesetzt werden – können? In unserer Geschichte führte dies in der Weimarer Republik zu Folgen. Diese Folgen sollten sich, so Hoffnung und Versprechen unserer Regierenden, niemals wiederholen.

Zur Zeit befindet sich die Bundesrepublik Deutschland in einem Notstand.

Waren es zu Weimars Zeiten im wesentlichen die auferlegten und beim besten Willen nicht aufzubringenden Reparationsforderungen – so ist es in der Bundesrepublik Deutschland das Versagen von Bundeskanzlerin Dr. Merkel in einem geschichts-trächtigen Augenblick.

Gemessen an der Situation, in der sich die Regierenden in der Weimarer Republik befanden, laufende Regierungswechsel, viele Parteien usw. konnte Bundeskanzlerin Merkel in einer Großen Koalition auf eine breite parlamentarische Zustimmung bauen.

Darüber hinaus waren unsere guten deutschen Eigenschaften, die da sind Hilfsbereitschaft und Gutgläubigkeit, die die Folgen von Merkels Gesetzesbruch abfederten. **Ausgerechnet diese hilfsbereiten Deutschen verhinderten mit ihrem unermüddlichen Einsatz ein natürliches Aufbegehren unseres deutschen Volkes.**

An dem Notstand änderte dies jedoch nichts. Weiterhin halten sich hunderttausende Menschen aus vielen Staaten, Nationen und Religionen entgegen der bestehenden Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland unberechtigterweise auf.

Der Staat Bundesrepublik Deutschland ist in vielen Gemeinden und Städten nicht mehr in der Lage, seine Bürger ausreichend vor Diebstahl, Raub, Vergewaltigung zu schützen. Erst ab Totschlag und Mord führt Aufklärung zu vorzeigbaren Ergebnissen.

Diese problematische Lage wird in den vielen Informationsveranstaltungen, ob mit Parteien alleine oder mit Bürgern und Parteivertretern in einer Zusammenkunft, wenn, dann in vorsichtigen Dosen erörtert.

Sollten Politiker der Bundesrepublik Deutschland aus der dramatischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik nichts gelernt haben?

Uns älteren Bürgern wird gerne vorgeworfen, etwas vergeßlich zu sein. **Es ist zu befürchten, daß unsere jüngeren Generationen beim Lehrfach Geschichte nichts mitbekommen haben. Oder war Geschichte etwa kein Lehrfach?**

Unser Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland berechtigt uns gemäß

Artikel 20 (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

zum Widerstand. Wenn nicht jetzt – wann dann - unsere Uhr tickt!

14. Sep 2017 @ 18:35 — Horst Erwin Zaborowski

Petry schützt Merkel

Wahlkampf in Würde und Anstand, wie von Frauke Petry im Grunde genommen gefordert, wird einerseits in der Mitte der Gesellschaft gut ankommen. **Bei einer Partei, die in ihren Strukturen bereits von einer sozial abgehobenen Elite getragen wird, auch noch die Ausdrucksformen der bis dato wirtschaftlich Abgehangenen zu kritisieren, kann schnell zum Verlust einer Zustimmung aus diesen Kreisen führen.**

Der volkserhaltende Aufbruch in eine gemeinsame Zukunft kann auch nur mit einer Volkspartei gelingen. Alter Wein in neuen Schläuchen – wird nicht reichen.

16. Sep 2017 @ 03:14 — Horst Erwin Zaborowski

Merkel und Grundgesetz

Bei der TV-Sendung „Klartext Frau Merkel“ benutze Frau Merkel bei der Beantwortung einer Zuschauerfrage den Hinweis auf

“Grundgesetz Artikel (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“,

um Ihre Argumentation zu untermauern, daß ein jeder Mensch Anspruch hat, in der Bundesrepublik Deutschland Aufnahme und Unterstützung zu erhalten.

In Ihrer Argumentation vermied Sie jedoch den ... *Grundgesetz Artikel 1 (2)*

2. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

... in dem der Bezug dieses Gesetzes zum Deutschen Volk hergestellt wird.

Im Grundgesetz I. Grundrechte werden in den „In den Grundrechten **1 bis 19** sieben mal der Grundsatz „**Deutsche**“ festgeschrieben.“

GG Artikel 1 (2) **Das Deutsche Volk...**

Artikel 8 (1) **Alle Deutsche** haben das Recht....,

Artikel 9 (1) **Alle Deutsche** haben das Recht.....,

Artikel 11 (1) **Alle Deutsche** genießen Freizügigkeit..,

Artikel 12 (1) **Alle Deutsche** haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz.....,

Artikel 16 (1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden..,

(2) **Kein Deutscher** darf an das Ausland ausgeliefert werden..

Durch Nichtbenennung von Artikel 1 (1) und (2) zusammen erfolgte eine sinnentstellende Wiedergabe eines Gesetzestextes.

Ein Schelm der etwas böses dahinter vermutet!

16. Sep 2017 @ 16:36 — Horst Erwin Zaborowski

Humanismus kontra Naturgesetz

Menschlichkeit, als Begriff im Humanismus begründet, wird in der Politik (insbesondere durch Frau Merkel) über das Naturgesetz Selbsterhaltungstrieb zur Erreichung politischer Ziele gestellt und mißbraucht.

Ein Staat hat zuvorderst seine Staatsbürger zu schützen. Als eine der vielen weiteren Aufgaben des Staates gilt es, menschlichen Umgang der Staatsbürger untereinander und zwischen Staat und Staatsbürgern zu regeln.

Sobald diese Regeln, ob in Gesetzen gefaßt oder nicht, dem Naturgesetz Selbsterhaltungstrieb zuwider ausgelegt und eingesetzt werden, hat der Staatsbürger, begründet auf dem Naturgesetz Selbsterhaltungstrieb, das Recht auf Widerstand!

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes
für die Bundesrepublik Deutschland haben
in weiser Voraussicht für diesen Fall
den Artikel 20 eingesetzt und beschlossen.

Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Es war der CSU-Politiker Hermann Höcherl, (1961 bis 1965 Bundesminister des Innern und von 1965 bis 1969 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), der sich Luft verschaffen wollte mit dem Ausspruch: „Die Beamten können nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen.“

Recht hatte er und auch deutschen Politikern kann es in der heutigen Zeit nicht zugemutet werden, alle Artikel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bei ihren Überlegungen und letztendlich Entscheidungen im Kopf zu haben. Hier hilft die zur Verfügung stehende Technik aus.

Wo die beste Kommunikations-Technik nicht helfen kann, ist beim Charakter. Ein Verantwortungsgefühl gegenüber unseren Vorfahren und unseren Kindern und Enkeln liest sich nicht aus Gesetzen heraus.

Von unseren Vätern und Müttern wurde diese Charakterstärke bewiesen, als sie unter dem Druck der alliierten Siegermächte in das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland die oben ausgewiesenen Artikel für unser Deutsches Volk beschlossen. Nicht für ein Phantom Europa, nicht für einen Vielvölkerstaat wie die USA – sondern für unsere deutsche Heimat – unser deutsches Vater- und Mutterland und unser Deutsches Volk.

Sie konnten unter alliierter Besatzung nicht die Teilung unserer Heimat, unseres Vater- und Mutterlandes, unseres Deutschen Volkes, verhindern. Es blieb der Generation um Merkel und Anhängern vorbehalten, das Erbe der Mütter und Väter vom Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

wissentlich zu zerstören. Ihre Verantwortung und den damit verbundenen Gestaltungsrahmen zu überschreiten.

Die Bundestagswahl 2017 wird noch nicht diesen Vielvölker-Wahn stoppen können. Jedoch – unser Deutsches Volk hat in der Geschichte viel Not erlitten und überwunden. Auch nach 2017 wird unser deutsches Erbe, gemäß den Naturgesetzen, von deutschen Patrioten weiter verteidigt werden.

18. Sep 2017 @ 13:04 — Horst Erwin Zaborowski

An den Problemen vorbei

Breitgefächerte Informationen sind unter demokratischen Verhältnissen für Entscheidungsfindungen eine wesentliche Hilfe.

In einem demokratisch geführten Staat treffen Gesprächsrunden, wie diese in öffentlichen Fernsehsendungen in Wahlzeiten in unsere Wohnzimmer hinein strahlen, auf Zustimmung und Ablehnung.

Diese Stellungnahmen obliegen dem Kreis der an den Sendungen beteiligten Personen. Und hier beginnt die Diskussion an den Problemen vorbei. Von den Sendeleitungen werden Korridore vorgegeben. Wie eine Momentaufnahme bei Merkels „Befragung“ aufdeckte. Die sichtbar gewordenen Notizen in der Hand eines Sendungsleiters offenbarten eine Auflistung. Diese Auflistung enthielt in Stichpunkten Meinungen von den Teilnehmern. Nach dieser Art der Wahrheitsfindung verfahren auch andere Sendungen in denen der Bürger zu Wort kommen soll.

Wie heißt es so im Märchen - Die guten ins Töpfchen die schlechten ins Kröpfchen. -

Diese Art der Wahrheitsfindung ist mehr Diktatur als Demokratie. Probleme, die für das Überleben der Bundesrepublik Deutschland, als das Vater- und Mutterland des Deutschen Volkes, ausschlaggebend sind, werden nicht erörtert.

In Wirtschaften, beim abendlichen „Bierchen“, werden vom Bürger Kernprobleme unseres Zusammen- und Überlebens ernsthafter besprochen als in diesen Fernsehsendungen.

Beide „Informations-Formen“ können, oder wollen, keine Probleme „anfassen“, die zu viel „Ungezügtheit“ verbreiten.

Sind wir schon so weit gekommen, daß Probleme vom Leben, besser noch vom Überleben autochtho-

ner Deutscher im öffentlichen Raum kein Thema mehr sein darf?

Taktieren um des Machterhaltens – ist keine Lösung.

Hier beginnen als nächste Problemstufe die ersten Ansätze der Vorbereitung auf einen Bürgerkrieg.

19. Sep 2017 @ 03:45 — Horst Erwin Zaborowski

Grundgesetz - Integration ?

Gemäß Duden:

- 1. (bildungssprachlich) [Wieder]herstellung einer Einheit [aus Differenziertem]; Vervollständigung*
 - 2. (bildungssprachlich) Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes*
 - 3. (Soziologie) Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen oder Gruppen zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Einheit*
 - 4. (Mathematik) Berechnung eines Integrals*
- Wer Sendungen im Fernsehen usw. verfolgt wird mit dem Begriff „Integration“ konfrontiert. Aus diesem Grunde obige Auflistung des Begriffes Integration durch den allgemein anerkannten Duden.*

Wer den Begriff Integration gemäß der Punkte 1. bis 3. in Bezug auf das Thema Flüchtlinge verwendet, trägt wenig zur Abbildung der Realität bei.

Ein Flüchtling, ganz gleich ob wegen Bedrohung seines Lebens geflohen, trägt in der Bundesrepublik Deutschland nichts zur Wieder/---herstellung einer Einheit / Vervollständigung bei.

Die Wiederherstellung der Einheit zwischen Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik – zwischen Westdeutschen und Mitteldeutschen Staatsbürgern – ist ein Akt, in dem kein Bezug zu einer Integration mit Bürgern aus anderen Staaten und Religionen besteht.

Eine Einbeziehung, Eingliederung in ein großes Ganzes im Bezug auf Flüchtlinge betrifft weder unser Deutsches Volk noch die Wiedervereinigung der beiden Teile des Deutschen Reiches in die Bundesrepublik Deutschland.

Eine Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen oder Gruppen zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Einheit auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland käme einerseits der Eroberung des Staatsgebietes der BRD und Vernichtung des Deutschen Volkes gleich.

Personen und/oder Parteien, welche ernsthaft bei Ihren Argumentationen den Begriff Integration bei Talkrunden (wie bei Hart aber fair - Plasbergs am 18.09.2017 im Ersten Programm um 21.30 Uhr) munter daher plappern, bewegen sich mit dem Begriff Integration auf dünnem Eis.

Die veröffentlichte Zuschauermeinung mit Bezug auf Grundgesetz Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

2. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

mit dem Hinweis – darin steht nichts vom Deutschen Volk ist eine aus dem Zusammengang von Grundgesetz Art. 1 – 19 gerissene Darstellung. - siehe

<http://autochthone.org/2017/09/humanismus-kontra-naturgesetz/>

Insgesamt gesehen, sind die Bemühungen des aufmerksamen Moderators Frank Plasberg zu begrüßen. Diskussionen bewegten sich auf einem sachlichen Niveau, das sich erfreulich von anderen Sendungen in dieser Wahlzeit abgehoben hat.

20. Sep 2017 @ 04:43 — Horst Erwin Zaborowski

Politik zwingt zu Entscheidungen.

Entscheidungen sind das harte Brot von Politikern. Die Frage bleibt, wie diese Entscheidungen ausfallen. Bleibt ein Politiker bei seinen öffentlich erklärten Aussagen, bzw. wie weit ist ein Politiker bereit, für seine getroffenen Aussagen die letzte Entscheidung zu treffen.

In einer Demokratie entsteht in den meisten Fällen ein Kompromiß, den jeder Parlamentarier mit seinem Gewissen zu verantworten hat.

Gemäß

Grundgesetz Artikel 46

1. Ein Abgeordneter darf zu keiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen einer Äußerung, die er im Bundestage oder in einem seiner Ausschüsse getan hat, gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Bundestages zur Verantwortung gezogen werden. Dies gilt nicht für verleumderische Beleidigungen.

ist diese absolut freie Entscheidung garantiert.

Eine der vielen Merkwürdigkeiten in der Ausgestaltung des Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland ist der sog. Fraktionszwang. In keinem Gesetz verankert und trotzdem Realität.

Eine gesetzlich, in Grundgesetz abgesicherte Stellung hat die Bundeskanzlerin.

Artikel 65

Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung.

In diesem Spannungsverhältnis zwischen den Grundgesetz Artikeln 46 und 65 fehlt eine gesetzlich „letzte Instanz“. In der Weimarer Republik lag diese Entscheidungsgewalt beim Reichspräsidenten.

Artikel 41. bis Artikel 51.

Eine Entscheidung „aus einer Gefühlslage“ heraus, wie diese von Bundeskanzlerin Merkel mit Ihrer „Anordnung“, dem unkontrollierten Einlaß fremder Staatsangehörige in die Bundesrepublik Deutschland, hätte dann nicht stattgefunden.

**Wer kann dem,
der die Büchse der Pandora
öffnet hat,
noch vertrauen?**

Auf schwankendem Grund

Auf der von der Bundesregierung unter *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland* veröffentlichten Seite mischen sich Realität und Wunschdenken.

1. Realität war:

„Am 1. Juli 1948 gaben die Militärgouverneure der britischen, französischen und amerikanischen Besatzungszone den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder den Auftrag, eine Verfassung ausarbeiten zu lassen.“

„Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz schließlich in Bonn feierlich verkündet und unterzeichnet. Am darauffolgenden Tag trat es in Kraft.“

2. Wunschdenken war:

*„Zunächst nicht für das ganze Volk“
Der Begriff „Verfassung“ wurde bewußt vermieden: Das Grundgesetz stellte weder eine Verfassung für das gesamte deutsche Volk dar, noch herrschte in seinem Geltungsbereich volle Souveränität. Es sollte eine Übergangslösung bis zu einer gesamtdeutschen Verfassung sein.“*

Aus der Rede des Abgeordneten Dr. Carlo Schmid (SPD) im Parlamentarischen Rat am 8. September 1948:

„Meine Damen und Herren! Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? Was heißt denn: Parlamentarischer Rat? Was heißt denn: Grundgesetz? Wenn in einem souveränen Staat das Volk eine verfassunggebende Nationalversammlung einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine Verfassung zu schaffen.

Was heißt aber Verfassung? Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz. Eine solche Verfassung ist dann die Grundnorm des Staates. Sie bestimmt in letzter Instanz ohne auf einen Dritten zurückgeführt zu werden brauchen, die Abgrenzung der Hoheitsverhältnisse auf dem Gebiet und dazu bestimmt sie die Rechte der Individuen und die Grenzen der Staatsgewalt. Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft set-

zen, niemand kann sie ignorieren. Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes. Darin liegt ihr Pathos, und dafür sind die Völker auf die Barrikaden gegangen. Wenn wir in solchen Verhältnissen zu wirken hätten, dann brauchten wir die Frage „worum handelt es sich denn eigentlich?“ nicht zu stellen. Dieser Begriff einer Verfassung gilt in einer Welt, die demokratisch sein will, die also das Pathos der Demokratie als ihr Lebensgesetz anerkennen will, unabdingbar.“

Wer den Bemühungen von Vertretern politischer Parteien in den öffentlichen Organen wie Fernsehen usw. in diesen Tagen folgt, wird von dem Selbstverständnis eines Carlo Schmid wenig finden.

In dieser Schicksalswahl 2017 des deutschen Volkes – nicht für das Deutsche Volk – sehen Politiker eine Plattform für Ihre Selbstdarstellung.

Geschichtliche Zusammenhänge von weit vor der *Schlacht im Teutoburger Wald* im Jahre 9 nach Chr. - dem *Dreißigjährigen Krieg* von 1618 bis 1648 - *Die Koalitionskriege mit Frankreich, 1792-1815 bis zum Wiener Kongress* finden keine Berücksichtigung. Wenn schon einmal vom AfD Vertreter Gauland ein zaghafter Hinweis auf die beiden letzten Weltkriege in die Diskussion eingebracht wurde, wird das Totschlagwort „Nazi“ als Allzweckwaffe eingesetzt.

Denkt vielleicht einer dieser „Politiker“ über das Verhältnis dieser zwölf Jahre und den mehr als zweitausend Jahre Geschichte unserer Vorfahren nach?

Wie sollen wir Staatsbürger Politikern vertrauen, unsere Zukunft zu gestalten, die nicht über den Tellerrand der gesamten Geschichte blicken.

27. September 2017 – Horst Erwin Zaborowski

Deutschland – ein zerteiltes Land!

Aus unserer Geschichte heraus sind wir nur in wenigen Jahren und Jahrzehnte ein einig Volk gewesen.

Die germanischen Stämme, Berichte beginnen im 2. Jahrhundert v. Chr., wie Aelvaeonen, Agradingun, Alemannen, Kimbern und Teutonen, Cherusker

usw. verteidigten ihre Stammesgebiete (siehe Hermann der Cherusker - Schlacht im Teutoburger Wald 9 n. Chr.)

Zur Zeit der sächsischen und fränkischen Kaiser um 1000 n. Chr. waren Friesen, Niedersachsen, Thüringer, Franken, Bayern und Schwaben eigenständige Volksstämme, die ab dem **2. Februar 962 mit Krönung von Otto I. zum Herrscher des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation zu einer staatlichen Einheit zusammenfanden.**

Am 6. August 1806 legte Kaiser Franz II. die Krone des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation nieder.

Vorher, am 12. Juli 1806 wurde unter Weisung des französischen Kaisers Napoleon I. mit Unterzeichnung der Rheinbundakte in Paris das Totenglöckchen für ein 844 Jahre bestehendes Reich eingeläutet.

Mit Napoleon begann ein neuer „Monarch“ den Kontinent Europa seinen Wünschen gemäß zu gestalten. Der Rheinbund, als Fliegenfänger von Napoleon gestaltet, sammelte bis 1808 insgesamt 36 Staaten ein. Eine Widerstandskraft bestand mit den Mitgliedern, die dem Rheinbund nicht beigetreten waren, Österreich, Preußen, das Kurfürstentum Hessen und Braunschweig. **Aktiviert wurde dieser Widerstand gegen Napoleon und Anhang mit dem preußisch-russisch-österreichischen Bündnis. –**

Mit der Leipziger Völkerschlacht 15.10.2013 endeten Napoleons Wünsche.

Das liberale Bürgertum wollte die Macht der Fürsten und somit die Zerteilung Deutschlands mit der **Märzrevolution 1848/49** beenden. Bei Einberufung der Frankfurter Nationalversammlung mit der Absicht, eine Verfassung zu erarbeiten und zu beschließen, war das liberale Bürgertum aus sich heraus, als ein Teil des Volkes, überfordert.

Die organisierte Macht lag bei Österreich und Preußen. Preußen hatte nach seiner Königin Luise mit Graf Otto von Bismarck eine weitere Kraft in seiner Mitte, die Geschichte gestaltet hat.

Mit Königin Luise verbinden sich eine ruhige und dennoch entschiedene Standfestigkeit für den Er-

halt Preußens. **Graf Otto von Bismarck** ist ein Heranführen Preußens und seiner Bürger in das Industriealter hinein zu verdanken. Insbesondere die Einführung der Krankenkassen, der Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung. Wobei nicht vergessen werden darf, vom Zentrum wurde Bismarck unterstützt.

Im 19. Jahrhundert fand in den beiden Weltkriegen und in der dabei entstandenen Notlage eine Einigung des deutschen Volkes statt. Die dabei sich entwickelte Hilfsbereitschaft wich mehr und mehr mit dem sich abzeichnenden Wohlstand, wovon ein Drittel des Volkes ausgeschlossen blieb. Mit der technischen Entwicklung und der damit größer werdenden Güterproduktion wurde neben dem zerteilten Land auch unser deutsches Volk zerteilt.

Mit der Bundestagswahl 2017 offenbarte sich auch die Zerteilung in der regierenden Klasse. Erst jetzt ist der Weg zu einer Einheit hin besonders erschwert. Zerteilt sind Westdeutschland und Mitteldeutschland, Harz IV und Millionäre, Fremde und Einheimische, Christen und Moslems, Jung und Alt, Vollarbeitsplätze und prekäre Beschäftigte.

Ohne eine Lösung dieser Gegensätze durch Rückbesinnung auf Staat und Volk, Recht und Gesetz, auf Lüge und Wahrheit, werden wir uns gemeinsam aus unserer Geschichte verabschieden.

28. September 2017 – Horst Erwin Zaborowski

Illusion – Wählerfangen

Die **Bundestagswahl 2017** ist Geschichte. Wer in öffentliche Diskussionen (Talkrunden usw.) hineinschaut und -hört, bekommt weiterhin einen permanenten Wahlkampf geboten. Bemühungen der Programmleitungen mit ausgewogenen Diskussionsrunden, ausgesuchter Zuschauerkulisse, von geschickt operierenden Moderatoren geleitet, eine Abbildung der politischen nationalen und internationalen Probleme zu behandeln, kann als Zuschauerwerbung wirken – **einen Beitrag zur Lösung der anstehenden Probleme leisten sie nicht!**

Es fehlt ein im voraus festgelegter ordnender Rahmen. Bei dieser Mischung von freier Rede, Antwort-

spiel zwischen einzelnen Teilnehmern und der freien Regulierung durch die Diskussionsleiter(in) wird ein Meinungsbild der Teilnehmenden übermittelt, die der Zuschauer am Bildschirm, insbesondere dann, **wenn mehr als zwei Personen gleichzeitig sprechen, akustisch nicht ordentlich wahrnehmen kann.**

Diese Fernsehübertragungen erreichen mehr Zuschauer und Hörer als Debatten in den Parlamenten. Soweit diese in den öffentlich rechtlichen Fernsehanstalten stattfinden, sind Vorkehrungen zu treffen, daß wir Staatsbürger direkt unsere Stellungnahmen einbringen können.

Wobei eine „Vorauslese“ dieser Beiträge nicht nach Ermessen durch Angehörige der Fernsehanstalten erfolgen dürfen.

Vorschlag: Wie bei einer Lotterie sollten interessierte Zuschauer sich in einem bestimmten Zeitrahmen anmelden können. Ihre Anmeldung wird in eine Trommel eingegeben und in der Sendung gezogen. Der gezogene Zuschauer wird dann in die Sendung für einen vorher bekannten Zeitrahmen (in Minuten) in die Sendung zugeschaltet.

Somit wird sichergestellt, daß Volkes Stimme direkt zum Thema gehört wird.

28. September 2017 – Horst Erwin Zaborowski

Freiheit vor Feigheit

Freiheit in Samthandschuhen erreichen zu wollen ist wie die Quadratur des Kreises. Gleichzusetzen mit dem Volksmund „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!“

Die Eigenschaft Treue, in unserem deutschen Volk von Frauen, wie unter anderen von Königin Luise vorgelebt, wurde von Frau Merkel und wird von Frau Petry ihrer Bedeutung beraubt!

In der Politik und auch in einer Demokratie ist Verlässlichkeit die Schwester der Treue.

Wer sich jedoch in seinen Handlungen einem, leider auch in unserem deutschen Volk vorhandenem Hang zum Verrat hingezogen fühlt, wird dies nicht

nur mit seinem Gewissen zu verantworten haben. Woran mag es liegen, daß die Treue zu Menschen leichter verletzt wird, als zu unseren Tieren? Kann dies alles mit dem Zeitgeist folgend begründet werden?

Wenn dem so wäre, könnten wir unsere Hände in den Schoß legen und unseren Untergang abwarten?

Aus der Verantwortung für unsere Nachkommen heraus darf und kann es nur den Widerstand geben!

29. September 2017 – Horst Erwin Zaborowski

Volk und Staat

Beide Begriffe sind eine Einheit – oder wir leben in einer Anarchie. Bevölkerung muß nicht immer in einem Staat leben. Ein schlechtes Beispiel ist die Bundesrepublik Deutschland. Neben den Staatsbürgern hat sich eine Bevölkerung aus vielen Staaten und unterschiedlichen Religionen in das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland illegal Zutritt verschafft.

Dieses konnte nur geschehen, weil verantwortliche Regierungsmitglieder entgegen Ihrem Amtseid handelten:

Artikel 56

Der Bundespräsident leistet bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Artikel 64

(1) Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.

(2) Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestage den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

Erschreckend ist, wie die Bundestagswahl 2017 bewiesen hat, unsere mündigen Staatsbürger erkennen diese Gesetzesbrüche nicht oder sind zu feige, die Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen. Beides ist in einem geordneten Staatswesen mit einem freien Volk nicht in Einklang zu bringen.

Wir staatsstreuen Bürger werden uns mit diesem Fehlverhalten nicht zufrieden geben!

2. Oktober 2017 – Horst Zaborowski

Hochkonjunktur für Versteher

Der Himmel über Deutschland öffnet sich und herunter purzeln lauter Versteher. In Sendungen rund um die Uhr „outen“ sich Politiker und verkünden im Brustton Ihrer Überzeugung **„Wir haben verstanden.“** Im Umkehrschluß bedeutet dies, daß in den ganzen Jahren Ihrer bisherigen Wirkens diese Abgeordneten nicht verstanden haben!

Bei Parlamentariern, die über mehrere Wahlperioden im Bundestag der Bundesrepublik Deutschland mitwirkten, sind derartige Beteuerungen eine Beleidigung mündiger Bürger.

Wenn diese Erkenntnisse von Abgeordneten mit ausländischen Wurzeln ausgesprochen würden, besteht die Hoffnung, da sie erkennen in einem anderen Kulturkreis angekommen zu sein.

Ob in Ihnen die Erkenntnis so weit gereift ist, daß sie auch verstanden haben, in einem großen Teil des deutschen Volkes nicht willkommen zu sein – wird die Zukunft weisen.

2. Oktober 2017 – Horst Erwin Zaborowski

Demokratie ist keine Religion

Eine Religion fordert vom Menschen Zustimmung zu den angestrebten Zielen. Als „Belohnung“ werden Versprechen für die Zukunft, bis nach dem Tode gegeben.

Eine Demokratie setzt voraus, daß jeder Mensch ein Recht hat, seine Meinung frei zu äußern. Ebenso hat er jedoch auch die Meinung des oder der anderen Menschen anzuhören. Bei gegenteiligen

Meinungen ist eine Diskussion in Wort und Schrift notwendig. **Austragung der gegenteiligen Meinungen mit Gewalt ist keine Demokratie mehr, sondern Diktatur der Macht.**

Leider wird in einer Demokratie die Gewalt oft nicht mehr mit Fäusten ausgetragen, sondern mit Beziehungen. **Diese Unsitte wird seit Urzeiten mit Gold oder Geld „geregelt“.** „**Argumenten“ auf dieser Ebene nicht zu widersprechen führt auf Umwegen zur Diktatur.**

Ein jeder Mensch auf dieser Erde hat von der Natur her Entscheidungsmöglichkeiten mit bekommen. Lassen wir uns diese Möglichkeit nicht durch die Medien-Mafia rauben.

3. Oktober 2017 – Horst Erwin Zaborowski

„Sie“ haben NICHT verstanden?

Am Tag der deutschen Einheit wurde des Tages des Mauerfalles gedacht.

In seiner Rede vor der versammelten Elite der Bundesrepublik Deutschland schaffte es **Bundespräsident Steinmeier zu den bereits vorhandenen vielen Grenzen innerhalb des Volkes und Landes, in zwar gewählten, hintergrundschwangeren Sätzen, jedoch in der Stoßrichtung deutlichen Formulierungen, eine zusätzliche Grenze zu ziehen.**

Dabei richtete er seine Suche nach Verbündeten auf die schwächste Gruppe, die jungen Menschen, die in der Zeit vor dem Mauerfall noch nicht auf der Welt waren. Eine Methode, die in den vergangenen siebenzig Jahren der Bundesrepublik Deutschland öfter von der politischen Elite des Landes angewandt worden war.

Zu diesen vielen bestehenden Grenzen ...

Einmal zwischen den Staatsbürgern der Bundesrepublik Deutschlands in ihren politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen und Lebensbedingungen. Zwischen den Lebensbedingungen innerhalb der bestehenden Länder.

In den durch Änderung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland zu „Deutschen“ gewordenen Bürgern und den deutschen Staatsbürgern (Ureinwohnern).

... wurde nun noch eine Grenze gezogen, zwischen den dem Bundestag der Bundesrepublik Deutschland bereits seit längerem angehören-

den Parteien und einer bei der Bundestagswahl 2017 erstmalig hineingewählten Partei.

Eine Unverschämtheit des Bundespräsidenten, der seinen Amtseid „zum Wohle des deutschen Volkes“ abgelegt hat, war der Hinweis auf Regeln innerhalb des Parlamentes der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Unverschämtheit von Bundespräsident Steinmeier bekam durch den lang anhaltenden Applaus der anwesenden politischen Elite noch eine besondere Note.

Eine offene Kampfansage von gewählten Parlamentariern an gewählte Parlamentarier. Und das alles unter dem Mantel eines hohen Moralanspruches.

„**Sie**“ haben es wirklich **nicht** verstanden!

4. Oktober 2017 – Horst Erwin Zaborowski

Staat ohne Staatsvolk

Wie anders sonst kann der Jubelpalast zum Tag der Deutschen Einheit gewertet werden. In der **gesamten Rede von Bundespräsident Steinmeier wurden nicht ein einziges Mal die Worte deutsches Volk ausgesprochen.** Im Gegenteil sein erster Ausspruch war:

„**Heimweh nach früher habe ich keins...**“

Eine irrealer Aussage, denn Heimweh für die Zukunft kann kein Mensch haben.

Wollte der Bundespräsident sich damit von seiner Vergangenheit, seinem geleisteten Eid lösen?

Artikel 56

Der Bundespräsident leistet bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Wie sollen wir Staatsbürger seine Worte

„Heimat ist der Ort, den wir als Gesellschaft erst schaffen“, deuten?

Heimat sind die Wurzeln in unsere Vergangenheit hinein; die besteht und muß nicht geschaffen werden! Die Vergangenheit als deutsches Volk, wie auch in Präambel „...hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben“ ... und im Grundgesetz...

Artikel 1 (2) (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

...festgeschrieben wurde.

Frau Merkel setzte sich als Bundeskanzlerin mit dem unkontrollierten Einlaß einer Million Ausländer über bestehende Gesetze der Bundesrepublik Deutschland hinweg und Bundespräsident Steinmeier beraubt uns als deutsches Volk der Heimat, die von unseren Vorfahren in Jahrtausenden urbar gemacht wurde.

Seine Auslassungen: „Doch die Sehnsucht nach Heimat dürfen wir nicht denen überlassen, die Heimat konstruieren als ein „Wir gegen Die“; als Blödsinn von Blut und Boden; die eine heile deutsche Vergangenheit beschwören, die es so nie gegeben hat“ ...

...sind ein Versuch, zwölf Jahre unserer deutschen Geschichte aus der Lebensleistung hunderter Generationen herauszulösen.

Ein „Wir gegen Die“ zieht sich nicht nur im natürlichen Verhältnis Deutsche gegen Ausländer, sondern leider zwischen staatstragenden Deutschen und den Heimat, Volk und damit auch den Staat verratenden „Bürgern“ der Bundesrepublik Deutschland.

7. Oktober 2017 – Horst Erwin Zaborowski

Volkes Stimme

Kommentar Leserbrief: E. Sp.....

Sie haben geschrieben:

Am Tag der deutschen Einheit wurde des Tages des Mauerfalles gedacht. In seiner Rede vor der versammelten Elite der Bundesrepublik Deutschland schaffte es **Bundespräsident Steinmeier zu den bereits vorhandenen vielen Grenzen innerhalb des Volkes und Landes, in zwar gewählten, hintergrund-schwangeren Sätzen,**

jedoch in der Stoßrichtung deutlichen Formulierungen, eine zusätzliche Grenze zu ziehen.

...In den durch Änderung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland zu „Deutschen“ gewordenen Bürgern und den deutschen Staatsbürgern (Ureinwohnern).

... wurde nun noch eine Grenze gezogen, zwischen den dem Bundestag der Bundesrepublik Deutschland bereits seit längerem angehörenden Parteien und einer bei der Bundestagswahl 2017 erstmalig hineingewählten Partei.

Nach Meinung der elitären Bonzen sind wir eben kein Volk und schon gar kein einziges Volk, sondern wir sind viele Völker unter internationalistischer Vormundschaft.

Und die „Elite“ sieht sich als Statthalter der internationalistischen Weltordnung (oft auch als NWO bezeichnet).



Rück- und Vorausblick

Liebe Freunde, Förderer und Mitglieder

Bevor wir am **15.08.1990** in Bonn unseren Bund für Gesamtdeutschland gründeten, waren ca. ein Jahr mit Beratungen vorausgegangen.

Diese Beratungen fanden an jedem Sonntag bei Herrn Dr. Hüttenbach in Bonn statt.

Alle Teilnehmer stammten aus der Erlebnisgeneration. Die meisten befanden sich in Pension usw. oder standen wenige Jahre davor.

Wir konnten somit mit Fug und Recht aus unserer Lebenserfahrung schöpfen. Unsere Diskussionen verliefen, wie bei Menschen mit Lebenserfahrung nicht anders zu erwarten, auf vielen Feldern dessen was wir erreichen wollten, kontrovers.

So kam es wie es kommen mußte, trotz fast einjähriger Vorberatungen (wie oben erwähnt) konnten wir uns nicht einvernehmlich auf unser Grundsatzprogramm einigen.

Der grundsätzliche Disput entfachte sich an der Frage, eine Partei gründen oder keine Partei gründen.

Alle Anwesenden, die bereit waren zu gründen, forderte ich in dieser Pattsituation auf, im Raum zu bleiben.

Wer nicht bereit war zu gründen, wurde gebeten den Raum zu verlassen. Darauf verließen ca. die Hälfte der Teilnehmer den Raum der Kottmannschänke und gingen in den Garten.

Der Gründungsakt wurde gemäß den bestehenden Gesetzen mit den im Raum anwesenden Freunden vollzogen.

Während der Gründungsversammlung wurden spontan über 1000 DM gespendet. Mit diesem Geld wurden ca. 1300 BdV-Kreisverbände und Landesgruppen angeschrieben.

Geantwortet hatten allerdings nur etwa 20. Damit war ein harter Weg vorgezeichnet.

Es wurde beschlossen, an der kommenden Bundestagswahl am **2. Dezember 1990** teilzunehmen. Es standen somit weniger als vier Monate zur Verfügung, um Landesverbände zu gründen und die in jedem Bundesland erforderlichen 2000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln.

Diese Zeit verringerte sich noch um die Tage und Wochen in Folge der Bestätigung durch die jeweiligen Einwohnermeldeämter usw.

12.08.1990

BGD-Gründung in Bonn-Röttgen, Hotel Kottenforst. Zum Vorsitzenden wurde Horst Zaborowski gewählt.

16.08.1990

Beteiligungsanzeige beim Bundeswahlleiter für die Bundestagswahl 1990.

19.08.1990

Gründung des LV-Niedersachsen in Lüneburg, Ratskeller. Zur Vorsitzenden wurde Ursel Schmidt von Knobelsdorf gewählt.

25.08.1990

LV-Niedersachsen wählt Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl 1990.

25.08.1990

Außerordentlicher Bundesparteitag in Duisburg, Hotel Ibis. Beschluß über Satzung und Grundsatprogramm.

25.08.1990

Gründung LV-NRW in Duisburg, Hotel Ibis.

Zum Vorsitzenden wurde Frank Ortner gewählt.

Aufstellung und Wahl der Kandidaten für die Landesliste NRW zur Bundestagswahl 1990.

02.09.1990

BGD-Demonstration in Bonn.

12.09.1990

Gründung LV-Hessen in Mörfelden. Zur Vorsitzenden wurde Frau Gabriele Fischer gewählt.

Aufstellung und Wahl der Kandidaten für die Landesliste Hessen zur Bundestagswahl 1990.

14.09.1990

Gründung LV-Schleswig-Holstein scheiterte in Kiel, weil nicht zu einer Gründungsversammlung, sondern zu einem Treffen eingeladen worden war. Zur Vorstandsarbeit fand sich keiner bereit.

15.09.1990

Gründung LV-Bremen scheiterte.

Zur Vorstandsarbeit fand sich keiner bereit.

16.09.1990

BGD-Demonstration in Delmenhorst.

29.09.1990

Bundeshauptvorstandssitzung in Hamm-Uentrop. Beratung und Verabschiedung des BGD-Kurzprogrammes.

Über den Thorium-Hochtemperatur-Reaktor 300 informiert. Eine Chance für Atomstrom ohne Gefahr der Kernschmelze wurde verpaßt.

03.10.1990

Gründung LV-Baden-Württemberg in Bruchsal.

Zum Vorsitzenden wurde Herr Poralla gewählt.

04.10.1990

Gründung LV-Bayern in Schondorf am Ammersee. Zur Vorsitzenden wurde Frau Brigitte Cornelius gewählt

07.10.1990

Gründung LV-Sachsen-Anhalt in Dessau.

Zum Vorsitzenden wurde Herr Scholz gewählt.

08.10.1990

Gründung LV-Sachsen in Oschatz. Zum Vorsitzenden wurde Herr Dallmer aus Leipzig gewählt.

14.10.1990

Wahl der Kandidaten für die Landesliste Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 1990 in Freiburg. Sammlung der Unterstützungsunterschriften in den Ländern: Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern.

26.10.1990

Bundeswahlausschuß in Berlin läßt den BGD zur Bundestagswahl 1990 nicht zu.

Auf den folgenden Seiten 64-65 die Liste der Freunde, die sich zur Zusammenarbeit von Parteien, Gruppen und Verbänden bereit erklärt hatten. Zum damaligen Zeitpunkt war Zusammenarbeit und Teilnahme an der Bundestagswahl gem. dem Wahlgesetz möglich. - Übrig blieb eine Partei - **Ab jetzt Bündnis für Deutschland** - unter Vorsitz von Dr. Helmut Fleck, Siegburg.

s

Auflistung der Bereitschaftserklärungen für die Teilnahme an der 1. Sitzung des Lenkungs /Koordinations- Ausschusses am Sonntag, den 1. Juni 1997 in Kassel, Gasthof zum Rammelsberg, Rammelsbergstr. 4.

Unsrer Ziel Bündnis für Deutschland

Name und Vorname	PLZ Anschrift	Organisation Funktion
Nothdurf Dr.-Ing., Joachim,	06847 Dessau,	DSU Sachsen-nhalt, Landesvorsitzender
Bielke Dipl.-Ing., agr./Päd. Brigitte	06869 Möllendorf	DSU 2. Stellv. Bundesvorsitzer
Flürten, Joachim	07356 Thimmendorf	Gesellschaft für freie Publizistik
Meißner, Franz	08058 Zwickau	Autofahrer Partei, BdV Kreisverband
Franze, Herbert	08060 Zwickau	Bund der Vertriebenen Kreisverband Zwickau e.V. Vorstands-Vorsitzender
Dr. Witte, Bernd	10337 Berlin	
Hussock, Alexander	10435 Berlin	
Bohn, Andre	10823 Berlin	
Krause, Wolf-Dietrich	13187 Berlin	Help e.V.
Thormann, Renate	14163 Berlin	
Knapsten, Bernhard	20144 Hamburg	Junge Landmannschaft Ostpreußen, Vorsitzender
Görz, Rudolf	20539 Hamburg	
Hilmer, Günter	21413 Winsen/Luhe	
Benke, Alfons	21423 Winsen/Luhe	
Bouchain, Reinhold	21698 Bargstedt	
Marx Prof. Dr.-Ing. habil. Nikolaus	21706 Drochtersen	
König, Karin	21726 Hagenah	Bündnis Rechte
König, Heinz	21726 Hagenah	Bündnis Rechte, Vorsitzender
Berndt, Reinhard	21762 Otterndorf	
Wolff, Hennig - Journalist	23769 Burg auf Fehmarn	
Raddatz, Johannes	26368 Wilhelmshaven	BdV Niedersachsen, stellv. Landesvors., Vorsitzender BdV Bezirk Weser-Ems, stellv. Vorsitzender Pomm. Landmannschaft, Bezirk Weser-Ems, stellv. Vors. BGD- Landesverband Niedersachsen
Tabke, Dpl.-Ing. Heinz und Frau Temmi	27356 Rotenburg	
Vahjen, Kurt	27386 Brockel	
Bornholt, Gunther	31102 Hildesheim	
Gerohs, Christa	34134 Kassel	
Dittar, Karl-Hermann	34445 Arolsen	Freundeskreis BFB
Godenau, Siegfried	34630 Sebbeterode	Verein Ostpreußenhilfe
Amon Prof. Dr. med. Herfried	35285 Gemünden	REP-Mitglied
Illian, Friedrich	35578 Wetzlar	vor 33 Jahren Gründungsmitglied der NPD
Röddiger, Hans-Helmut	36037 Fulda	Gerechtigkeit, Vorstandsmitglied
Burkhardt, Dietrich und Frau	37217 Witzenhausen	
Dießner, Rudolf	39261 Zerbst	
Harke, Christina	39261 Zerbst	DSU Sachsen-Anhalt, Landes-Schatzmeisterin
Harke, Christian	39621 Zerbst	
Mikulla, Günther	44229 Dortmund	Deutscher Freier Wählerbund, Mitglied
Polte, Herbert	46342 Velen	Sportvereine Vereintes Schlesien
Zaborowski, Horst	47053 Duisburg	Bund für Gesamtdeutschland BGD- DIE DEUTSCHE MITTE - Bundesvorsitzender

Möller, Roswitha	48157 Münster	BdV-Münster, Vorsitzende
Wohlfeld, Hans-Joachim	49143 Bissendorf	Bürgerinitiative für Deutschland, 1. Vorsitzender
Vahldieck, Lutz	49152 Bad Essen	
Möllerring, Ralf	49324 Melle	
Dander, Dietmar	50737 Köln-Gartenstadt-Nord	Pro Köln, LN-NRW Öko-Union Stellvertr. Vorsitzender
Pful, Herbert	51643 Gummersbach	
Hopp, Reiner	51645 Gummersbach	
Haese, Dieter	53227 Bonn	Sammlungsbewegung Deutscher Patrioten, Sprecher
Dr. Fleck, Helmut	53721 Siegburg	Deutscher Freier Wählerbund, Sprecher
Lieker, Hartwig	53773 Hennef	
Vorländer, Horst	53809 Ruppichterorth	
Hinz, Thea	56068 Koblenz	
Dietrich, Heinrich	57334 Bad Laasphe	SOS - Wir sinken, Sprecher
Kahsner, Rüdiger	58093 Hagen	Deutsche Liga für Volk und Heimat Westdeutsche Volkszeitung - Mitglied
Lawrenz, Siegfried und Frau Gisela	58840 Plettenberg	
Halfwassen, Peter	59427 Unna	Demokratische Reform für mehr Gerechtigkeit, Vors.
Nyhofen, Jutta	60326 Frankfurt/Main	
Riehs, Otto	60385 Frankfurt/Main	
Rietz, Renate	60385 Frankfurt/Main	
Leopold-Markewitz, Hildeg.	60433 Frankfurt/Main	Landsmannschaft Schlesien
Schaar, Hermann	60433 Frankfurt/Main	
Hölzel, Hermann	61231 Bad Nauheim	
Kempf, Klaus	61231 Bad Nauheim	Bündnis für Deutschland „Wetterau“
Weber, Hans	61231 Bad Nauheim	
Bogon, Hans J.	63796 Kehl/Main	Initiative Vereintes Schlesien, Vorsitzender
Dziony, Anton	64293 Darmstadt	Initiative Vereintes Schlesien, Mitglied
Dr. Böttiger, H.	65205 Wiesbaden	Zeitschrift „Neue Solidarität“
Kalkschmidt, Lothar	65614 Beselich	Deutsche Volksversammlung, stellv. Vorsitzender
Stein, Werner	69483 Waldmichelbach	
Pape, Martin	70599 Stuttgart	
Zdunek, Günter	71667 Marbach	
Gläser, Peter	73733 Esslingen	
Hebestreit, Irmgard	74722 Buchen	
Matt, Günter	76139 Karlsruhe	Partei der Freiheitlichen, Mitglied Stadtrat
Hornung	77675 Kehl-Sundheim,	Obermeister der Bäckerinnung
Schützinger, Jürgen	78054 Villingen-Schwenningen	
Zipser, Dithilde	78073 Bad Dürkheim	Interessengemeinschaft gegen Bürger abkassieren, Sprecherin
Illig, Gerd	88459 Tannheim	
Oemke, Werner E.	88633 Heiligenberg/Bodenseekreis	
Petrascheck, Konrad	89208 Neu-Ulm	Freiheitlicher Volks Block, 1. Vorsitzender
Eichinger, Max-Josef	93156 Teublitz	Deutsche Patrioten
Dr. Birkholz, Ekkehard	97688 Bad Kissingen	Demokratische Erneuerung
Haubenresser, Hans	98701 Großbreitenbach	
Latussek, Dr.-Ing. Habil	99086 Erfurt	BdV, Vizepräsident
Kluß, Heinz	99706 Sondershausen	NPD Landesvorsitzender
Hain, E.	99867 Gotha	

Einladung zum ersten Bundeskongreß ostdeutscher Privat-Eigentümer:

Der erste Bundeskongreß ostdeutscher Privat-Eigentümer findet am 3. und 4. Oktober 1998 im Raum Kassel statt.

Tagesordnung:

Samstag, 3. Oktober 1998

10.00 Uhr Begrüßung und Grundsatzreferat durch den Bundesvorsitzenden Horst Zaborowski

12.00 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr Erfahrungsaustausch und Diskussion

18.00 Uhr gemeinsames Abendessen

Sonntag 4. Oktober 1998

9.30 Uhr Vorstellung der Formulare und Einführung in die Berechnungsformel für Forderungen

11.00 Uhr Beratung über künftige Aktionen

12.00 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr Beschlußfassung und Verabschiedung

Kasseler Manifest

15.00 Uhr Schlußworte Horst Zaborowski

15.15 Uhr Beendigung des Kongresses

Teilnahmeberechtigt sind alle Privat-Eigentümer mit Immobilien in den Gebieten ostwärts von Oder und Neiße. Bitte rechtzeitig anmelden, Anschriften von Hotels liegen der Anmeldebestätigung bei.

Bund für Gesamtdeutschland BGD -

Aktion Privat-Eigentums-Sicherung (PES)

Die Situation ist entscheidungsreif.

Nachdem wir seit 1990 unsere Hilfe zur Selbsthilfe in über 40 000 Fällen angeboten haben und die berechtigten und völkerrechtlich abgesicherten Forderungen auch gestellt worden sind, werden die Benutzer unseres Privateigentums in den Gebieten ostwärts von Oder und Neiße „wach“.

Der Wunsch Polens, in die EU aufgenommen zu werden, konfrontiert diese mit der Rechtslage in der EU. **Damit diese Rechtslage nicht zugunsten Polens eine Schiefelage bekommt, ist unser aller und vollster Einsatz erforderlich.**

Horst Zaborowski

Mit unsere Aktion Privat-Eigentumssicherung konnten wir nicht weiterkommen, weil auf unsere Anfrage beim Europäischen Gerichtshof wir den Bescheid erhielten: **Der Europäische Gerichtshof fühlt sich für Angelegenheiten die vor seiner Gründung stattfanden, nicht verantwortlich.**

Kasseler Manifest Recht auf ihr Eigentum

für deutsche Heimatvertriebene

Die völkerrechtlich gestützte Rechtslage spricht den vertriebenen Deutschen eindeutig die Verfügbarkeit über ihr Privateigentum zu.

Eigentum

kann nur vom rechtmäßigen Eigentümer verschenkt, verkauft oder vererbt werden.

Eigentumsrechte

der vertriebenen Deutschen verjähren auch in der EU nicht!

Das Deutsche Reich hat seine Gebietshoheit über die Ostprovinzen nicht abgetreten.

Unrecht wollen wir beenden.

Beraten und einmütig beschlossen am 3. und 4. Oktober 1998 vom ersten Bundeskongreß ostdeutscher Privateigentümer in Kassel.

In den folgenden Jahren wurde durch Teilnahme an Wahlen und Demonstrationen auch zu den aktuellen Ereignissen unsere Stellungnahmen in die Öffentlichkeit getragen.

Teilnahme an Wahlen gingen einher mit DEMOS von Bonn bis Dresden , von Duisburg bis Berlin. Aus unserer Erfahrung heraus richteten wir unsere Proteste auf Ereignisse, die sich erst nach Jahren zu aktuellen Anlässen herausbildeten.

Wir nutzten auch das Internet zur Information und Werbung.

Weil unsere Freunde im hohen Alter stehend, diese Möglichkeiten der Information teilweise nicht nutzen konnten, veröffentlichten wir unsere Stellungnahmen zu aktuellen Anlässen auch in unserer Zeitung „**Unsere Deutsche Heimat**“.

Nach der Verschmelzung von „**Bund für Gesamtdeutschland**“ mit der Partei „**Aus dem Lande stammende Deutsche**“ zur Partei

„**Aus Gesamtdeutschland stammende Deutsche**“ sind Freunde zu uns gekommen, die sich mit dem Zugang und der Nutzung des Internet sehr gut auskennen.

Horst Erwin Zaborowski



Rückblick auf die vergangenen 25 Jahre



12. Oktober 1990, Gründung BGD, Bonn-Röttgen, Kottenforst



Seit dem 8. Mai 1992 fünf Wochen Tag und Nacht Mahnwache vor der amerikanischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg, ca. 800 Unterstützungsunterschriften mit Forderung auf Rückgabe der deutschen Ostgebiete an 1. Sekretär der US-Botschaft Thomas Ochiltree am 1. Juni 1992 überreicht.



Gründungsversammlung Landesverband Niedersachsen am 19.08.1990, Architekt und Baudirektor Groke.



DEMO am Grenzstein zu Schlesien am 4./5. Sept. 1993.



Vorstandmitglieder vom Bund für Gesamtdeutschland warten auf den Beginn der Sitzung des Wahlausschusses in Berlin. Erste Bundestagswahl nach der Vereinigung.



Bundestagswahl 1994. Wahlwerbung für Wahlkreis in Duisburg, hier Horst Zaborowski und Erich Gerlach.



Frühjahrstagung 28. Februar bis 1. März 1992 in Miltenberg. Bundesvorsitzender Zaborowski (links stehend) verfolgt die Diskussion einiger Teilnehmer



Demo des BGD vor dem Vertriebenen-Denkmal in Böblingen, Berliner Straße am 7. Januar 1997.



29.06.1997 in Kassel, Wirtshaus zum Rammelsberg, Gründungs-Versammlung. Vorn links Lothar Bollwig.



NRW-Landtagwahl - 9. Mai 2010

Demonstrationen des BGD auf dem Beethovenplatz in Bonn, am 5. und 19. Juli und am 26. Juli 1997.



Landtagwahl in NRW, 13. Mai 2012. Werbetafel im Wahlkreis 23 Oberbergischer Kreis.



„Unser Ziel: Bündnis für Deutschland“ am 29.06.1997 in Kassel, Wirtshaus zum Rammelsberg. Vorstand Horst Zaborowski, Dr. Helmut Fleck.



Waldemar Hink, Kandidat im Wahlkreis 23 Oberbergischer Kreis bei der Landtagwahl in NRW im Jahr 2012.



Auch mit der aus unserer Vereinigung hervorgegangenen Partei
Aus Gesamtdeutschland stammende Deutsche
 bleiben wir unserer Verpflichtung treu - als sichtbares Zeichen.



Demonstration gegen die Polen-Verträge am 17.10.1991.



Demo Widerstand in Bonn vor dem Museum April/Juni 1993.



Demonstrationen in Bonn 1996 auf dem Beethovenplatz.





Alle guten Wünsche
zum Neuen Jahre